

II. Wahrnehmen der organisierten Vertriebenen durch Ost-Berlin – Die 1950er Jahre

1. Flüchtlinge und Vertriebene und ihre Organisationsversuche im Nachkriegsdeutschland

Am 7. bzw. 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Insgesamt hatten sich 61 Staaten im Kriegszustand befunden. Über 110 Millionen Soldaten waren zu den Waffen gerufen worden. Die Gesamtzahl der Toten betrug mehr als 50 Millionen, 35 Millionen Menschen machte der Krieg zu Verletzten. Die meisten Opfer hatte die Sowjetunion zu beklagen: über 13 Millionen Soldaten und mehr als 14 Millionen Zivilisten, die infolge der Kampfhandlungen oder des barbarischen deutschen Besatzungssystems ums Leben kamen. In Polen waren es fast sechs Millionen. Mehr als 18 Millionen Frauen, Männer und Kinder waren von den Nationalsozialisten in Gefängnisse und Konzentrationslager getrieben worden, elf Millionen von ihnen überlebten das dort herrschende Schreckensregime nicht. Besonders das jüdische Volk hatte unter dem Terror der NS-Diktatur gelitten. Von 9,5 Millionen Juden, die 1939 in Europa ihre Heimat hatten, lebten 1945 nur noch 3,5 Millionen. Auch die Deutschen hatten Opfer zu beklagen: Fast 5,2 Millionen Soldaten kehrten von den Fronten des Krieges nicht zurück. Es starben zwischen 1939 und 1945 mehr als eine Million Zivilisten einen gewaltsamen Tod, davon 410 000 bei alliierten Bombenangriffen, die zugleich 7,5 Millionen Menschen obdachlos machten.¹ 14 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands, die zum Ende des Krieges vor den Truppen der Roten Armee flohen, evakuiert oder vertrieben wurden, verloren ihre angestammte Heimat und zwei Millionen davon ihr Leben.²

Zwölf Millionen Deutsche mußten ab 1945 Aufnahme finden innerhalb der von den Alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des „Potsdam-Deutschlands“. Die zahlenmäßig größten Vertreibungen betrafen die Menschen in den deutschen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, im östlichen Brandenburg, in der Stadt Danzig sowie die deutsche Bevölkerung im ehemaligen Westpreußen und in Polen, ferner die deutsche Volksgruppe in der Tschechoslowakei, die dort seit acht

¹ Vgl. Matthias Uhl, Die Teilung Deutschlands, S. 7f.

² Die Diskussion um die Zahl der Deutschen, die während der Flucht und Vertreibung den Tod fanden, hält bis heute an. Das Bundesarchiv gab in der Dokumentation „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen“ (1974) die Zahl von 610 000 Todesopfern und weitere 2,2 Millionen ungeklärte Schicksale an. Die Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Zahl der Todesopfer verbiete sich jedoch. Gerhard Reichling schätzte (1995) die „Vertreibungsverluste“ auf 1,44 Millionen, hinzu kamen 580 000 Tote infolge von Verschleppungen in die Sowjetunion. Die Bilanz von 2 Millionen bliebe demnach. Jüngere Forschungen geben die Zahl von 500 000 deutschen Opfern an, bei weiteren 1,5 Millionen sei das Schicksal ungeklärt. Es bliebe demnach bei rund 2 Millionen Opfern. Vgl. zuletzt referiert bei Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 40f., 361; Gerhard Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, S. 36; Alexander von Plato, Vergangene Perspektiven?, in: Vertriebene in Deutschland, S. 100f.

Jahrhunderten lebte. Außerdem gab es Vertreibungen der deutschen Minderheit aus Ungarn und Jugoslawien sowie Zwangsumsiedlungen aus den baltischen Staaten, aus der Sowjetunion und aus Südosteuropa, z.B. aus Rumänien. Konkret hieß das, bis 1949/50 kamen folgende Vertriebene und Flüchtlinge in die Bundesrepublik: rund 890 000 aus Pommern, 1,3 Millionen aus Ostpreußen, 130 000 aus Ost-Brandenburg, zwei Millionen aus Schlesien³, aus Danzig 225.000, aus dem Memelland und den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen zusammen knapp 100 000, aus der Sowjetunion 51 000, aus Polen 410 000, aus der Tschechoslowakei (Sudetendeutsche) 1,9 Millionen, aus Rumänien und Jugoslawien jeweils 150 000 und aus Ungarn 180 000 Deutsche. Die westlichen Besatzungszonen, dann die Bundesrepublik, hatten somit bis 1949/50 7,9 Millionen Deutsche aufgenommen.⁴ Das entsprach, gemessen an der Gesamtzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge und Vertriebenen, 62,8 Prozent und machte einen Anteil an der westdeutschen Gesamtbevölkerung von 16,5 Prozent aus.

In die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die DDR kamen im selben Zeitraum 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Ihr Anteil an der DDR-Bevölkerung betrug knapp ein Viertel.⁵ Die SBZ/DDR nahm bis 1949/50 rund eine Million Deutsche aus Schlesien auf, rund 960 000 Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR, jeweils eine halbe Million aus Pommern und Ostpreußen sowie rund 250 000 aus Ost-Brandenburg. Hinzu kamen noch rund 360 000 Deutsche aus Polen, 11 000 Deutsche aus der Sowjetunion, etwa 4000 aus Rumänien und jeweils 2500 Deutschstämmige aus Jugoslawien und Ungarn.⁶

Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR das Land in Richtung West-Berlin und Bundesrepublik. Der Anteil der Vertriebenen an diesen sogenannten Republikflüchtigen betrug etwa ein Drittel, d.h. zwischen 750 000 bis 900 000 Vertriebene verließen die DDR.⁷ Wie die landsmannschaftliche Zusammensetzung dieser „Republikflüchtigen“ aussah, ist unbekannt. 1961 lebten demnach rund neun Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, ihr Bevölkerungsanteil betrug 16 Prozent. In der DDR verblieben rund 3,5 Millionen Vertriebene, ihr Anteil an der Bevölkerung lag bei knapp 20 Prozent.⁸ Diese Zahlen zeigen für 1949/50: Die größten landsmannschaftlichen Gruppen, die Flucht und Vertreibung erlebten und

³ Das hieß, aus den deutschen Ostprovinzen kamen bis 1949/50 4,3 Millionen Deutsche in die Bundesrepublik.

⁴ Vgl. Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsgefangene. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1959, ohne Seitenzahl; Lothar Wieland, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, S. 13; Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 10, 14.

⁵ Vgl. Dierk Hoffmann, Binnenwanderung und Arbeitsmarkt, in: Vertriebene in Deutschland, S. 227f.

⁶ Hinzu kamen noch rund 300 000 Deutsche bzw. Deutschstämmige aus anderen Ländern bzw. Übersee. Vgl. Umsiedler in den Ländern der DDR nach Herkunftsgebieten, Stand 1. Dezember 1947, in: BAB DO 2/49/Bl. 146; Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 14; Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas, S. 19.

⁷ Vgl. Helge Heidemeyer, Vertriebene als Sowjetflüchtlinge, in: Vertriebene in Deutschland, S. 237–249; ders., Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, S. 41–48, 62–68.

⁸ Vgl. K. Erik Franzen, Die Vertriebenen, S. 280f.

überlebten, waren die Deutschen aus den deutschen Ostgebieten – mehr als drei Millionen Schlesier, über 1,8 Millionen Ostpreußen, 1,4 Millionen Pommern, und fast eine halbe Million Ost-Brandenburger – sowie eine Million Deutsche aus Polen und aus Danzig sowie mehr als drei Millionen Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR.⁹

Alle vier Alliierten Besatzungsmächte zeigten sich nach Kriegsende äußerst reserviert und ablehnend gegenüber Selbstorganisationsbestrebungen von Flüchtlingen und Vertriebenen im Vierzonendeutschland. Ihre Furcht vor Flüchtlings-Selbstorganisationen basierte auf der Annahme einer möglichen Radikalisierung der Millionen sozial Deklassierten, die die labile politische Nachkriegssituation in den Besatzungszonen weiter belasten und gefährden könnte. Die Sowjets fürchteten dabei starke antikommunistische und nationalistische Tendenzen unter den Vertriebenen, die westlichen Besatzungsmächte wiederum kommunistische oder nationalsozialistische Umtriebe. Entgegen der in der Literatur immer wieder anzutreffenden Behauptung existierte kein Koalitionsverbot für Vertriebene auf Grund eines Alliierten Kontrollratsbeschlusses.¹⁰ Jede Besatzungsmacht ging auf eigene Weise gegen Organisationsbestrebungen der Vertriebenen vor. In der französischen Zone existierte keine Vertriebenenproblematik, da die Franzosen sich wegen ihres Ausschlusses von der Potsdamer Konferenz zunächst weigerten, Flüchtlinge und Heimatvertriebene in ihrer Zone aufzunehmen. Bis 1948 lebten in der französische Zone nur knapp 100 000 Betroffene.¹¹

In der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone bildeten sich spontan schon ab Sommer 1945 Flüchtlingsvereinigungen. In der britischen Zone, z. B. in Hamburg, gründete sich im Juni 1945 die „Notgemeinschaft der Ostdeutschen“. Diese war eine reine Selbsthilfeorganisation, die in täglichen Lebensfragen, bei Behördengängen oder der Suche nach Familienangehörigen half. Die Notgemeinschaft war nicht nach regionaler Herkunft der Flüchtlinge organisiert, sondern betreute und umwarb alle im Stadtgebiet Hamburg ansässigen Flüchtlinge und Vertriebenen. Ähnliche Organisationen existierten auch in anderen Städten, z. B. in Göttingen, Hameln, Lübeck.¹² In Hamburg wie auch in weiteren Städten der britischen Zone organisierten sich parallel dazu aber auch Flüchtlingsgemeinschaften, die sich am landsmannschaftlichen Prinzip orientierten und deren Aufgaben sich nicht von denen der „Notgemeinschaften“ unterschieden.¹³ Bereits 1945 wurde deutlich, daß zwei verschiedene Typen von Flüchtlingsorganisationen sich herausbildeten, die sich in den Kriterien ihrer Mitgliederauswahl unterschieden – landsmannschaftlich oder

⁹ Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, S. 136f.

¹⁰ So Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 33, 34; Hermann Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in: Geglückte Integration?, S. 21–29.

¹¹ Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, S. 138.

¹² Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 19–27; Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 64.

¹³ Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 22.

davon unabhängig am Schicksal „Flüchtling/Vertriebener“ orientiert. Ab Ende der 1940er Jahre wurden beide Organisationstypen zu erbitterten Gegnern vor allem in der Mitgliederwerbung und der daran hängenden finanziellen staatlichen Unterstützung.

In der amerikanischen Besatzungszone gründete sich im Juli 1945 in München die „Hilfsstelle für die Flüchtlinge aus den Sudetengebieten“. Diese landsmannschaftliche Organisation ging in ihren Aktivitäten schnell über eine reine soziale Selbsthilfe hinaus und versuchte zum einen bevölkerungspolitisch zu agieren. Sie setzte sich für eine geschlossene Ansiedlung von Sudetendeutschen in Bayern ein. Als zum anderen die Funktionäre der Sudetendeutschen Hilfsstelle begannen, sich Aufgaben der von der Militärregierung eingesetzten bayerischen Flüchtlingssonderverwaltung anzueignen, verboten die Amerikaner im April 1946 die Hilfsstelle. Dieses Verbot traf in Bayern auch andere in Gründung begriffene Vertriebenenorganisationen, so die „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Südoststaaten“ oder die „Hilfsstelle Schlesien“.¹⁴ Mit einer ähnlichen Verbotsstrategie hatte bereits die britische Besatzungsmacht in ihrer Zone agiert. Auch die britische Militärregierung war nicht bereit, Flüchtlingsvereinigungen in den administrativen und politischen Aufbau der Länder einzubeziehen. Am 28. Januar 1946 sprach die britische Besatzungsmacht das Verbot für alle landsmannschaftlichen Verbände und Vereinigungen von Flüchtlingen in ihrer Zone aus.¹⁵ In der sowjetischen Zone erteilte die Besatzungsmacht zu keiner Zeit für Organisationen von Vertriebenen und Flüchtlingen eine Lizenz. Die östliche Besatzungsmacht wünschte eine schnelle, reibungslose und vollkommene Assimilierung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft und deren Mitwirken am Wiederaufbau und am gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß in der SBZ. Diese Integration, besser Assimilation, sollte im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik ablaufen. Das vorhandene Gruppenbewußtsein, Ost-Flüchtling zu sein, sollte keineswegs von Vertriebenenorganisationen kultiviert werden, sondern es sollte nach und nach in Vergessenheit geraten. Aber auch in der SBZ, dann in der DDR versuchten Flüchtlinge und Vertriebene sich zu organisieren. Bekannt wurden z. B. der „Schlesierausschuß“, der zwischen 1946 und 1952 unter wechselnden Bezeichnungen existierte und im Kern ehemalige Breslauer Kommunisten vereinte¹⁶, oder regionale Verbindungen wie der „Bund der Danziger Antifaschisten“, 1946 in Magdeburg gebildet, oder eine „Umsiedlerflüchtlingsvereinigung Bitterfeld“, die bis 1947 existierte.¹⁷ Jegliche Ansätze zur landsmannschaftlich-organisierten Kontaktaufnahme, auch Treffen in kleinsten Kreisen, waren und blieben unerwünscht. Sie standen, wenn sie bekannt wurden, unter polizeilicher und geheim-

¹⁴ Vgl. Johannes-Dieter Steinert, *Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie*, S. 65f.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 66f.

¹⁶ Vgl. Michael Herms, Gert Noak, *Der „Schlesierausschuß“ der VVN im Visier der SED-Führung (1946–1952)*. Berlin 1997.

¹⁷ Thorsten Mehlhase, *Die SED und die Vertriebenen in Sachsen-Anhalt*, in: *Sie hatten alles verloren*, S. 172–174.

dienstlicher Beobachtung.¹⁸ Jede einzelne Besatzungsmacht unterband zunächst in ihrer Zone landsmannschaftliche Vereinigungen bzw. Flüchtlingsorganisationen.

In der britischen und amerikanischen Zone entstand ab 1947 auf kommunaler Ebene eine Vielzahl an wirtschaftlich, kulturell und sozial engagierten Flüchtlingsgruppierungen. Sie waren landsmannschaftlich oder als generelle Flüchtlingsvereinigungen organisiert. Trotz des Koalitionsverbots setzten die Militärregierungen auf Länderebene 1947 keine Verbote mehr durch, sie tolerierten die Vereinsgründungen stillschweigend.¹⁹ Ab 1948 begann eine schrittweise Lockerung des Koalitionsverbotes. Im Sommer 1948 wurde es durch verschiedene Verfügungen in den einzelnen Ländern der Westzone aufgehoben.²⁰ Das hatte zwei Gründe: Zum einen ließ es die wirtschaftliche Notlage der Flüchtlinge und Vertriebenen angebracht erscheinen, Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge zu tolerieren. Zum anderen sprachen auch politische Argumente dafür. Man könne nicht, so die britische Überlegung, das öffentliche Eintreten für die Rückkehr in die Ostgebiete mit einem Verbot von Flüchtlingsorganisationen verbinden, zudem wenn die Regierung Großbritannien erklärte, die Frage der Ostgrenze sei offen.²¹

Anfang 1949 schlossen sich die Interessenverbände der Flüchtlinge auf Länderebene zu Dachorganisationen zusammen, in Nordrhein-Westfalen beispielsweise unter der Bezeichnung „Landesverband der Ostvertriebenen“. Diese einzelnen Landesorganisationen vereinten sich im April 1949 – noch vor Gründung der Bundesrepublik – bundesweit zum „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD).²² Die einzelnen elf Landesverbände der zehn Bundesländer und West-Berlins des ZvD blieben in der Folgezeit aber sehr auf eine gewisse Selbständigkeit bedacht. Sie sahen ihre Aufgaben darin, soziale und wirtschaftliche Sonderleistungen für ihr Klientel auszuhandeln, um eine Eingliederung der Vertriebenen in die Gesellschaft zu erleichtern. Das hieß, sie setzten sich ein für die Förderung von wirtschaftlichen Unternehmungen, für Existenzgründungen, den Wohnungsbau, die Beschaffung von Hausrat und anderer Bedarfsgüter sowie für die Gewährung von Rechtsschutz und die Vertretung vor Behörden.²³ Mit Beginn der 1950er Jahre zeichnete sich ein langsamer aber stetiger Mitgliederrückgang beim Vertriebeneninteressenverband ab. Nach Überwindung der ersten größten wirtschaftlichen Not zogen sich die Vertriebenen und Flüchtlinge von den Interessengemeinschaften zurück. Sie wandten sich entweder von allen Flücht-

¹⁸ Michael Grottendieck, *Egalisierung ohne Differenzierung?*, in: Thomas Großbölting, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Die Errichtung der Diktatur*, S. 191–221.

Ein offiziell ausgesprochenes Verbot durch die DDR-Regierung ist auch ab 1949 in den Quellen bisher nicht belegt. Dies im Gegensatz zur Behauptung anderer Autoren wie: Peter-Heinz Seraphim, *Die Heimatvertriebenen in der SBZ*, S. 28, oder Johannes Hoffmann, Manfred Wille, Wolfgang Meinicke, *Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik*, in: Sie hatten alles verloren, S. 26.

¹⁹ Vgl. Johannes-Dieter Steinert, *Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie*, S. 68–70.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 70, 79.

²¹ Vgl. ebenda, S. 70.

²² Vgl. ebenda; Hermann Weiß, *Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse*, S. 248.

²³ Vgl. ebenda, S. 248f.

lingsvereinigungen ab, oder sie gingen zu den emporstrebenden ostdeutschen Landsmannschaften.²⁴

Die Landsmannschaften entstanden zwischen 1948 und 1950 als überregionale Dachverbände.²⁵ Am Ende waren es 20 ostdeutsche Landsmannschaften, die heute noch existieren.

Die ostdeutschen Landsmannschaften²⁶

1. Deutsch-Baltische Landsmannschaft im Bundesgebiet
2. Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen im Bundesgebiet
3. Landsmannschaft Ostpreußen
4. Bund der Danziger
5. Landsmannschaft Westpreußen
6. Pommersche Landsmannschaft
7. Landsmannschaft Weichsel-Warthe – Bundesverband
8. Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg
9. Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
10. Landsmannschaft der Oberschlesier
11. Sudetendeutsche Landsmannschaft – Bundesverband
12. Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei
13. Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
14. Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen
15. Landsmannschaft der Donauschwaben aus Jugoslawien
16. Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien in Deutschland
17. Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
18. Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland
19. Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen
20. Landsmannschaft der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen

Die vier bzw. fünf größten Landsmannschaften – angelehnt an die größten ostdeutschen bzw. südostdeutschen vertriebenen Volksgruppen – wurden die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit 340 000 Mitgliedern im Jahr 1955, die Landsmannschaft Schlesien mit 318 000 bzw. Oberschlesien mit 100 000 Mitgliedern, die Landsmannschaft Ostpreußen mit 130 000 Mitgliedern und die Pommersche Landsmannschaft mit 85 000 Mitgliedern Mitte der 1950er Jahre.²⁷

Die Gründung der Landsmannschaften lief zunächst oft nach dem Honoratiorenprinzip ab. Es fanden sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und frühere Poli-

²⁴ Vgl. Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 71 f.

²⁵ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 37; Die Landsmannschaften in Westdeutschland. Eine Übersicht über die revanchistische Tätigkeit einiger Landsmannschaften in der Bundesrepublik, o. O., 1959 (in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 417–430).

²⁶ Vgl. Handbuch. BdV, S. 31–144.

²⁷ Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 263.

tiker aus dem jeweiligen Vertreibungsgebiet zusammen, die die landsmannschaftliche Organisation ins Leben riefen. Als bundesweiter Verband wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft 1950 gegründet.²⁸ Sie ging hervor aus der bereits erwähnten „Sudetendeutschen Hilfsstelle“ in München 1945/46, 1947 „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ und 1948 der Landesgruppe Sudetendeutscher für Bayern. Erster Vorsitzender – bezeichnet als Sprecher – war von 1950 bis 1959 Rudolf Lodgman von Auen.²⁹ Der national-konservative Lodgman von Auen stammte aus Böhmen, saß bis zum Zusammenbruch der Habsburger Monarchie 1918 im österreichischen Reichsrat und böhmischen Landtag. Bis 1925 war er als Spitzenfunktionär der Deutschen Nationalpartei (DNP) Angehöriger des tschechoslowakischen Parlaments. Die DNP agierte auf antisemitischer Grundlage. Lodgmans Antisemitismus war bekannt und ist bezeugt.³⁰ Zudem vertrat er den Teil der sudetendeutschen Bevölkerung, der den tschechoslowakischen Staat ablehnte und die Abtrennung der deutsch besiedelten Landesteile forderte. Als er mit seinen politischen Ansichten bei den Parlamentswahlen 1925 in der ČSR scheiterte, zog er sich aus der aktiven Politik zurück.³¹ Lodgman begeisterte sich für Adolf Hitler, für den Nationalsozialismus, für das Münchner Abkommen und den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in das Sudetengebiet 1938. Später soll er eine gewisse Distanz zu den Herrschafts- und Terrormethoden des NS-Regimes gewahrt haben. Mitglied der NSDAP oder anderer NS-Organisationen wurde er nicht.³² Lodgman von Auen wurde im Juni 1945 vertrieben, lebte bis 1947 in der SBZ und ging dann nach München, wo er die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit aufbaute. Einer politischen Partei schloß er sich nach 1945 nicht mehr an.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft behielt ihren Hauptsitz in München, das Bundesland Bayern bzw. die Landesregierung übernahm 1954 die Patenschaft und stellte sich als Interessenanwalt für die Sudetendeutsche Landsmannschaft dar. Die CSU erklärte die sudetendeutschen Vertriebenen symbolisch zum „vierten Volkstamm“ Bayerns, neben den alt angestammten Altbayern, Schwaben und Franken.³³ Die Sudetendeutsche Landsmannschaft organisierte sich wie jede ostdeutsche Landsmannschaft zweigleisig: Zum einen gliederte sie sich nach den Herkunftsorten ihrer

²⁸ Bis heute gibt es keine wissenschaftlich ausgewogene Studie über die Geschichte auch nur einer ostdeutschen Landsmannschaft. Ausgenommen die faktenreiche aber in kommunistisch-polemischer Diktion gehaltene Arbeit von 1987 von: Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987; vgl. auch Edmund Jauernig, Sozialdemokratie und Revanchismus, S. 184ff.

²⁹ Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 87–94.

³⁰ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 39; Erich Später, Deutschlands Stoßtrupp, in: konkret 11/November 2007, und ders., Gez. NSDAP, SA und SS, in: konkret 4, 5, 10/ April, Mai und Oktober 2004.

³¹ Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962).

Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Lodgman_von_Auen; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 39.

³² Vgl. Matthias Lempart, Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV, S. 70–81 (ungedruckt).

³³ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Sudetendeutsche_Landsmannschaft; Ortfried Kotzian, Die Sudeten-deutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas, Bonn 1998; Die sudetendeutsche Frage. Kurzdarstellung und Dokumentation, München 1984 (in: BStU MfS HA XXII 19974, Bl. 1–61).

Mitglieder in sogenannte Heimatlandschaften oder Heimatkreise. Diese entsprachen zumeist den Stadt- und Landkreisen des Herkunftsgebiets, hier der sudetendeutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien. Zum anderen war die Landsmannschaft nach den neuen Wohnorten im Bundesgebiet gegliedert, also in elf Landesgruppen (sowie jeweilige Kreis- und Ortsgruppen), gemäß den zehn Bundesländern und West-Berlin.

Die Landsmannschaft Schlesien und die Landsmannschaft Oberschlesien³⁴ konstituierten sich bundesweit ebenfalls 1950. Erste „Vereinigungen der Schlesier“ gab es 1946 in Bayern. Im Juli 1948 hatte sich daraus der „Schlesierverband Bayern“ entwickelt, der Vorbild für den Aufbau der anderen Landesverbände wurde. Diese schlossen sich am 26. März 1950 im Dachverband der Landsmannschaft Schlesien zusammen. Zum ersten Vorsitzenden wählte man den früheren Zentrumsolitiker und Verwaltungsbeamten Walter Rinke³⁵. Dieser war zu keiner Zeit in das politische NS-System eingebunden. Vorsitzender der Landsmannschaft blieb er bis 1954. Von 1953 bis 1957 saß er für die CSU im Deutschen Bundestag. Walter Rinke wird nachgesagt, daß er im März 1950 bei seinem streitbaren und polemischen öffentlichen Auftreten den abfälligen Begriff des „Berufsflüchtlings“, später „Berufsvertriebenen“, prägte. Diese Bezeichnung wurde in der Folgezeit zur Herabsetzung der Funktionäre der Vertriebenenverbände gebraucht.³⁶ Rinke kritisierte damit jene „Berufsflüchtlinge“, die mit ihren „billigen Redensarten und hochtönenden Versprechungen“ die Kluft zwischen Alt- und Neubürgern vergrößerten, die Eingliederung der Flüchtlinge ins Nachkriegsdeutschland erschwerten, nur um sich selbst zu profilieren und um von ihrem Funktionärsposten leben zu können.³⁷ Das Bundesland Niedersachsen übernahm 1951 die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien.³⁸

Zur überregionalen Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen kam es am 3. Oktober 1948 in Hamburg. Dort befindet sich der Hauptsitz der Landsmannschaft; die Patenschaft übernahm das Land Bayern. Die Landsmannschaft gliedert sich sowohl

³⁴ Zum Sinn bzw. Unsinn der Gründung zweier Landsmannschaften – Schlesien und Oberschlesien – bei: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 45f.

In der deutschen Provinz Oberschlesien fand nach dem Ersten Weltkrieg nach Bestimmungen des Versailler Vertrages im März 1921 eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets statt. Mit 60 Prozent stimmten die Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich und gegen den Anschluß an die Republik Polen. Danach kam es zu Kämpfen zwischen deutschen und polnischen Freikorps. Die Auseinandersetzung endete auf Anordnung des Völkerbundes mit der Teilung Oberschlesiens – entgegen dem Abstimmungsergebnis. Das oberschlesische Industriegebiet ging an Polen. Damit sahen die Oberschlesier ihr Selbstbestimmungsrecht seit 1921 verletzt.

³⁵ Dr. rer. pol. Walter Rinke (1895–1983), stammte aus Kattowitz, er war im Versicherungswesen tätig. Die Nationalsozialisten schickten Rinke, den Direktor der Oberschlesischen Provinzialversicherungsanstalten in Ratibor, 1934 in den Ruhestand. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft wurde er 1945 aus Breslau ausgewiesen, er kam nach München und wurde in den bayerischen Staatsdienst übernommen. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 44f.; http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Rinke.

³⁶ Vgl. Linus Kather, *Die Entmachtung der Vertriebenen*, Bd. 1, S. 167f.

³⁷ Walter Rinke zitiert in: ebenda, S. 168.

³⁸ Vgl. ebenda; Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen*, S. 73–77; http://de.wikipedia.org/wiki/Landsmannschaft_Schlesien; <http://www.schlesien-lm.de/html/gruenderjahre1.html>.

in 40 Heimatkreisgemeinden, entsprechend den historischen 40 Landkreisen Ostpreußens, als auch in elf Landesgruppen. Den Vorsitz der Landsmannschaft hatte von 1948 bis 1951 Ottomar Schreiber inne. Ihm folgte bis 1966 Alfred Gille.³⁹ Schreiber⁴⁰ stammte aus Westpreußen, lebte und engagierte sich aber seit den 1920er Jahren beruflich und politisch im Memelland. Dort hatte er den Vorsitz des Memelländischen Arbeitgeberverbandes inne. In den 1920er und 1930er Jahren war er Landtagsabgeordneter des Memellandes, einem autonomen Gebiet innerhalb Litauens. Schreiber gehörte der Memelländischen Volkspartei (DVP-nahe) an. 1932 wurde Schreiber Landespräsident (wie Ministerpräsident) des Memellandes, 1934 setzte ihn die litauische Regierung wegen „Bevorzugung der deutschstämmigen Memelländer“ ab. Mit der Angliederung des Memellandes an Deutschland im März 1939 erhielt er vom NS-Staat die Position des Regierungschefs. Wegen Differenzen mit der NSDAP-Gauleitung Ostpreußens, welcher Art ist ungeklärt, wurde Schreiber 1942 abgesetzt. Nach seiner Vertreibung 1945 ließ er sich am Tegernsee nieder.⁴¹

Alfred Gille stammte aus Insterburg, er war Jurist und von 1928 bis 1942 Bürgermeister der Stadt Lötzen in Ostpreußen. Von 1939 bis 1945 war er Kriegsteilnehmer, von 1942 bis 1945 fungierte er als Kreis-Gebietskommissar im von NS-Deutschland besetzten sogenannten Reichskommissariat der Ukraine und Weißrutheniens. Ob Gille bei seiner Tätigkeit als Gebietskommissar in Nowogrodek möglicherweise in Kriegsverbrechen verwickelt war, ist bisher nicht erforscht. Gille wurde 1937 NSDAP-Mitglied.⁴² Nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam Gille 1948 nach Lübeck, wo er als Rechtsanwalt und Notar arbeitete. 1950 gehörte er zu den Mitbegründern des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE).⁴³

Die Landsmannschaft der Pommern konstituierte sich „bundesweit“ am 18. Mai 1948. Sie ging aus ersten sogenannten Notgemeinschaften der Pommern in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hervor. Als Sitz der Hauptgeschäftsstelle der Landsmannschaft wurde Hamburg gewählt. Das Land Schleswig-Holstein übernahm im August 1954 die Patenschaft über die Landsmannschaft Pommern.⁴⁴ Den Vorsitz übernahm von 1948 bis 1953 Herbert von Bismarck. Dieser lebte als Gutsbesitzer und Landrat von 1918 bis 1931 im pommerschen Regenwalde. Als

³⁹ Vgl. Peter Mast, *Kleine Geschichte West- und Ostpreußens*, hrsg. Vom Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1997; http://de.wikipedia.org/wiki/Landsmannschaft_Ostpreußen.

⁴⁰ Dr. phil. Ottomar Schreiber (1889–1955). Von 1949 bis 1953 war Schreiber StS im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

⁴¹ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 39; http://de.wikipedia.org/wiki/Ottomar_Schreiber.

⁴² Vgl. Matthias Lempart, *Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV*, S. 17–24 (ungedruckt).

⁴³ Dr. iur. Alfred Gille (1901–1971). Von 1953–1957 saß er für den BHE im Bundestag, von 1950–1954 und 1958–1962 war er Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Gille; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 47.

⁴⁴ Vgl. 20 Jahre Pommersche Landsmannschaft, hrsg. Vom Pommerschen Zentralverband, Hamburg 1969, S. 27–32 (in: BStU MfS HA II 29689, Bl. 1–114); Ludwig Biewer, *Kleine Geschichte Pommerns*, Bonn 1997; http://de.wikipedia.org/wiki/Pommersche_Landsmannschaft.

Mitglied der DNVP saß er für kurze Zeit 1932 / Anfang 1933 im Deutschen Reichstag und war Staatssekretär im preußischen Innenministerium, bis ihn die NS-Machthaber 1933 in den Ruhestand schickten. Bis zu seiner Vertreibung 1945 lebte von Bismarck zurückgezogen auf seinen Gütern. Nach Kriegsende siedelte er sich in Wiesbaden an.⁴⁵

Die Rivalitäten zwischen den ostdeutschen Landsmannschaften, die sich 1950 zur „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL) zusammenschlossen, und dem Interessenverband „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“, der die landsmannschaftliche Aufsplitterung der Vertriebenen ablehnte, beeinträchtigten in den 1950er Jahren die Arbeit der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. An der Spitze der VOL stand von 1950 bis 1952 der aus Estland stammende Axel de Vries, der zugleich Sprecher der Baltischen Landsmannschaft war. Ihm folgte Herbert von Bismarck.⁴⁶ De Vries⁴⁷, ein Journalist und Redakteur, saß in den 1920er und 1930er Jahren für die Deutsch-Baltische Partei im estnischen Reichstag. Nach dem Grenzvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion⁴⁸ wurden die Baltendeutschen mehr oder weniger freiwillig umgesiedelt. Axel de Vries ging als Landwirt in den sogenannten Warthegau, aus dem er und seine Familie bei Kriegsende flohen. Von 1941 bis 1944 war de Vries Kriegsteilnehmer und im östlichen Teil Weißrußlands, in Weißruthenien, als landwirtschaftlicher Sonderführer, als eine Art Vordenker der Chefgruppe Landwirtschaft, eingesetzt. Unter anderem wirkte der durch und durch antikommunistisch eingestellte Baltendeutsche gezielt bei der Partisanenbekämpfung mit. Er stiftete die weißrussische Polizei bei örtlichen Judenvernichtungsaktionen zu Morden an der sogenannten kommunistischen Stadt- und Dorfintelligenz an. Axel de Vries war tief in das NS-System verstrickt. Er war direkt an Kriegsverbrechen beteiligt.⁴⁹ Nach 1945 arbeitete er in Westdeutschland wieder als Journalist, dann gehörte er für die FDP von 1949 bis 1953 dem Deutschen Bundestag an. Für seine verbrecherische Tätigkeit während des Krieges wurde de Vries nie zur juristischen Verantwortung gezogen.⁵⁰

Der übergreifenden Interessenorganisation „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ stand der Ostpreuße, Rechtsanwalt und frühere Zentrumspolitiker Linus Kather⁵¹ vor. Kather war als Rechtsanwalt und Notar bis 1945 in Königsberg tätig. Als

⁴⁵ Herbert von Bismarck (1884–1955), war ein Großneffe des Reichsgründers Otto von Bismarck. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 39.

⁴⁶ Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 166.

⁴⁷ Axel de Vries (1892–1963), geboren in Preedi/Wredensitz, Estland, 1917/18 deutscher Militärschpion in Estland, danach Nachrichtenoffizier bis 1920. Nach dem Krieg wurde das Familiengut enteignet. Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 687. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Axel_de_Vries.

⁴⁸ NS-Deutschland schloß 1939/40 mit verschiedenen Staaten, z. B. mit Estland und Lettland, Verträge und Vereinbarungen zur „Umsiedlung“ deutscher Volksgruppen.

⁴⁹ Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 686f.

⁵⁰ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 39;

⁵¹ Linus Kather (1893–1983), geboren in Prossitten/Ermland. Seit 1945 CDU, 1950–1953 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, wechselte 1954 zum GB/BHE im Streit um die CDU-Vertriebenenpolitik. Er warf Adenauer vor, die Vertriebenen als „Stimmvieh“ zu mißbrauchen. 1969 parteiloser Kandidat für die NPD zum Bundestag. Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, 2.

Mitglied der Zentrumspartei wirkte er bis 1933 im Königsberger Stadtparlament. Unter dem NS-Regime war Kather Strafverteidiger. Er vertrat u. a. angeklagte katholische Geistliche und während des Krieges Kriegsgefangene vor deutschen Militärgerichten. Kather war ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus. Nach seiner Verreibung ging er nach Hamburg und gründete dort eine der ersten Vertriebenenorganisationen. Von 1950/51 bis 1958 stand er an der Spitze des ZvD, der sich dann „Bund vertriebener Deutscher“ (BVD) nannte.⁵²

Zwischen den beiden konkurrierenden Vertriebenenverbänden, dem VOL und dem ZvD, kam es bereits 1949 zu einem Versuch der Abgrenzung der Aufgabenbereiche, wobei Überschneidungen letztlich nicht zu vermeiden waren. Im März 1950 hieß es dazu von beiden Organisationen offiziell: „Während die Interessenvertretungen [Landesverbände des ZvD] die Eingliederung der Vertriebenen in die neue Heimat fördern wollen, erblicken die Landsmannschaften ihre Aufgabe darin, die Rechtsansprüche auf die alte Heimat mit allen ihnen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln laut und deutlich zu vertreten.“⁵³

Zu den politischen Institutionen, die die Flüchtlinge und Vertriebenen als ihr Klientel betrachteten, zählte nach Gründung der Bundesrepublik das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.⁵⁴ Den Posten des Vertriebenenministers im ersten Kabinett unter Kanzler Konrad Adenauer bekleidete der Schlesier und promovierte Jurist Hans Lukaschek.⁵⁵ Dieser, bis 1933 Mitglied der katholischen Zentrumspartei, war bis 1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien. Abgesetzt durch die NS-Machthaber, arbeitete er dann als Rechtsanwalt, schloß sich dem Widerstand um den Kreisauer Kreis an und wurde nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler 1944/45 inhaftiert. Das Amt des Vertriebenenministers hatte Lukaschek von 1949 bis 1953 inne.⁵⁶

Neben dem Vertriebenenministerium konnte sich nach Gründung der Bundesrepublik eine politische Partei konstituieren, die die spezifischen Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen vertreten wollte. Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) wurde im Januar 1950 gegründet⁵⁷, an seiner Spitze stand von 1950 bis 1954 der aus der Provinz Posen stammende Waldemar Kraft. Der Landwirt Kraft⁵⁸ wirkte von 1921 bis 1939 in führender Position für die Interessen der deutschen Bauern in Polen. Von 1940 bis 1945 war Kraft in Berlin als Geschäftsführer der „Reichsgesellschaft der Landbewirtschaftung in den eingegliederten Ostgebieten“ tätig. 1933 (oder 1943?) trat Kraft der NSDAP bei, im November 1939 ernannte man

⁵² Vgl. ebenda; http://de.wikipedia.org/wiki/Linus_Kather.

⁵³ Zitiert in: Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 168.

⁵⁴ Vgl. Lothar Wieland, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1968.

⁵⁵ Hans Lukaschek (1885–1960), stammte aus Breslau, seit 1916 Oberbürgermeister der oberschlesischen Stadt Rybnik, ab 1927 dann OB von Hindenburg. 1945 ging er zunächst in die SBZ, wurde CDU-Mitglied und kurzzeitig Minister in Thüringen. 1947 floh er in die Westzone, wurde im April 1948 zum Vizepräsidenten des Obersten Gerichts der Bi-Zone ernannt.

⁵⁶ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 38.

⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 280–288.

⁵⁸ Waldemar Kraft (1898–1977).

ihn zum Ehren-Hauptsturmführer der Allgemeinen SS. Seine berufliche Karriere und sein politisches Eintreten rechtfertigten nach Kriegsende den Vorwurf, daß er mitverantwortlich für die NS-Besatzungspolitik in Polen gewesen sei. Die britische Besatzungsmacht internierte Kraft bis 1947, bis 1950 war er arbeitslos. Von 1949 bis 1951 übte Kraft das Amt des Sprechers der Landsmannschaft Weichsel-Warthe aus. Von 1950 bis 1953 gehörte er dem Landtag von Schleswig-Holstein, von 1953 bis 1961 dem Deutschen Bundestag an, zunächst für den BHE, ab 1955 für die CDU.⁵⁹

Die Spitzenfunktionäre der „ersten Stunde“ der Landsmannschaften, der „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften“, des Interessenverbandes der Vertriebenen, d.h. des „Zentralverbands der vertriebenen Deutschen“, der Vertriebenen-Partei bis hin zum Vertriebenenminister im Bundeskabinett waren entweder mehrheitlich national-konservative oder bürgerlich-republikanisch-demokratische Politiker, die zwischen 1933 und 1945 keine hohen NS-Funktionäre bzw. staatliche Amtsträger im NS-Deutschland waren, von Ausnahmen abgesehen.⁶⁰ Daß die Gründungsfunktionäre der verschiedenen Organisationen für Flüchtlinge und Vertriebene nicht eindeutig stark belastet waren, darauf hatten die westlichen Besatzungsmächte bzw. dann die drei Hohen Kommissare geachtet⁶¹, aber nicht jede NS-Vergangenheit war damals bereits bekannt, wie es das Beispiel des Funktionärs Axel de Vries zeigte.

Die vorgestellten Spitzenfunktionäre der verschiedenen Vertriebenen-Organisationen gehörten zu den Unterzeichnern⁶² der „Charta der Heimatvertriebenen“⁶³. Die Baltendeutschen Ottomar Schreiber und Axel de Vries, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen bzw. Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, beanspruchten für sich, federführend bei der Abfassung der „Charta“ gewesen zu sein.⁶⁴ Wenn dies tatsächlich zutrifft, wären zwei NS-Funktionsträger Verfasser der Charta, mit de Vries sogar ein direkt Beteiligter an Kriegsverbrechen.⁶⁵ Andere Vertriebenenpolitiker, beispielsweise Linus Kather, behaupteten hingegen, daß die „Charta“ in Zusammenarbeit zwischen den ostdeutschen Landsmannschaften und dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) von einer Gruppe von Funktionären erar-

⁵⁹ Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar_Kraft; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamt-deutsch“, S. 76f.

⁶⁰ Im Rahmen dieser Studie wurden keine weiteren Recherchen über die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre, insbesondere für die Zeit zwischen 1933 und 1945, durchgeführt. Bei den biographischen Angaben über diese stützte sich die Autorin auf bisher publizierte Arbeiten und Angaben. Am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin entstand im Laufe des Jahres 2010 eine wissenschaftliche „Gruppenbiographische Studie über die ersten Präsidialmitglieder des Bundes der Vertriebenen“. Diese soll veröffentlicht werden.

⁶¹ Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 244ff.

⁶² Ausgenommen der erste Vertriebenen-Minister Hans Lukaschek.

⁶³ Wortlaut abgedruckt bei: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 438f.

⁶⁴ Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 169. Linus Kather – Chef des ZvD, bestritt diesen Anspruch der beiden Baltendeutschen. Vgl. ebenda.

⁶⁵ Vgl. Otto Köhler, Etwaige Belastungen. Der Bund der Vertriebenen sucht seine Vergangenheit, Deutschlandfunk Juli 2010.

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird davon ausgegangen, dass zwanzig der dreißig Unterzeichner der „Charta“ der NSDAP bzw. der SS angehörten. Vgl. Kurt Nelhiebel, 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: ZfG 2010, S. 735.

beitet, dann von führenden Repräsentanten der Verbände unterzeichnet⁶⁶ und am 5. August 1950 in Stuttgart der Öffentlichkeit präsentiert wurde.⁶⁷ Die „Charta“ enthielt Forderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen, die sie als „Rechte“ bezeichneten wie gleiche Staatsbürgerrechte vor dem Gesetz und im Alltag, die Ansprüche nach „gerechter Verteilung der Lasten des Krieges“ auf die gesamte Bevölkerung und die Eingliederung der zahlreichen Berufsgruppen der Vertriebenen sowie ihre Beteiligung am Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Diese Forderungen waren angesichts des von Entwurzelung, Arbeitslosigkeit und ärmlichen Notunterkünften geprägten Daseins von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen im noch in Trümmern liegenden Deutschland nachvollziehbar. Die Nachkriegsgrenzen Deutschlands erkannten weder die Bundesrepublik noch die Vertriebenenorganisationen an. Das „Recht auf Heimat“ sah man fortan als ein „Grundrecht der Menschheit“. Hier formulierten die Vertriebenenpolitiker in der „Charta“ mit Zurückhaltung, noch weit entfernt von lauten Forderungen eines Rechts auf Rückkehr, lediglich: „Wir haben unsere Heimat verloren. [...] Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten [...] und fühlen [...] uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschlichkeit anerkannt und verwirklicht wird.“⁶⁸

Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ war im Selbstverständnis der Vertriebenen ein Dokument des Gewaltverzichts. Es hieß: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“⁶⁹ Zu hinterfragen wäre hier – angesichts von sechs Millionen ermordeter Juden, der Tötung von 12 bis 17 Millionen Zivilisten in der Sowjetunion, der Tötung von sechs Millionen Polen, der Tötung von 1,4 Millionen Zivilisten in Jugoslawien, der Tötung von 310 000 Zivilisten in der Tschechoslowakei – wem gegenüber auf Rache und Vergeltung verzichtet werden sollte? Den Polen, den Völkern der Sowjetunion oder den Tschechen gegenüber?⁷⁰ Fünf Jahre nach Kriegsende, angesichts des gerade überwundenen Koalitionsverbots für die Flüchtlinge und Vertriebenen, der noch eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik und der Anwesenheit der westlichen Alliierten in Form der Hohen Kommissare beinhaltete die „Charta“ keinerlei Forderungen. Gänzlich ausgeblendet hatten die Verfasser der „Charta“ jeden Hinweis auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung, auf den Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Sie ignorierten beharrlich die Chrono-

⁶⁶ Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ unterzeichneten 30 Vertriebenenfunktionäre. Vermutlich waren davon neun Unterzeichner deutlich NS-belastet. Vgl. Erich Später, Gez. NSDAP, SA, SS, in: Konkret Online 4/2004. Die Behauptung des Autors – die Charta „wurde von Nazis verfaßt und unterzeichnet“ – ist so verallgemeinert falsch. Vgl. ebenda.

⁶⁷ Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 166–175.

⁶⁸ Zitiert aus der abgedruckten „Charta“ in: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 438.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Vgl. Kurt Nelhiebel, 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: ZfG 2010, S. 737f., 742.

logie der Ereignisse. Zudem erklärten die „Vertriebenenpolitiker der ersten Stunde“ ihr Klientel – die Flüchtlinge und Vertriebenen – zu den „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“. ⁷¹ Damit gaben sie keine auch nur annähernd realistische Einschätzung und Verortung der Heimatvertriebenen im Kanon der Opfer von Krieg und NS-Gewaltherrschaft in Europa und Deutschland ab. Keine Erwähnung fanden die Millionen Juden, die systematisch ermordet worden waren. Kein Wort stand in der „Charta“ von den Massenvertreibungen von Millionen von Menschen in Osteuropa zwischen 1939 und 1945. Die Vertriebenenpolitiker der „Charta“ schwiegen über die „weiteren“ Opfer der NS-Gewaltherrschaft – über die Millionen Kriegstoten, über die Kriegswaisen und Kriegswitwen, über die Bombengeschädigten. Geschwiegen wurde über die Hunderttausende, die Deutschland als Emigranten nach 1933 verlassen mußten. ⁷² Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren auch Opfer im Gefolge von NS-Gewaltherrschaft und Krieg, sehr weit entfernt aber von der am schwersten betroffenen Opfergruppe.

Bei den Sprechern bzw. Vorsitzenden der Landsmannschaften und ihrer Dachorganisation „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“ und der Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen, dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“, bestand Klarheit darin, daß zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Interessen eine geschlossene überparteiliche Organisation der Vertriebenen und Flüchtlinge unverzichtbar war. Die Zersplitterung mußte überwunden werden. Dies gelang bis 1958/59.

Zunächst fanden aber die landsmannschaftlich orientierten Verbände mit ihren ausgeprägt politischen Zielsetzungen und dem vor allem soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgenden Interessenverband ZvD keine gemeinsame Basis. Versuche zusammenzukommen scheiterten regelmäßig. Immer wieder kam es zwischen 1950 und 1958 zu Streitigkeiten bei der Besetzung von Posten und bei der Verteilung von Finanzmitteln zwischen den Zentralen von VOL und ZvD und den jeweiligen Landesverbänden bzw. den weiteren Untergliederungen. Außerdem existierten Unstimmigkeiten in der Frage, wie die Ziele und Aufgaben der einzelnen Vertriebenenverbände verfolgt werden sollten. Zudem gab es hinsichtlich der parteipolitischen Ausrichtung bzw. der Wahrung der politischen Neutralität Differenzen. Auch waren die Spitzenfunktionäre der großen Landsmannschaften wie die Interessenvertretung der Vertriebenen davon überzeugt, daß nur ihre jeweilige Organisationsform die richtige und angemessene für die Vertriebenen sei. ⁷³

Seit November 1951 dachten die beiden großen Landsmannschaften der Schlesier und der Sudetendeutschen sowie die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg und die der Karpatendeutschen daran, ihren Dachverband VOL zu verlassen und zum „Zentralverband vertriebener Deutscher“ überzutreten. Zeitgleich mit diesen Überle-

⁷¹ Zitiert aus der abgedruckten „Charta“ in: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 439.

⁷² Vgl. Alexander Loesch, Heimatvertriebene: Die Charta der Organisation ist 50 Jahre alt, in: Tagespiegel, Berlin, 17. August 2000; Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Charta_der_deutschen_Heimatvertriebenen.

⁷³ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 42.

gungen und beginnenden Verhandlungen wechselte der ZvD seinen Namen in „Bund Vertriebener Deutscher“ (BVD). Der neue Verbandsname setzte sich bis 1954 auf allen Ebenen durch.⁷⁴ Aber ein Prozeß der Konstituierung eines Einheitsverbandes aus dem Vertriebenen-Zentralverband und einzelnen Landsmannschaften kam nicht in Gang. Der bisher locker zusammengeschlossene Zweckverband „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“ ging nunmehr daran, sich konsequenter zu organisieren. So führte er z. B. eine Gewichtung der Landsmannschaften nach Größe und Mitgliederzahl sowie das Einstimmigkeitsprinzip bei wesentlichen Entscheidungen ein. Die Landsmannschaften schufen sich im August 1952 einen neu strukturierten Verband – den „Verband der Landsmannschaften“ (VdL). Die Bemühungen um Schaffung eines Vertriebenen-Einheitsverbandes ruhten bis 1956/57. Nach wie vor sah sich der „Bund vertriebener Deutscher“ als eine Art straff organisierter Vertriebenengewerkschaft mit wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeitsschwerpunkten, während der „Verband der Landsmannschaften“ seine heimatpolitische Zielsetzung – Propagierung der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis der Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete – ebenfalls beibehielt.⁷⁵

Erneute Auseinandersetzungen um Posten und Funktionen, Kämpfe um Geldzuweisungen und um die parteipolitische Ausrichtung ließen Anfang 1956 neue Auflösungstendenzen beim BVD sichtbar werden. Die BVD-Landesverbände Hamburg, West-Berlin und Schleswig-Holstein strebten danach, sich dem „Verband der Landsmannschaften“ anzuschließen. Diese Übertritte wurden dann nicht vollzogen, weil beide Verbände ab Mitte/Ende 1956 erneut Gespräche aufnahmen, um einen Gesamtverband zustande zu bringen. Dies gelang am 14. Dezember 1958 in West-Berlin mit der Konstituierung des Vertriebenen-Dachverbandes „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ – kurz BdV genannt. Im Vereinigungsgeschehen gelang es den Landsmannschaften und dem VdL, ihre personellen und programmatischen Vorstellungen deutlicher durchzusetzen.⁷⁶ Zum ersten Präsidenten des Bundes der Vertriebenen bestimmten die Mitglieder und Funktionäre den aus Pommern stammenden CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Krüger.⁷⁷

Der BdV-Vorsitzende Krüger gehörte zu den nachweislich NS-belasteten Vertriebenen-Funktionären. Er war ein überzeugter Nationalsozialist, der Karriere in der NSDAP machte. Nach frühen eigenen Angaben über seinen Lebenslauf habe er bereits im November 1923 am Hitlerputsch in München teilgenommen. Ob das der Wahrheit entsprach, ist ungeklärt. 1933 wurde er Mitglied der NSDAP und ging in weitere sieben NS-Organisationen. Er war bis 1943 NSDAP-Ortsgruppenleiter im

⁷⁴ Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 247–251; Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 176–187.

⁷⁵ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 40–78; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 145–148.

⁷⁶ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 87–97.

⁷⁷ Hans Krüger (1902–1971), stammte aus Neustettin/Hinterpommern, Jurist, Richter in Pommern, nach 1945 CDU-Mitglied, 1957–1965 MdB, Oktober 1963–Januar 1964 Bundesvertriebenenminister. Vgl. Hans Krüger, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Krüger; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 96. Der Autor geht allzu leichtfertig über NS-Belastungen von einzelnen Vertriebenenfunktionären hinweg – hier Hans Krüger als Beispiel.

besetzten Konitz/Westpreußen. Als Oberamtsrichter in Konitz soll er im Rahmen von Sondergerichten 1942/43 an der Verhängung von zahlreichen Todesstrafen mitgewirkt haben. Diese Vorwürfe sind bis heute nicht geklärt, da alle Gerichtsakten des Konitzer Gerichtsgebäudes im Februar 1945 verbrannten. Sicher hingegen ist, daß sich Krüger äußerst aktiv in die NS-Parteiarbeit einbrachte. Seine nationalsozialistische Gesinnung ist hinreichend dokumentiert. Aufgrund all dieser Anschuldigungen mußte Krüger im Februar 1964 seinen BdV-Posten und bereits im Januar 1964 auch sein Amt als Bundesvertriebenenminister aufgeben.⁷⁸

Bis Mitte der 1950er Jahre hatte der ZvD/BDV wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen – Lastenausgleichsgesetz und Bundesvertriebenengesetz – auf den Weg gebracht und bei der Umsetzung begleitet. Damit war der Höhepunkt seiner Bedeutung überschritten, nun gewannen die heimatpolitischen Fragen zunehmend an Interesse und Wichtigkeit. Der sich abzeichnende Bedeutungsverlust von ZvD/BDV und zunehmende Einflußgewinn von VOL/VdL spiegelte sich auch in den Mitgliederzahlen und damit dem zu Verfügung stehenden Finanzvolumen⁷⁹ beider Verbände wider. Während die Mitgliederstärke des BVD von 1,7 Millionen um 1950 auf 841 000 im Jahr 1958 deutlich sank, stieg die Zahl der in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen zwischen 1954 bis 1957 von einer Million auf 1,3 Millionen. Die Mitgliederzahlen beweisen, daß bereits Mitte der 1950er Jahre nicht mehr der BVD sondern der VdL die Mehrheit der organisierten Vertriebenen repräsentierte.⁸⁰

Der Organisationsgrad der Volksgruppen unterschied sich in ihren jeweiligen Verbänden. Tendenziell lag er bei den kleinen Landsmannschaften höher als bei den großen. Ende der 1950er z.B. waren fast 57 Prozent der Baltendeutschen Mitglied in ihrer Landsmannschaft, die Danziger waren zu fast 30 Prozent organisiert. Die großen vertriebenen Volksgruppen hatten einen Organisationsgrad von unter 20 Prozent: Bei den Sudetendeutschen und bei den Oberschlesiern engagierten sich jeweils rund 18 Prozent in ihren Verbänden, die Schlesier zu 21 Prozent, bei den Pommern und Ostpreußen jeweils nur 10 Prozent.⁸¹ Im alltäglichen und im gesellschaftlichen Leben wurde im Laufe der 1950er Jahre deutlicher, daß sich die Volksgruppen, für die die Landsmannschaften zu sprechen vorgaben, als homogene soziale und politische Gruppe zunehmend auflösten.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland war in den 1950er Jahren prekär. 1951 waren mehr als 30 Prozent aller Arbeitslosen Vertriebene, erst danach sank diese Zahl allmählich und normalisierte sich bis Anfang der 1960er Jahre. Im Bereich der beruflichen Chancen zeigte sich eine erhebliche Benachteiligung der Heimatvertriebenen. Erst die Kinder- und Enkelgeneration erreichte die gewünschte Eingliederung in vollem Umfang. Auch die Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen blieb im ersten Nachkriegsjahrzehnt

⁷⁸ Vgl. Matthias Lempart, Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV, S. 34–45 (ungedruckt).

⁷⁹ Neben den Mitgliederbeiträgen standen Gelder vom Bundesvertriebenenministerium zur Verfügung – die sich an der Zahl der organisierten Mitglieder in den Verbänden orientierten.

⁸⁰ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 81–83, 141–143.

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 146.

schwierig. Noch Mitte der 1950er Jahre lebten über 30 Prozent von ihnen in Notwohnungen und Notunterkünften. Trotzdem blieb die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen den Vertriebenenorganisationen fern.⁸² Der Organisationsgrad der Vertriebenen – ob in den Landsmannschaften oder im Zentralverband – war stetig rückläufig. Die fortschreitende Integration und Assimilation der Vertriebenen in die „Wirtschaftswunder-Gesellschaft“ der Bundesrepublik schienen im Laufe der 1950er und 1960er Jahre diesen Trend noch zu bestärken. Die Bundesregierung ging 1952 von höchstens 3,9 Millionen Organisierten im ZvD bzw. im VOL aus, bei insgesamt neun Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Dies entsprach einem Organisationsgrad von 42 Prozent. 1956 sollen sich nur noch 23,7 Prozent der Vertriebenen organisiert haben. Seit den frühen 1960er Jahren verbreitete der Bund der Vertriebenen stereotyp, über zwei Millionen Mitglieder zu haben, ohne diese Zahlen je näher zu konkretisieren oder Mitgliederstatistiken zu veröffentlichen. Dies galt bis in die 1980er Jahre. Die Mitgliederzahlen waren jedoch weiter rückläufig. 1969 sprach die Bonner Regierung von höchstens noch 1,8 Millionen Mitgliedern im BdV, das waren 19,8 Prozent der Vertriebenen.⁸³ Öffentlich gemachte rückläufige Mitgliederzahlen hätten die beanspruchte Position des Bundes der Vertriebenen – dem selbsternannten Interessenvertreter der Vertriebenen insgesamt – in Frage gestellt und die Höhe der Bundeszuschüsse beeinträchtigen können. Obwohl Verbände auch Nicht-Mitglieder vertreten, steht und fällt die politische und gesellschaftliche Bedeutung eines Verbandes mit der Zahl seiner tatsächlichen Mitglieder.

Ab Mitte der 1950er Jahre verlagerte sich das politische Interesse der organisierten Vertriebenen schrittweise auf die Außenpolitik, dem originären Zuständigkeitsbereich der ostdeutschen Landsmannschaften. Dies stand im Zusammenhang mit der Lösung der Saarfrage⁸⁴, der Einbindung der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und in die NATO bei gleichzeitiger Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung⁸⁵ durch die neuen westeuropäischen Bündnispartner und die USA. Auch die (west)deutschen Appelle an die vier Siegermächte wegen eines Friedensvertrages mit einer modifizierten Grenzregelung gegenüber Polen weckten bei den Vertriebenen und ihren Verbänden neue Rückkehr-Hoffnungen.⁸⁶ Mitte der 1950er Jahre wurden die nationalistischen Töne der Landsmannschaften und ihre Forderungen nach Grenzrevisionen lauter, auch wenn sie weniger dazu dienten, zu

⁸² Vgl. ebenda, S. 137, 147.

⁸³ Vgl. ebenda, S. 139, 141, 147–148.

⁸⁴ Im Oktober 1955 fand die Volksabstimmung der Saarbevölkerung statt, die in politischer Selbstbestimmung eine Angliederung an die Bundesrepublik und nicht an Frankreich wählte. Dieses Ereignis weckte unter den Vertriebenen Hoffnungen über neue Verhandlungen zur Grenzrevision im Osten und Rückkehrmöglichkeiten in die alte Heimat.

⁸⁵ Unter „Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung“ verstanden 1950 die drei westlichen Siegermächte USA, Frankreich und Großbritannien die „Wiedervereinigung der östlichen Zone und Berlins mit der Bundesrepublik“, keinesfalls jedoch mit den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Dies wurde am 15. November 1950 Bundeskanzler Adenauer von den drei Hohen Kommissaren bei einer Unterredung unmißverständlich klargemacht. Vgl. Josef Foscchepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, S. 107–109.

⁸⁶ Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 249.

einem „Kreuzzug nach Osten“ aufzurufen, als die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung und Integration der Vertriebenen in die bundesdeutsche Gesellschaft voranzutreiben. Symbolische Handlungen wie die jährliche Begehung des „Tags der Heimat“, propagandistische Leerformeln und unrealistische Forderungen wie die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 wurden zum Ersatz einer nicht realisierbaren Politik und dienten dazu, die teilstaatliche Einheit nach innen zu forcieren.⁸⁷

Das politische Mandat, die Gesetzgebung zum Lastenausgleich und das Vertriebenengesetz auf den Weg zu bringen und die Ausführung zu begleiten, lag neben dem ZvD/BDV⁸⁸ bei der Vertriebenenpartei „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Das im September 1952 in Kraft gesetzte Lastenausgleichsgesetz (LAG) zielte darauf, Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden erlitten hatten, einen anteiligen finanziellen Schadensersatz zukommen zu lassen.⁸⁹ Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom Mai 1953 regelte die Aufnahme, Verteilung, Integration von Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Krieg, ihre Ansprüche auf Leistungen und ihre staatliche Versorgung.⁹⁰

Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, ab 1952 als Gesamtdeutscher Block/BHE bezeichnet, gründete sich kurz nach der Aufhebung des Lizenzierungszwangs für politische Parteien im Januar 1950 in Kiel als parteipolitische Interessenvertretung der Heimatvertriebenen. Er blieb die einzige Partei dieser Art. Erster Parteivorsitzender wurde Waldemar Kraft (1950–1954), ihm folgte Theodor Oberländer (1954/55).⁹¹ Der BHE, der sich als bürgerliche Partei verstand und nicht wenige ehemalige aktive Nationalsozialisten in seinen Reihen hatte, erreichte in den frühen 1950er Jahren beachtliche Wahlerfolge. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein kam der BHE 1950 auf Anhieb auf 23,4 Prozent, bei den Bundestagswahlen 1953 zog er mit 5,9 Prozent in den Bundestag ein. Zwischen 1950 und 1966 war der BHE nur kurzzeitig im Bund (1953–1955), dafür aber länger in den Bundesländern mit hohem Vertriebenenanteil an den Regierungsbildungen beteiligt: In Baden-Württemberg von 1952 bis 1964, in Bayern von 1950 bis 1962, in Hessen von 1954 bis 1966, in Niedersachsen von 1951 bis 1963 und in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1958.⁹² Das Problem des BHE, das letztlich zu seinem politischen Niedergang führte,

⁸⁷ Vgl. Josef Foschepoth, *Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen*, S. 105f.

⁸⁸ Vgl. Linus Kather, *Die Entmachtung der Vertriebenen*, Bd. 1, S. 144ff., 167, 199ff., 271 ff.

⁸⁹ Mit dem LAG fand eine milliarden große DM-Umverteilung, die über Jahrzehnte lief, statt, in Form von Hausratsentschädigungen, Wohnraumhilfen, Eingliederungs- und Hausbaudarlehen, Kriegsschadenrenten und Hauptentschädigungen (Geld-Entschädigung für Vermögensschäden für Grundstücke, Immobilien, Firmen). Man wählte zur Verwirklichung des Lastenausgleich-Zieles einen Kompromiß zwischen einer Entschädigung nach Maßgabe des erlittenen Vermögensschadens einerseits und dem Eingliederungsbedarf des Geschädigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögensverlustes andererseits. Vgl. in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>; Rolf Caesar, *Lastenausgleich*, in: *Staatslexikon*, Bd. 3, S. 844–847.

⁹⁰ Vgl. in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesvertriebenengesetz>.

⁹¹ Vgl. Martin Schumacher, *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)*, in: *Staatslexikon*, Bd. 1, S. 830f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 280–288.

⁹² Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 280f.

war sein Erfolg als Interessenpartei der Vertriebenen. Anderes Klientel konnte die Partei nie gewinnen. Die Politik des BHE konzentrierte sich, kurz und plakativ zusammengefaßt, auf zwei Forderungen: „Lebensrecht im Westen“ und „Heimatrecht im Osten“. Die BHE-Sozialpolitik für die Vertriebenen, u.a. die Initiierung und Durchsetzung der milliardenschweren Lastenausgleichsprogramme, war erfolgreich. Unter „Heimatrecht“ fand sich ein weites und vages Vorstellungsgeflecht, dessen Kern die Rückkehr zu territorialen Verhältnissen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 oder sogar 1940 war. In dem Maße, wie die Integration und Assimilation der Vertriebenen voranschritt, wandten sich diese vom BHE ab und den traditionellen Parteien zu. Bei den Bundestagswahlen 1957, als der BHE mit knapp 4,6 Prozent nicht mehr in den Bundestag einzog – was im Rückblick sein politisches Aus einleitete – wählten ihn nur noch 26 Prozent seines Klientels. Die Gründe für den schnellen Niedergang der Partei lagen, wie oben gesagt, erstens im Erfolg der Integrationspolitik für die Vertriebenen, zweitens in der dominierenden Politik der Unionsparteien, die keine starke bürgerliche Opposition neben sich aufkommen ließen, und drittens im Unvermögen des BHE, im außenpolitischen Bereich eine glaubhafte Alternative zur Politik des Kanzlers Adenauer zu formulieren.⁹³

In der Mitte bzw. am Ende der 1950er Jahre standen in der Bundesrepublik an der Spitze der politischen Gremien und Verbände, die zuförderst die Interessenklientel Vertriebene und Flüchtling vertraten, nun Männer mit einer offenkundigen NS-Vergangenheit: Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) hieß Hans Krüger (im Amt 1958–1964), dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) stand Waldemar Kraft (im Amt 1950–1954), dann Theodor Oberländer (im Amt 1954–1955) vor und Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte war Theodor Oberländer (im Amt 1953–1960). Die früheren NS-Verstrickungen dieser Vertriebenen-Spitzenfunktionäre bzw. -politiker zeigten sich als drückende politische Hypothek im öffentlichen Auftreten und im Eintreten für die legitimen Interessen der organisierten und nicht organisierten Vertriebenen. Dieser Problematik waren sich auch die Zeitgenossen bewußt. Der Vertriebenenpolitiker und bis 1958 Chef des BDV Linus Kather meinte mehrfach dazu: „Mit den [...] politischen Belastungen [...] Bundesminister Oberländer, Kraft und Krüger [...]“⁹⁴ war kaum gute Vertriebenen-Politik zu machen: „Daß der Kanzler [Adenauer 1953 ...] das Vertriebenenministerium [...] einem Mann mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eines Oberländer gab, ist als politisches Verbrechen erster Ordnung zu werten. [...] Der Vertriebenenminister muß der erste Repräsentant im Kampf gegen das Unrecht der Vertreibung sein, [...] und dazu ist nur ein Mann fähig, dem man nicht nachsagen kann, daß er jemals bereit war, die Vertreibung anderer hinzunehmen oder gar zu propagieren. [...] Diesem Mann [Theodor Oberländer] war jedes positive Wirken für unser Problem nach außen von vornherein verschlossen.“⁹⁵ Und: „Welch ein Maß

⁹³ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S.283; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S.149–154; Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S.250–253.

⁹⁴ Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd.1, S.245.

⁹⁵ Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd.2, S.13.

von Verantwortungslosigkeit gehört [für Hans Krüger] dazu, mit dieser Belastung sich [1958] zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen wählen [...] zu lassen.“⁹⁶ Auch wenn der frühere Zentrumsmann Linus Kather mit einem gewissen Posten- und Karriereeid die drei Politiker kritisierte, traf er durchaus einen wunden Punkt bei einer Gruppe von Vertriebenenfunktionären.

2. Erstes Beobachten der Aktivitäten der Vertriebenenverbände sowie Zuständigkeiten beim MfS

Bereits Ende September 1945 diktierte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone die Nutzung der Begriffe „Umsiedlung“ und „Umsiedler“ für die Vorgänge von Flucht und Vertreibung.⁹⁷ Während des Flucht- und Vertreibungsgeschehens und den Aussiedlungsaktionen bezeichneten sich die Betroffenen selbst, wie auch die eingessessene deutsche Bevölkerung, als Ostflüchtlinge. Dies galt auch für den zeitgenössischen Sprachgebrauch in der SBZ/DDR.⁹⁸ Der von der SMAD und der KPD/SED verordnete „Umsiedler“-Begriff sollte den Betroffenen jegliche Rückkehrhoffnung nehmen und das von allen Alliierten propagierte Ziel der vollständigen Assimilation und Gleichberechtigung mit der alteingesessenen Bevölkerung bekräftigen. Der offizielle Terminus in der SBZ/DDR hatte nicht nur die Endgültigkeit der Massenvertreibung und Zwangsaussiedlung auszudrücken. Er war zudem extrem verharmlosend, beschönigend und entsprach nicht den realen Abläufen. Der „Umsiedler“-Begriff war eine politisch rechtfertigende Umschreibung des Vorganges von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung, den etwa zwei Millionen Deutsche mit ihrem Leben bezahlen mußten. Mit ihm sollte die öffentliche Auseinandersetzung über die Opfer unter den Flüchtlingen und Vertriebenen vermieden werden. Der Begriff „Umsiedler“ mutete den betroffenen Vertriebenen und Flüchtlingen selbst eine erhebliche sprachpolitische Vergewaltigung ihrer Erinnerungen zu, machte ihnen jedoch zugleich ein Angebot zu einer Art „rechtlich geordneten Einwanderung“ in die Aufnahmegesellschaft der Sowjetischen Besatzungszone. Die 1945 eingeführte und erzwungene Sprachregelung wurde schrittweise durch Sprachlosigkeit abgelöst. Ab 1949 sollte selbst der „Umsiedler“-Begriff – nachdem die Integration der „Umsiedler“ in die ostdeutsche Gesellschaft für die SED- und DDR-Führung als weitgehend abgeschlossen galt –, vermieden werden, da er trotz seiner Verschleierungsfunktion eine besondere Gruppenidentität der Vertriebenen und Flüchtlinge ausdrückte. Die frühe SED-Sprachpolitik erlaubte bis 1952/53 die Existenz zweier neuer Kunstworte für die Betroffenen: „ehemalige Umsiedler“ und „Neubürger“. Aus der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR verschwand der Begriff „Umsiedler“ mit all seinen Synonymen seit Mitte der 1950er Jahre weitgehend. Nie verschwand er hingegen in den internen Verwaltungs-

⁹⁶ Ebenda, Bd. 2, S. 216.

⁹⁷ Vgl. Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“, in: Vertriebene in Deutschland, S. 136.

⁹⁸ Vgl. Anna Seghers, Die Umsiedlerin, S. 273.

unterlagen des Polizei- und Staatssicherheitsdienstes, in internen Papieren des außenpolitischen Apparates der DDR bezüglich Polens, der ČSR/ČSSR, der Sowjetunion usw., welche die Aussiedlungsaktionen von Deutschen betrafen, sowie in Propagandaaktionen, die auf die Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet waren.⁹⁹

In öffentlichen, aber auch in allen internen Papieren der SED und des MfS wurden nie die Begriffe „Vertreibung“ bzw. „Vertriebener“ gebraucht. Für die SED-Funktionäre beinhaltete der Vertriebenenbegriff ein „Unrecht der Vertreibung“, eine einseitige „unschuldige Opferrolle“ für die Betroffenen, die sie so nicht gelten lassen wollten. Für die SED/DDR-Führung war die „Vertreibung“ (sprich Umsiedlung) eine mehr oder weniger gerechte Strafmaßnahme der Alliierten für die Kriegsverbrechen der Deutschen an den Völkern Ost- und Südosteuropas, die sie anerkannte. Daher nutzten sie auch in bezug auf die Bundesrepublik konsequent nur die Bezeichnung „Umsiedlerorganisationen“ für den BdV und die Landsmannschaften und „ehemalige Umsiedler“ für Flüchtlinge und Vertriebene.¹⁰⁰ Im alltäglichen Sprachgebrauch der Betroffenen und auch der einheimischen Bevölkerung in der DDR blieb die Bezeichnung „Fluchtlinge“ üblich. Erst in den späteren Jahrzehnten wurde der „Umsiedler“-Begriff gebräuchlicher. Der Begriff „Vertriebener“ hingegen wurde in der DDR wegen des politischen und juristischen Gebrauchs in der Bundesrepublik und wegen der Verwendung durch die bundesdeutschen Vertriebenenverbände vermieden.¹⁰¹

Die sowjetisch bestimmte, dann immer stärker SED-geprägte Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR bewegte sich in den ersten Nachkriegsjahren zwischen sozialpolitisch-integrativen und repressiven Maßnahmen, die flankiert wurden von Versuchen ständiger politischer und ideologischer Beeinflussung und Umerziehung. Die „Umsiedler“-Politik basierte einerseits auf einer schnellen und dauerhaften wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Integration – über Wohnraumvergabe, Arbeitsvermittlung, soziale Betreuung und finanzielle Zuwendung für Erwerbsunfähige und Alte. Andererseits wurde die Berufung auf ein Heimatrecht schnell kriminalisiert, polizeilich verfolgt und gerichtlich geahndet. Die permanente ideologische Beeinflussung der „Umsiedler“ umfaßte die alleinige Schuldzuweisung für die Vertreibungen an das NS-Regime und die Bekämpfung aller Hoffnungen auf eine Rückkehr in die Heimat.¹⁰² Ende 1952/Anfang 1953 erklärte die DDR-Regierung offiziell die Integration der „ehemaligen Umsiedler“ für weitgehend abgeschlossen. Schon 1950/51 hatte

⁹⁹ Vgl. Heike Amos, *Die Vertriebenenpolitik der SED 1949–1990*, München 2009; Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“, S. 158–162; ders., *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*, S. 30; ders., *Tabu und Erinnerung*, S. 85–87; ders., *Vertreibung und Vergangenheitspolitik*, S. 183.

¹⁰⁰ Vgl. Samuel Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 38–43.

¹⁰¹ Die definierte Begriffsbestimmung „Vertriebener“ erfolgte in der Bundesrepublik Deutschland im Bundesvertriebenengesetz vom 15. Mai 1953 (BGBl. I, S. 201). Vertriebene waren damit die aus ihrer Heimat ausgewiesenen Volks- und Reichsdeutschen, die am 31. Dezember 1937 im Vertreibungsgebiet gewohnt hatten. Später wurde als Stichtag der Kriegsbeginn, 1. September 1939, zugrunde gelegt. Vgl. Bernd Stöver, *Pressure Group im Kalten Krieg*, S. 897; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 9–11; Michael Schwartz, *Vertriebene im doppelten Deutschland*, S. 102ff.

¹⁰² Vgl. Manfred Wille, *SED und „Umsiedler“*, S. 94–96; Michael Schwartz, *Apparate und Kurswechsel*, S. 105–135.

sie die Erhebung von Sonderstatistiken über Vertriebene, aus denen ihre bevölkerungsstatistische Größe und reale ökonomische und soziale Lage fundiert hätte bestimmt werden können, verboten. Das Vertriebenenproblem wurde in der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR nicht mehr thematisiert und dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß untergeordnet.¹⁰³

Die verfrühte Einstellung spezifischer Integrationsförderung für „Umsiedler“ und die Tabuisierung des Vertriebenenproblems im SED-Staat waren keine Form objektiver Problemlösung, sondern ein gewollter Politikverzicht. Zum einen waren weder SED-Führung noch die alteingesessene Bevölkerung bereit, weiterhin finanzielle Mittel für die Gruppe der „Umsiedler“ als Anerkennung für einen besonders gravierenden Verlust durch Flucht und Vertreibung aufzubringen. Versuche der DDR-Führung, eine Art Lastenausgleich für „Umsiedler“ zu gewähren, scheiterten auch an fehlenden finanziellen Mitteln. Zum zweiten lag das Tabu auch darin begründet, daß die DDR nicht nur geographisch in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Hauptvertreiberstaaten Polen und ČSR gelegen war, sondern auch wirtschaftlich gesehen auf deren Zusammenarbeit existentiell angewiesen war. Zudem stand die DDR durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) unter unmittelbarer Kontrolle der für die Vertreibung (mit)verantwortlichen bzw. hauptverantwortlich gemachten alliierten Besatzungsmacht. Und schließlich hatte die DDR den prozentual höchsten Vertriebenenanteil an der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland aufzuweisen. Angesichts dieser Lage war das Problem der Vertreibung und der deutschen Ostgebiete für den DDR-Staat von Anfang an ein sicherheitspolitisches Problem, potentiell systemdestabilisierend und daher von der SED zum Tabu erklärt.¹⁰⁴ Das nie offiziell ausgesprochene Verbot, Flucht- und Vertreibungsgeschehen sowie Grenzfragen öffentlich zu thematisieren, konnte in der DDR jedoch nicht vollständig durchgesetzt werden. Auch in einer SED-Diktatur ließ sich die private Verständigung über dieses Thema unter den Vertriebenen wie unter der Bevölkerung insgesamt auch mittels Polizei- und Geheimdienst nur sehr begrenzt kontrollieren. Dies galt erst recht für die DDR der 1950er Jahre.¹⁰⁵

Nach der von der SED 1952/53 verkündeten „vollständigen Integration“ der Flüchtlinge und Vertriebenen in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht in die Gesellschaft der DDR und der Tabuisierung der Vertreibungs- und Grenzfragen geriet die Gruppe der „ehemaligen Umsiedler“ nun fast nur noch unter repressiven, polizeistaatlichen und geheimdienstlichen Vorzeichen ins Blickfeld von DDR-Staat und Partei. Die SED sah in ihnen vor allem ein sicherheitspolitisches Problem mit innenpolitischer Auswirkung – als mögliches Unruhepotential innerhalb der Gesellschaft – sowie ein Problem mit außenpolitischer Dimension – als Störfaktor in den ohnehin

¹⁰³ Vgl. Manfred Wille, SED und „Umsiedler“, S.91–104; Michael Schwartz, Apparate und Kurswechsel, S.105–135; Insgesamt: ders., Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.

¹⁰⁴ Vgl. Michael Schwartz, Tabu und Erinnerung, S.87; ders., Apparate und Kurswechsel, S.128f.; ders., Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S.192.

¹⁰⁵ Vgl. Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S.183.

schwierigen Beziehungen zwischen der DDR und den östlichen Nachbarstaaten Polen und ČSR.

Das polizei- und geheimdienstliche Vorgehen richtete sich gegen Selbstorganisationsversuche von „Umsiedlern“, d.h. wenn diese sich in größeren Gruppen zusammen fanden oder sich gar zu organisieren begannen. Des weiteren war jede kritische Äußerung zur Oder-Neiße-Grenze absolut unerwünscht. Die DDR-Regierung hatte am 6. Juli 1950 mit der Volksrepublik Polen das Abkommen über die Oder-Neiße-Linie abgeschlossen, die „von nun an die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildete“.¹⁰⁶ Kritik an oder gar die öffentlich bekundete Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze betrachtete der DDR-Staat als „Kriegshetze“ gegen die Volksdemokratie Polen und verfolgte dies strafrechtlich gemäß Artikel 6, Absatz 2 der DDR-Verfassung.¹⁰⁷

Der SED-Sicherheitsapparat, der gegen Organisationsversuche von „Umsiedlern“ oder Kritik an Vertreibungsgeschehen bzw. Grenzfragen vorging, konstruierte sich folgende justiziablen Zusammenhänge: Im DDR-Verfassungsartikel 12 wurde allen Bürgern das Recht zuerkannt, „zu Zwecken, die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden“.¹⁰⁸ Um „Umsiedler“-Organisationen jedoch als friedens- und staatsgefährdende Zusammenschlüsse zu stigmatisieren, zu verbieten und die Mitglieder zu verfolgen und zu bestrafen, mußten die Leugnung der Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ und/oder eine Verbindung zu den Landsmannschaften der Bundesrepublik nachgewiesen werden. Der DDR-Polizei-, Geheimdienst- und Justizapparat beobachtete und verfolgte sich verstetigende Kontakte von „Umsiedlern“ und „Umsiedler“-Gruppen, die Verbindungen mit Landsmannschaften in der Bundesrepublik und in West-Berlin unterhielten. Das „Recht auf Heimat“ und der „friedliche Rückkehrwille in die ostdeutschen Gebiete“ stand im Forderungskatalog aller westdeutschen Vertriebenenverbände.¹⁰⁹ Die Verbindungsaufnahme von DDR-„Umsiedlern“ mit in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen der Bundesrepublik, die nach ihrem Verbandsstatut die Oder-Neiße-Linie nicht als deutsche Ostgrenze anerkannten, wurde als „kriegstreibend“ verurteilt und nach dem DDR-Verfassungsartikel 6, Absatz 2, verfolgt und geahndet. Eine Konkretisierung erfuhr dieser Verfassungsartikel 6, Absatz 2, bezüglich eines verschärften strafrechtlichen Vorgehens zur Unterdrückung unerwünschter „Umsiedler“-Selbstorganisationen, „Umsiedler“-Zusammenkünfte und der „Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze“ mit dem „Gesetz zum Schutze des Friedens“ vom 15. Dezember 1950.¹¹⁰ Die Bestimmungen des Paragraphen 3 ließen sich auf die Kritik an der Oder-Neiße-Grenze anwenden, wonach bestraft werden sollte, „wer gegen völkerrechtliche Vereinbarungen,

¹⁰⁶ Zitiert bei Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 103.

¹⁰⁷ Vgl. Manfred Wille, Die Vertriebenen und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland, S. 216f.; Hans Georg Lehmann, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979.

¹⁰⁸ Artikel 12 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: GBl. der DDR 1949, S. 7.

¹⁰⁹ Vgl. z.B. „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950, abgedruckt bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 438f.

¹¹⁰ Abgedruckt in: GBl. der DDR 1950, S. 1199f.

welche der Wahrung und Festigung des Friedens, der Entwicklung Deutschlands auf demokratischer [...] Grundlage dienen, hetzt, zum Bruch solcher Vereinbarungen auffordert, um Deutschland in aggressive Kriegshandlungen hineinzuziehen“. Der Paragraph 6 erhöhte in „schweren Fällen“ das Strafmaß auf „Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus“, sofern die Tat im „Auftrag von Staaten [oder] deren Dienststellen [...] begangen wird, welche Kriegshetze [...] gegen friedliche Völker betreiben“.¹¹¹ Mit dieser Bestimmung stellte die DDR-Justiz die Verbindung zwischen „Umsiedler“-Gruppen und westdeutschen Vertriebenenverbänden unter Strafe. Das Hauptziel des Friedensschutzgesetzes galt zwar nicht der Unterdrückung von Selbstorganisationen der Vertriebenen, dennoch wurde den „Umsiedlern“ wegen ihrer Zusammenkünfte und ihren kritischen Meinungsäußerungen damit strafrechtlich gedroht. Das Gesetz wurde angewendet.¹¹²

Die Umschreibung des unter Strafe gestellten Verhaltens im Verfassungs-Artikel 6, Absatz 2, und im Friedensschutzgesetz war uferlos und enthielt die sogenannten Äußerungsdelikte wie „Völker- und Rassenhetze, Propagierung von Angriffskriegen, Hetze gegen völkerrechtliche Vereinbarungen“ usw. Das änderte sich auch mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz vom Dezember 1957¹¹³ nicht, welches die Generalklausel des Verfassungsartikels 6, Absatz 2, durch die Auflistung von elf Einzeltatbeständen für das politische Strafrecht ablöste. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Mitgliedschaft in einer „Umsiedlerorganisation“, der Kontakt zu westdeutschen Vertriebenen und ihren Verbänden sowie die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze nach Paragraph 19 – „staatsgefährdende Propaganda und Hetze“ – des Strafrechtsergänzungsgesetzes geahndet.¹¹⁴

Die SED-Spitze, das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED übte in der DDR die politische Führungs-, Anleitungs- und Kontrollfunktion über fast alle Bereiche der Gesellschaft aus. Das galt von Anbeginn auch für den DDR-Geheimdienst, wenn auch die eigentlichen Schöpfer des ostdeutschen Geheimdienstapparates die sowjetische Besatzungs- bzw. Kontrollmacht, speziell die sowjetischen Sicherheitsorgane waren. Diese begannen mit dem Aufbau der geheimpolizeilichen Arbeit in ihrer Besatzungszone gleich nach Kriegsende 1945. Bis 1949 arbeiteten auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone etwa 3100 deutsche Spitzel im Dienste der Volkskommissariate für Inneres und Staatssicherheit (NKWD, NKGB) bzw. ab 1947 des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit. Mit dem Aufbau der Polizeibehörden in den Ländern der SBZ wurden Strukturen der überörtlichen politischen Polizei geschaffen. Als Teil der Kriminalpolizei firmierte sie fortan unter der Bezeichnung K 5.¹¹⁵ Ihr Aufgabenspektrum umfaßte bereits den Kern der späteren geheim-

¹¹¹ Vgl. „Gesetz zum Schutze des Friedens“, in: ebenda, S. 1199f.

¹¹² Vgl. Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 532f.; Friedrich-Christian Schroeder, Die Entwicklung des politischen Strafrechts, S. 107–110.

¹¹³ Vgl. „Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsergänzungsgesetz“ vom 11. Dezember 1957, in: GBl. der DDR 1957, S. 643–647.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, S. 645.

¹¹⁵ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß, Berlin 1998, S. 5–9.

polizeilichen Aufgaben des MfS – im kommunistischen Sprachgebrauch verklausuriert hießen sie: Verfolgung von „Attentaten“, „Sabotageakten“, „Sabotage und Verstöße gegen den Neuaufbau“, „Sprengstoff- und Waffenvergehen“, „Verstöße gegen die Befehle der SMAD“, „Weiterführung von NS-Organisationen“, „Entfernung und Beschmutzung demokratischer Propaganda“ und „Verbreitung von Gerüchten und Parolen“.¹¹⁶ Die K 5 war, mehr noch als die anderen Teile der Volkspolizei, eine Domäne der kommunistischen Kaderpolitik. Spitzenpositionen waren mit langjährigen KPD-Mitgliedern, vor allem mit Vertrauten der Sowjetmacht besetzt. Ab 1949 wurde die K 5 aus der Kriminalpolizei herausgelöst, um sie zur eigenständigen Geheimpolizei auszubauen. Als Vorläuferorganisationen des MfS wirkten die K 5-Dezernate der Kriminalpolizei. Hinzu kam die unter Erich Mielke¹¹⁷ stehende „Hauptverwaltung (bzw. Länderverwaltungen) zum Schutz der Volkswirtschaft“, zunächst bei der Deutschen Wirtschaftskommission, dann beim Ministerium des Innern. Diese Verwaltungen wurden im Laufe des Februar 1950 umbenannt in das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).¹¹⁸ Am 24. Januar 1950 hatte die SED-Führung ihren Beschluß zur Gründung des MfS gefaßt. Das offizielle Volkskammergesetz zur Schaffung des MfS folgte am 16. Februar 1950. MfS-Minister wurde das SED-Politbüromitglied Wilhelm Zaisser¹¹⁹, ein erfahrener Funktionär des KPD-Militärapparates sowie langjähriger Mitarbeiter des sowjetischen Geheim- bzw. Militärapparates. Der Staatssekretär im MfS hieß Erich Mielke.

Als Hauptaufgaben des MfS benannte die SED-Führung 1950 offiziell den „Schutz der volkseigenen Betriebe, Werke, Verkehrswege und volkseigene Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente“, das Führen eines entschiedenen Kampfes gegen die „Tätigkeit feindlicher Agenturen, Saboteure und Spione, um [...] die demokratische [...] Friedenswirtschaft“ abzusichern.¹²⁰ Faktisch hieß das: Grundsätzlich in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Industrie und Landwirtschaft, dem politischen System mit seinen staatlichen Institutionen sowie Parteien und Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften, vermeintliche oder tatsächliche Gegner der Transformation zur Volksdemokratie nach sowjetischem Vorbild aufzuspüren und dingfest zu machen. Zu den Hauptarbeitsfeldern des Staatssicherheitsdienstes gehörten die „klas-

¹¹⁶ Ebenda, S. 6f.

¹¹⁷ Erich Mielke (1907–2000), 1927 KPD, 1931–1936 militärpolitische Ausbildung und Ausbilder in der SU, Spanienkämpfer, Emigration in Frankreich, dort interniert, später verhaftet, nach 1945 Vizepräsident der DVdI, 1950–1953 StS im MfS, 1955–1957 Stellvertretender MfS-Minister, 1957–1989 MfS-Minister, 1950–1989 ZK-Mitglied. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1998, S. 49f.

¹¹⁸ Vgl. Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, S. 1f.; Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 7f.

¹¹⁹ Wilhelm Zaisser (1893–1958), 1919 KPD, militärischer Leiter bei KPD-„Rote-Ruhrarmee“ 1920, Besuch militärpolitischer Schulungen in der SU, 1927–1930 sowjetischer Agent in der Mandschurei, Kpdsu-Mitglied, Militärpolitischer Ausbilder in der SU, General im Spanischen Bürgerkrieg, EKKI-Mitarbeiter in Moskau, 1947 Chef der Polizeilandesbehörde Halle, 1950–1953 MfS-Minister, 1950–1953 Politbüro-Mitglied, 1953 Verlust aller Ämter wegen „parteifeindlicher fraktioneller Tätigkeit“, SED-Ausschluß. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 80.

¹²⁰ Zitiert bei: Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 9f.

sischen“ Geheimdienstaufgaben wie Auslandsspionage, Funkaufklärung, Spionage- und Terrorabwehr. Aber im Mittelpunkt der MfS-Tätigkeit stand immer die Überwachung der eigenen Bevölkerung.¹²¹

Die Aufbauphase des MfS lief bis Ende 1952. Es verfügte bis zu diesem Zeitpunkt auf zentraler Ebene über 14 Abteilungen, die sich auch auf Bezirks- und Kreisebene wiederfanden. Der Staatssicherheitsapparat hatte in der Gründungsphase einen personellen Umfang von 1100 Mitarbeitern, die überwiegend in den Länderverwaltungen tätig waren. In der Ost-Berliner Zentrale arbeiteten zu diesem Zeitpunkt nur etwa 30 bis 40 Mitarbeiter. Der hauptamtliche Apparat zählte in der Ost-Berliner Zentrale und den 14 Bezirksverwaltungen, der Objektverwaltung Wismut und 193 Kreisverwaltungen¹²² Anfang 1952 über 4500 Mitarbeiter, und Anfang 1953 erreichte die Mitarbeiterzahl bereits 8800.¹²³ Das Versagen der Staatssicherheitsorgane während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und die innerparteilichen Machtkämpfe führten zum Sturz des ersten MfS-Ministers Wilhelm Zaisser und zu einer Neustrukturierung des gesamten MfS-Apparates, der bis November 1955 zum Status eines Staatssekretariats zurückgestuft wurde. Zugleich verstärkte man den Personalbestand unter der neuen Leitung des Ministers Ernst Wollweber¹²⁴ (bis Ende 1957) massiv. 1957 zählte der Staatssicherheitsapparat bereits 14 400 Mitarbeiter, 1961 zirka 19 100.¹²⁵

In der SED-Führung lag die Zuständigkeit für die Staatssicherheit direkt beim SED-Chef Walter Ulbricht. Im zentralen SED-Apparat fungierte für die Anleitung und Kontrolle des MfS bis 1953 die „Militärpolitische ZK-Abteilung“, danach genannt ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Als spezielles Beratungs- und Beschlußgremium in allen sicherheitspolitischen Fragen schuf sich die SED-Spitze im September 1953, nach dem Desaster vom 17. Juni 1953, eine Politbüro-Sicherheitskommission. Dieser Politbüro-Kommission stand Walter Ulbricht vor, als Sekretär wirkte ab Mitte 1956 Erich Honecker. Seit dieser Zeit war die Staatssicherheit in die Sicherheitskommission des Politbüros eingebunden. Zur Kommission zählten zehn bis zwölf Spitzenfunktionäre, u. a. Erich Mielke, erst Stellvertretender, ab 1957 MfS-Minister oder auch Karl Maron, Innenminister und Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP). Die Sicherheitskommission des Politbüros wurde im Februar 1960 in den Nationalen Verteidi-

¹²¹ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 9–11; Clements Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 3–5.

¹²² In den 1950er Jahren waren noch verschiedene Städte und Kreise in einer MfS-Kreisverwaltung zusammengefaßt.

¹²³ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 10–12.

¹²⁴ Ernst Wollweber (1898–1967), 1919 KPD, seit 1921 hauptamtlicher KP-Funktionär und Leiter von KPD-Militärorganisationen, 1928–1932 Abgeordneter des Preußischen Landtags, nach 1933 Aufbau eines illegalen Schiffssabotage-Apparates gegen faschistische Staaten, Widerstandskampf in Skandinavien, Verhaftung in Schweden, 1944 als sowjetischer Staatsbürger Ausreise in die SU, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1950–1953 StS im Ministerium für Verkehrswesen, 1953–1957 StS bzw. MfS-Minister, 1958 wegen „Fraktionstätigkeit“ gerichtet gegen Walter Ulbricht aus SED ausgeschlossen. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 79.

¹²⁵ Vgl. Clements Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 5; Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 14–19.

gungsrat der DDR umgewandelt. Personelle Besetzung, Kompetenzen und Aufgaben änderten sich nicht.¹²⁶

Mit der Ernennung Erich Mielkes zum Minister für Staatssicherheit im November 1957 rückte ein Mann an die Spitze des Ministeriums, der seit 1945 eine zentrale Rolle beim Aufbau der politischen Polizei und des Staatssicherheitsdienstes in Ostdeutschland gespielt hatte. Mielke stand im bedingungslosen Subordinationsverhältnis zum SED-Chef Ulbricht, ein Aufstieg in der Parteihierarchie war für Mielke mit der Ernennung zum Minister nicht verbunden. Solange Walter Ulbricht an der Parteitopfspitze stand, blieb ihm die Aufnahme in das SED-Politbüro verwehrt. Erst unter dem SED-Chef Erich Honecker stieg Erich Mielke in das SED-Spitzengremium auf, 1971 als Kandidat und 1976 als Mitglied des Politbüros.¹²⁷ Die festen personellen Koordinaten zwischen obersten Parteinstanzen und der Staatssicherheit hießen in den 1950er und 1960er Jahren Walter Ulbricht, Erich Honecker und Erich Mielke. Nach den Entstalinisierungskrisen, den inneren Unruhen in Polen und Ungarn, dem Aufbegehren sozialistischer Intellektueller in der DDR und den wiederholten Machtkämpfen im SED-Politbüro¹²⁸ wies Anfang 1958 der SED-Chef Ulbricht seinen neuen MfS-Minister an, sich stärker auf die Bekämpfung innerer oppositioneller Kräfte im Land zu konzentrieren und die tatsächlichen oder vermeintlichen Verbindungen dieser zu westlichen Geheimdiensten und Untergrundorganisationen aufzuklären und deren Aktivitäten in der DDR zu unterbinden. Ulbricht lenkte damit den Aufgabenschwerpunkt der Staatssicherheit auf die Bekämpfung der Opposition in der DDR, die, wie es hieß, „von imperialistischer Ideologie beeinflusst, aufgeweicht und zersetzt“ sei.¹²⁹ Parallel mit dieser Kursvorgabe kam es auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees der SED Anfang Februar 1958 zur für die weitere Feindbilddefinition des MfS zentralen Tatbestands- und Begriffsschöpfung der „politisch-ideologischen Diversion“, kurz „PID“ genannt, mit der alle Formen innerer Opposition im Land auf den Einfluß „imperialistischer Feindzentralen“ zurückgeführt wurden. Auf einer Leitungssitzung des MfS hieß es am 20. Februar 1958 erstmalig dazu: „Die ideologische Diversion ist die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers.“¹³⁰ Bis in die 1980er Jahre wurden Bild und Definition der „PID“ ausgebaut und differenziert – wenn es hieß: „Mit der politisch-ideologischen Diversion strebt der Feind in einem [...] mehrstufigen Prozeß subversive Ziele an. Sie bestehen in der langfristigen Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins [...], in der Untergrabung des Vertrauens breiter Bevölkerungskreise zur Politik der Partei und des sozialistischen Staates, in der Inspirierung antisozialistischer Verhaltensweisen [...], in der Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte in den sozialistischen Staaten, [...], in der Inspirierung politischer Untergrundtätigkeit sowie im

¹²⁶ Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 404–408.

¹²⁷ Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 49f.

¹²⁸ Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 416–537.

¹²⁹ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 20f.

¹³⁰ Protokoll der Kollegiumssitzung, in: BStU ZA SdM 1554, Bl. 63.

Hervorrufen von Unzufriedenheit, Unruhe, Passivität und politischer Unsicherheit unter breiten Bevölkerungskreisen.“¹³¹

Die sowjetische Präsenz im MfS-Apparat wurde ab 1958 erheblich reduziert. Das Verhältnis zum KGB prägte nun stärker Kooperation statt Subordination, erreichte aber nie den Status von Gleichberechtigung. Bei Amtsantritt Mielkes Ende 1957 umfaßte das MfS 17 400 Mitarbeiter, bis 1971 erreichte die Mitarbeiterzahl 45 500 hauptamtlich Bedienstete. Dabei wuchsen grundsätzlich alle Zweige des Apparates, überdurchschnittliches Wachstum gegenüber den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen verzeichnete der zentrale Apparat in Ost-Berlin. Unter dem SED-Chef Erich Honecker nahm die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten weiter zu, erreichte 1980 75 000 und am Ende der DDR 1989 rund 91 000 Mitarbeiter. Diese verteilten sich auf die Ost-Berliner Zentrale, auf 15 Bezirksverwaltungen und die Bezirksverwaltung Wismut, 211 Kreisdienststellen sowie sieben Objektdienststellen (Großbetriebe/Kombinate).¹³² Neben dem hauptamtlichen Mitarbeiternetz beim Staatssicherheitsministerium setzte das MfS von Anbeginn auf ein Netz „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM), das nicht nur jede „feindliche“ Aktivität bereits im Ansatz aufdecken, sondern auch mit allen konspirativen Mitteln bekämpfen sollte. Bis 1968 umfaßte das IM-Netz 100 000 Personen und stieg bis 1975 auf 180 000 an. Diese IM-Zahl wurde nicht mehr übertroffen. Die Anzahl der „Inoffiziellen Mitarbeiter“ bewegte sich nahezu konstant bis 1989 zwischen 170 000 und 180 000 – mit einer hohen, 10-prozentigen Fluktuation.¹³³ Die Qualität des IM-Netzes stand allerdings unter fortwährender Kritik. Es wurden zu viele SED-Mitglieder geworben, viele Spitzel lieferten kaum wertvolle Informationen, und gerade aus den brisanten Bereichen, den „feindlich-negativen Kreisen“, erwies sich die Rekrutierung von Zuträgern als schwierig. Das sich in den vier Jahrzehnten ständig ausweitende hauptamtliche Mitarbeiter- und IM-Netz unterstrich die paranoide Grundauffassung von SED und Staatssicherheit, die alle Dissidenz und jegliches abweichende Verhalten von Bevölkerungsgruppen und Einzelnen in der DDR pauschal auf das direkte oder indirekte Einwirken „imperialistischer Einflüsse und Geheimdienste“ zurückführte.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre aber war, wie geschildert, das Ministerium für Staatssicherheit erst im Aufbau begriffen. Die Kontrolle von „Umsiedlerkonzentrationen“, unerwünschten Selbstorganisationen und die Verfolgung kritischer Äußerungen zum Flucht- und Vertreibungsgeschehen bzw. zur Oder-Neiße-Grenze lag hauptverantwortlich bis weit in die 1950er Jahre hinein beim Ministerium des Innern, bei den Volkspolizeibehörden der Länder bzw. dann der Bezirke und Kreise. Die Staatssicherheit übernahm diesen Arbeitskomplex erst schrittweise.¹³⁴

Wie bereits angedeutet, gerieten noch in der Aufbauphase des Ministeriums Vorgänge von – wie es hieß – „illegalen Umsiedlerorganisationen“ in der DDR, die Ver-

¹³¹ Stichwort: „Politisch-ideologische Diversion“, in: Siegfried Suckut (Hrsg.), *Das Wörterbuch der Staatssicherheit*, S. 303.

¹³² Vgl. Jens Gieseke, *Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90*, S. 19–25; Clemens Vollnhals, *Das Ministerium für Staatssicherheit*, S. 4f.

¹³³ Vgl. Jens Gieseke, *Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90*, S. 30f.

¹³⁴ Vgl. Michael Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*, S. 526–528.

bindung von „ehemaligen Umsiedlern“ aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und die „feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften“ in West-Berlin und Westdeutschland in das Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit.¹³⁵ Dabei werden zwei Punkte auffällig: Zum einen trennte das frühe MfS in seinen Arbeitsweisungen noch nicht deutlich zwischen verbotenen „Umsiedler“-selbstorganisationen in der DDR und dem Wirken von bundesdeutschen Landsmannschaften. MfS-Staatssekretär Erich Mielke erwartete im April 1951 Bericht von den MfS-Landesverwaltungen und der MfS-Verwaltung von Groß-Berlin über die Anzahl der „Geheimen Mitarbeiter“¹³⁶ unter den „Umsiedlern“, über persönliche und Postverbindungen von „Umsiedlern“ zu Vertriebenen in Westdeutschland bzw. umgekehrt, und er wünschte konkrete Mitteilungen über die Zahl und die landsmannschaftliche Zusammensetzung von „Umsiedlern“, die in den Kreisen und Ländern der DDR lebten.¹³⁷ Das letztere war insofern ungewöhnlich, als die DDR-Führung 1950 das Verbot ausgesprochen hatte, gesonderte Statistiken über die „Umsiedler“ anzufertigen.¹³⁸ Bis Ende des Jahrzehnts verfügte das MfS über eigene angefertigte Sonderstatistiken.

Der zweite auffallende Punkt zeigte, wie eng verwoben beim Ministerium für Staatssicherheit die Arbeitsschienen „Abwehr“ und „Aufklärung“ von Anfang an waren. Das MfS definierte „Abwehr“ als offensive, schwerpunktbezogene, komplexe Geheimdiensttätigkeit zur Sicherung der DDR vor Angriffen des Feindes. Die „Abwehrarbeit“ diente der Aufdeckung aller gegen die DDR gerichteten Pläne, Maßnahmen und Umtriebe des Gegners auf dem Gebiet der politischen Diversion, der Kontaktpolitik, der Organisation politischer Untergrundtätigkeit und der Schaffung einer sogenannten inneren Opposition.¹³⁹ Unter „Aufklärung“ verstand das MfS jene geheimdienstliche Tätigkeit, die zur Gewinnung sicherer Kenntnisse über bedeutsame Personen, Organisationen und Sachverhalte führte.¹⁴⁰ Im Juni 1951 schlug die MfS-Zentrale der Staatssicherheitsverwaltung von Groß-Berlin vor, in einer Aktion das Einwirken des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ auf „Umsiedler“ in der DDR „abzuwehren“ und zugleich zu nutzen, um mit „Geheimen Mit-

¹³⁵ Vgl. StS Mielke an MfS-Verwaltung Groß-Berlins, 10. April 1951, in: BStU MfS BdL/Dok.003671, Bl. 1; Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 400, 401.

¹³⁶ „GM“: Kategorie (zwischen 1950–1968) eines Inoffiziellen Mitarbeiters, der Verbindungen zu „feindlichen Personen“ hat und den MfS-Organen wertvolle Informationen über „antidemokratische Tätigkeiten“ liefern kann. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 36.

¹³⁷ Vgl. StS Mielke an MfS-Verwaltung Groß-Berlins, 10. April 1951, in: BStU MfS BdL/Dok.003671, Bl. 1.

¹³⁸ Es ist erwiesen, daß alle MfS-Bezirksverwaltungen ab 1959 über konkrete Vertriebenenstatistiken verfügten, die in den 1960er Jahren fortlaufend aktualisiert wurden. Zudem hatte die Staatssicherheit sich ab Ende der 1950er Jahre ein erstes grobes Netz von „Geheimen Mitarbeitern“ (GM) zur Informationsbeschaffung aus und zur Kontrolle über „Umsiedlerkreise“ geschaffen. Um eine Größenvorstellung zu geben: Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg verfügte im März 1959 über 285 „GMs“ in „Umsiedlerkreisen“, im Bezirk Rostock waren es 1960 331 „Umsiedler“, die für das MfS arbeiteten. Vgl. Heike Amos, Die SED-Vertriebenenpolitik 1949–1990, S. 79ff.

¹³⁹ Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 37ff.

¹⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 60f.

arbeitern (GMs)“ aus Ost-Berlin zu versuchen, in die West-Berliner Zentrale der Landsmannschaften einzudringen und im Sinne des MfS „aufzuklären“.¹⁴¹

Die West-Berliner Tageszeitung „Kurier“ meldete am 31. Mai 1951 einen nicht realen Aufruf der DDR-Verwaltungsbehörden an die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR. Diese seien aufgefordert worden, alle in ihrem Besitz befindlichen Dokumente und Urkunden, die über ihre ehemaligen Besitztümer jenseits der Oder, Immobilien, Grundstücke u. a. Auskunft gaben, bei den DDR-Behörden einzureichen. Der „Kurier“ riet den DDR-„Umsiedlern“ davon ab, dieser Aufforderung nachzukommen, und behauptete, die DDR-Behörden würden der polnischen Regierung die Urkunden aushändigen, um die Beweise über deutsche Besitztümer in den ehemaligen Ostgebieten zu vernichten. Über den „Kurier“-Artikel wurden die „Umsiedler“ hingegen aufgefordert, die Besitzurkunden in der West-Berliner Landeszentrale zur Aufbewahrung zu hinterlegen. Die MfS-Zentrale schlug als Reaktion ein öffentliches Dementi über die „bewußte Hetze gegen die DDR“ vor.¹⁴² Außerdem wollte man in eigener Sache aktiv werden und zu folgender Gegenmaßnahme greifen: „Unsere GMs aus Umsiedlerkreisen, welche aufgrund ihrer Umsiedlung Besitztum zurücklassen mußten, [...] [werden aufgefordert, ...] sich mit der Zentrale der Landsmannschaften in Westberlin, Stresemannstraße, in Verbindung [...] zu setzen [...] und nachzufragen, wie sie sich nach diesem Artikel nun verhalten sollen. Dabei müssen die GMs feststellen, wer die verantwortlichen Leiter der Landsmannschaften sind und die in der Zentrale beschäftigten Angestellten. Wichtig dabei ist festzustellen, ob die Angestellten noch Verwandte in der DDR zu wohnen haben.“¹⁴³ Der zuständige und anweisende MfS-Inspekteur Bruno Beater¹⁴⁴ meinte abschließend: „Durch diesen Artikel besteht die Möglichkeit, daß unsere GMs auf dem aufgezeigten Weg in die Zentrale der Landsmannschaften [...] gelangen. Über die durchgeführte Arbeit ist uns bis zum 15. Juli 1951 zu berichten.“¹⁴⁵ Wie diese Berichte aussahen und wie erfolgreich diese Aktion war, ist nicht überliefert. Anschaulich wird hier bereits, wie eine Arbeitsweise der Staatssicherheit aussah: Jede sich bietende Gelegenheit nutzen, langfristig denken, Spitzel plazieren und Kontaktwege in die DDR erkunden.

Vom 7. Februar 1952 datiert eine erste Weisung zur systematischen geheimdienstlichen Beobachtung der Dachorganisation „Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften“ in West-Berlin und Westdeutschland.¹⁴⁶ Staatssekretär Erich Mielke wies

¹⁴¹ Vgl. Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 400, 401.

¹⁴² Vgl. ebenda, Bl. 400.

¹⁴³ Vgl. ebenda.

¹⁴⁴ Bruno Beater (1914–1982), Zimmermann, 1933–1944 Wehrmacht, 1944 übergelaufen zur Roten Armee, Frontpropagandist des NKFD, Antifa-Kurse, 1945/46 KPD/SED, 1945 Einstellung bei der Polizei, Mitaufbau der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in Brandenburg, 1950 Leiter der Abteilung V (Untergrund) des MfS, seit 1955 Stellvertreter des Ministers, ab 1964 1. Stellvertreter des Ministers, 1963 Kandidat, ab 1973 ZK-Mitglied, 1980 Rang eines Generaloberst. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 7.

¹⁴⁵ Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 401.

¹⁴⁶ Vgl. Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL), 7. Februar 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 003678, Bl. 1.

die Chefs der MfS-Landesverwaltungen an, „in allen Abteilungen sofort festzustellen, in welcher Art die „Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften“ in Erscheinung getreten ist“. Er bezichtigte dabei die VOL, im Auftrag des sogenannten Kaiserministeriums, also des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen unter Minister Jakob Kaiser¹⁴⁷, die „Umsiedler“ in Ost und West für „feindliche Handlungen in der DDR“ anzuwerben. Wieder forderte Mielke, Auskunft zu erhalten, wie viele „Geheime Mitarbeiter“ auf den Dachverband der ostdeutschen Landsmannschaften „angestellt“ und welche geheimdienstlichen Vorgänge bereits in Bearbeitung wären.¹⁴⁸ Aufgrund der beiden aufgezeigten frühen Fällen kann man vermuten, daß das MfS durch Aktivitäten von organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland auf die bundesdeutschen Vertriebenenverbände aufmerksam wurde.

Eine erste MfS-interne, dreiseitige „Analyse der Arbeit der Umsiedlerorganisationen“¹⁴⁹ – Landsmannschaften“ lag im Mai 1952 vor.¹⁵⁰ Sprachlich ganz in der Diktion des Kalten Krieges, aber durchaus faktenreich, listete ein MfS-Sachbearbeiter in der Analyse 13 aktive Landsmannschaften auf, darunter auch die großen Landsmannschaften wie die der Sudetendeutschen, der Schlesier, Ost- und Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg-Neumärker (sic). Er erklärte ihre Organisationsweise – nach dem Herkunftsprinzip und nach dem neuen Wohnortprinzip in der Bundesrepublik. Der MfS-Mann beschrieb die Existenz der beiden Organisationstypen, zum einen den Dachverband „Bund Vertriebener Deutscher“ und zum anderen die Landsmannschaften. Als Ursache und Sinn der Existenz von Vertriebenenorganisationen in West-Berlin und Westdeutschland benannte das MfS-Papier die „Kriegspläne der aggressiven deutschen und amerikanischen Imperialisten“, die Hoffnungen setzen „auf die Millionen Umsiedler, denen sie bewußt keine neue Heimat geben, sondern sie ihrem Elend überlassen. [...] Der ‚Bund Vertriebener Deutscher‘ [...] soll als Dachorganisation [...] zirka 10 Millionen Umsiedler organisatorisch erfassen [...]“¹⁵¹ Kurz charakterisierte die Expertise die Zusammensetzung der Vorstände der Landsmannschaften und des BVD, um dann etwas konkreter auf den Landesverband von West-Berlin einzugehen. Der „Landesverband der Heimatvertriebenen“ habe seinen Sitz im „Haus der Ostdeutschen Heimat“¹⁵² in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, wo auch die

¹⁴⁷ Jakob Kaiser (1888–1961), geboren in Hamburg, gestorben in West-Berlin; Zentrumspolitiker und 1933 MdR, während der NS-Zeit im Widerstand und zeitweise in Gestapo-Haft, 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ, 1947 von der SMAD abgesetzt, geht nach West-Berlin, favorisiert (vergeblich) im Gegensatz zu Adenauer ein blockfreies, Brückenfunktion ausübendes Deutschland, 1949–1957 MdB und Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969; Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.

¹⁴⁸ Vgl. Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL), 7. Februar 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 003678, Bl. 1.

¹⁴⁹ Es sei nochmals unterstrichen, daß das MfS auch intern nie von Vertriebenenorganisationen in West-Berlin bzw. Westdeutschland, sondern immer von „Umsiedlerorganisationen“ sprach.

¹⁵⁰ Vgl. die Analyse vom 24. Mai 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 44–46.

¹⁵¹ Ebenda, Bl. 44.

¹⁵² Von 1949 bis 1951 hatten der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ und einige ostdeutsche Landsmannschaften ihren Sitz in Berlin-Kreuzberg, in der Stresemannstraße 30. Von 1951 bis 1961 war das „Haus der ostdeutschen Heimat“, die Zentrale der Vertriebenenorga-

einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften ihre Berliner Vertretung unterhielten. Den Vorsitz des West-Berliner Landesverbands übte Dr. Alfred Rojek¹⁵³ aus, den das MfS nicht näher vorstellte. Der West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen organisierte auf Kreisverbandsebene monatliche Mitgliederversammlungen. Einladungen dazu gingen auch über Kuriere nach Ost-Berlin und in die DDR. Auch dazu erfolgte kein weiterer MfS-Kommentar. Dem BVD und den Landsmannschaften sagte die Staatssicherheit zutreffend enge Beziehungen zum Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen¹⁵⁴ und zum Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte nach.¹⁵⁵ Als politisches Ziel der Landsmannschaften und des West-Berliner Landesverbandes benannte die MfS-Analyse die „Wiedergewinnung der alten östlichen Gebiete mit Waffengewalt“. Um das durchzusetzen, sei die politische Arbeit der organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen auf das „Wecken des Heimatgefühls durch die Pflege alter Sitten und Gebräuche“, die „Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze und die fortschrittliche Entwicklung in der DDR“, die „bewußte Spaltung des deutschen Volkes in Alteingesessene und Umsiedler“ sowie die Erzeugung von „Verwirrung der Umsiedler durch die Propagierung des sogenannten Lastenausgleichs“ gerichtet.¹⁵⁶

Abschließend unterstrich das MfS-Papier die für die organisierten Vertriebenen sehr gefährliche Verdächtigung, daß die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) für ihre „Sabotage- und Diversionsakte gegen die DDR“ Mitglieder aus dem Kreis des „Bundes Vertriebener Deutscher“ und „Umsiedler“ aus der DDR anwerbe.¹⁵⁷ Die KgU war eine militante, antikommunistische, vorwiegend vom US-Ge-

nisationen in West-Berlin, in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, gelegen. Seit 1961 befand sich das Haus wieder in Berlin-Kreuzberg, dann in der Stresemannstraße 90–102. Das „Haus der ostdeutschen Heimat“ hieß so bis 1974, dann nannte man es „Deutschlandhaus“. Das Gebäude liegt zentral in Berlins Mitte, nahe dem ehemaligen Anhalter Bahnhof. Der Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften hatten dort bis 1999 – bis die Bundesförderung eingestellt wurde – ihre Büros bzw. Ausstellungsflächen. Auf Beschluß der Bundesregierung 2008 wird das Haus Sitz des „Dokumentationszentrums über Vertreibung“.

¹⁵³ Dr. Alfred Rojek (1897–1975), geboren in Boguschowitz/Oberschlesien, Jurist, leitet 1927–1935 die Angestellten-Gewerkschaft in Oberschlesien, Mitglied des Stadtparlaments von Kattowitz, 1939 und 1944 inhaftiert, bis 1945 Syndikus verschiedener deutscher Industriefirmen, nach 1945 CDU, in Berlin-Neukölln Bezirksverordneter, später im Abgeordnetenhaus West-Berlin, 1951–1959 Stadtrat in Berlin-Neukölln, seit 1949 Gründer und bis 1959 1. Vorsitzender des „Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“. Vgl. <http://www.luise-berlin.de>.

¹⁵⁴ Leitende Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Ministeriums (BMG) ließen sich in den 1950er Jahren in die vom State Department und dem amerikanischen Geheimdienst verflochtene Strategie der „psychologischen“ Kriegsführung, der Befreiungspolitik und subversiver Aktionen, durch die eine Destabilisierung der DDR erreicht werden sollte, einbinden. Das BMG unterstützte zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst und deutschen Nachrichtenstellen antikommunistische Befreiungsorganisationen wie KgU, Ufj, die Ostbüros von CDU, SPD, FDP. Die Kontaktaufnahme mit diesen Organisationen und westlichen Nachrichtendiensten bezahlten Tausende von DDR-Bürgern mit hohen Zuchthausstrafen und einige auch mit ihrem Leben. Vgl. Stefan Creuzberger, *Kampf für die Einheit*, S. 208ff., 438ff.

¹⁵⁵ Vgl. Analyse der Arbeit der Umsiedlerorganisationen – Landsmannschaften, 24. Mai 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 45, 46.

¹⁵⁶ Ebenda, Bl. 46.

¹⁵⁷ Ebenda.

heimdienst finanzierte Organisation, die aus West-Berlin in die DDR hineinwirkte. Ihr Ziel war es, zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse in der DDR beizutragen. Die KgU hatte es sich zur Aufgabe gemacht, vom sowjetischen Geheimdienst verschleppte Deutsche zu suchen, Freiheits-Parolen und Schriften in Ostdeutschland zu verbreiten, über die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes aufzuklären sowie nachrichtendienstliche Informationen aus der DDR zu sammeln und Wirtschafts-sabotageakte in der DDR durchzuführen. Die DDR-Polizei, das MfS und die sowjetische Besatzungsmacht gingen mit äußerst drastischen Maßnahmen gegen KgU-Protagonisten und andere ähnlich organisierte Westdeutsche bzw. Westberliner vor.¹⁵⁸

Die ersten Meldungen und Analysen über die Landsmannschaften, den BDV und den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen waren in der Ost-Berliner MfS-Zentrale, in der Abteilung V, Referate C und D erstellt worden. Damit läßt sich nachweisen, daß dort spätestens seit Frühjahr 1951 die geheimdienstliche Zuständigkeit für die sogenannte Arbeitslinie Umsiedler, Landsmannschaften und ihre Dachorganisationen VOL und BVD in West-Berlin und Westdeutschland lag. Auf Landesebene und für Groß-Berlin galt die gleiche Zuständigkeit: Abteilung V, Referate C und D und auf Kreisebene der Arbeitsbereich V, der noch nicht weiter strukturiert war.¹⁵⁹ In einer Dienstanweisung des MfS-Staatssekretärs Mielke vom 17. September 1952 ging der Arbeitsbereich „Arbeit mit Umsiedlerorganisationen/Landsmannschaften“ und „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge“ (VPO) an das neu eingerichtete Referat E.¹⁶⁰ Hauptaugenmerk der Dienstanweisung lag auf der Gewinnung „Geheimer Mitarbeiter“ aus dem westdeutschen Vertriebenenmilieu und die „straffere Führung“ dieser Spitzel und ihrer Bearbeitungsvorgänge im MfS.¹⁶¹ Die „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge“ war eine vom Ostbüro der West-CDU unterstützte Organisation, die sowohl Flüchtlinge und Vertriebene als auch die sogenannten Republikflüchtlinge aus der DDR vereinte. Und auch hier suchte das MfS nach „GMs“, um diese „Spionageorganisation gegen die DDR“ geheimdienstlich zu unterwandern und zu zerschlagen.¹⁶² Eine Unterscheidung zwischen Vertriebenen und „Republikflüchtlingen“ war in den 1950er Jahren nicht immer zu treffen. Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR das Land in Richtung Westen. Darunter waren zirka 750 000 bis 900 000 Vertriebene.¹⁶³

¹⁵⁸ Die KgU existierte zwischen 1948 und 1959. 1951/52 wurden 180 KgU-Mitglieder verhaftet, 42 Todesstrafen wurden verhängt und ausgeführt. Es ist wahrscheinlich, daß es Kontinuitäten gab zwischen der KgU und entsprechenden antikommunistischen Organisationen wie z.B. dem „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (Ufj). Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/KgU>; Jochen Staadt, *Vergeßt sie nicht! Freiheit war ihr Ziel – Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit*, S. 60–79.

¹⁵⁹ Vgl. „Haus der ostdeutschen Heimat“, BVD und Landsmannschaften 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 16, 32–34, 44–46.

¹⁶⁰ Vgl. Dienstanweisung Nr. 6/52, 17. September 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 0002071, Bl. 1, 6.

¹⁶¹ Vgl. ebenda, Bl. 1–13.

¹⁶² Vgl. MfS-Dienstanweisung zur „Vereinigung der Politischen Ostflüchtlinge“, 4. September 1953, in: BStU MfS 3940/53, Bl. 1–17.

¹⁶³ Vgl. Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961*, S. 41–48, 62–68; Hermann Weber, *DDR. Ein Grundriß*, S. 288–305.

Im Herbst 1953 fand eine Umbenennung der Abteilung V in Hauptabteilung V auf zentraler MfS-Ebene statt.¹⁶⁴ Auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen verblieben die Abteilungen V, genauso die Arbeitsbereiche V in den MfS-Kreisdienststellen. Die Hauptabteilung V des MfS, kurz auch „Untergrund“ genannt, war insgesamt zuständig für die Bekämpfung des politischen Untergrunds, Überwachung der Kirchen, Blockparteien, Massenorganisationen. Konkreter hieß das: Zum einen hatte die Hauptabteilung die geheimdienstliche Überwachung und Bekämpfung der SPD, CDU, FDP sowie ihrer jeweiligen „Ostbüros“, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der besagten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ und ähnlicher gegen die Existenz der DDR und der SED-Herrschaft gerichteter Organisationen zu tätigen. Zum anderen ging es darum, die Kontrolle und Überwachung der Blockparteien in der DDR, der Kirchen und Religionsgemeinschaften und als „gegnerisch“ eingestufte politische Gruppierungen („Trotzkisten und Titoisten“ usw.) zu sichern.¹⁶⁵ Deutlich wird hier, daß die MfS-Hauptabteilung V sowohl Aufgaben der Bekämpfung und Überwachung westdeutscher Organisationen und Parteien und deren Aktivitäten bezogen auf die DDR übertragen erhielt als auch die Kontrolle und Überwachung ostdeutscher Gruppierungen und Parteien. Diese Bereiche gehörten deshalb zusammen, da nach bereits dargestellter Denkart der Staatssicherheit jede tatsächliche bzw. vermeintliche oppositionelle Bewegung in der DDR nur durch westdeutsche Initiatoren hervorgerufen werden konnte. Die Zuständigkeit der Hauptabteilung V für bundesdeutsche Parteien und Organisationen bezog sich in der Regel auf die „Abwehr“; die sogenannte geheimdienstliche Aufklärung lag in der Hand der MfS-Hauptabteilung XV von Markus Wolf¹⁶⁶, ab 1956 der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A).¹⁶⁷ Aber auch das war in der Realität so streng nicht zu trennen.

Die besagte Hauptabteilung V war ab Mitte der 1950er Jahre in fünf Abteilungen gegliedert, Abteilung 3, Referat III, hatte die Zuständigkeit auch für „Umsiedler und Umsiedlerorganisationen“ erhalten.¹⁶⁸ Das konkrete Sachgebiet im Referat III hieß: „Vereinigung der Landsmannschaften, Bund Vertriebener Deutscher, Haus der Ostdeutschen Heimat und Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“.¹⁶⁹ Daran ist erkennbar, daß das MfS die Flüchtlinge und Vertriebenen bzw. ihre Organisationen in West-Berlin und in der Bundesrepublik unter „Bearbeitung“ stellte und nicht die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR, ihre möglichen Selbstorganisationsversuche

¹⁶⁴ Die Umstrukturierung im MfS war eine Folge der Ereignisse vom 17. Juni 1953.

¹⁶⁵ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 3, 11.

¹⁶⁶ Markus Wolf (1923–2006), 1933–1945 in der Emigration, vorwiegend in der SU, 1942 KPD, bis 1949 beim Berliner Rundfunk, dann Außenpolitischer Nachrichtendienst (APN), Leiter des APN und 1953 Eingliederung in das MfS, Leiter der HA XV (ab 1956 HV A), Stellvertretender Minister, 1980 Generaloberst, 1986 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, schriftstellerisch tätig, 1990 Flucht in die SU, 1991 Festnahme in der Bundesrepublik, Verurteilungen zu Haft auf Bewährung. Vgl. Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997; Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 77f.

¹⁶⁷ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 81.

¹⁶⁸ Die Zuständigkeiten insgesamt: „Bürgerliche Parteien“ (LDPD, CDU), Ostbüros von CDU und FDP, Kirchen, Umsiedler. Vgl. ebenda, S. 15.

¹⁶⁹ Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1951, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 1, 7; Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 15, 79f.

oder denkbare Kritik an der DDR-„Umsiedlerpolitik“ bzw. der Oder-Neiße-Grenze. Auf der Ebene der Bezirksverwaltungen blieb die Abteilung V, Referat III, für gleiche Aufgaben verantwortlich, auf der Kreisebene setzte sich diese Zuständigkeit fort.

Von 1950 an gehörte die Abteilung/Hauptabteilung V zum Verantwortungsbereich von Erich Mielke. Abteilungsleiter war von 1950 bis November 1955 Bruno Beater, ihm folgte bis 1963 Fritz Schröder. Die Namen der Stellvertretenden Abteilungsleiter lauteten bis Anfang der 1960er Jahre Otto Knye, Hugo Treßelt, Erich Jamin.¹⁷⁰ Bruno Beater, der ab April 1950 die Abteilung V des MfS von Groß-Berlin leitete, hatte nur vier Monate später die Funktion auf Ministeriumsebene inne. Schon nach knapp zweijähriger Leitung der Hauptabteilung war Beater 1955 zu einem der Stellvertreter des Ministers aufgestiegen. Beaters Nachfolger in der Funktion des Hauptabteilungsleiters wurde der 1915 in Ostpreußen (!) geborene Fritz Schröder, der nach Wehrmacht, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und „Antifa-Lehrgängen“ 1945 zunächst in den Polizeidienst eintrat und 1950 zum MfS kam. Von dieser Zeit an war er Leiter einer Abteilung V „Untergrund“ zunächst bei der MfS-Länderverwaltung Brandenburg, dann der Bezirksverwaltung Cottbus. Die Hauptabteilung V auf zentraler Ebene führte er bis 1963.¹⁷¹ Die Abteilung 3 der Hauptabteilung V wurde Mitte der 1950er Jahre von einem Major Kurt Schumann geführt. Nähere Lebensdaten sind hier nicht bekannt.

Im Jahr 1955 waren in der Hauptabteilung V „Untergrund“, Abteilung 3 „Bürgerliche Parteien, Kirchen“, Referat III, zwei Mitarbeiter für das Sachgebiet „Umsiedler, Umsiedlerverbände VOL, BVD, BHE“ tätig.¹⁷² Auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen waren in der Abteilung V, Referat III – überschrieben mit „Bürgerliche Parteien“ – jeweils zwischen vier und sechs Mitarbeiter zuständig.¹⁷³ In den 14 Bezirksverwaltungen der DDR waren somit insgesamt etwa 17 Mitarbeiter auf dem Sachgebiet der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände (VOL, BVD, BHE) in West-Berlin und Westdeutschland beschäftigt, mit den Ost-Berliner Bearbeitern waren es also insgesamt etwa 20 MfS-Bearbeiter für das besagte Sachgebiet.¹⁷⁴ Man kann vermuten, daß bei den MfS-Kreisdienststellen (rund 200 Kreisdienststellen existierten 1955) jeweils ein bis zwei Sachbearbeiter auch für die Bereiche „Bürgerliche Parteien LDPD, CDU, Ostbüros der CDU-West und FDP, Kirchen und Umsiedler“ hauptamtlich verantwortlich waren. Diese Mitarbeiterzahlen auf al-

¹⁷⁰ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 173; Zu den Lebensläufen von Knye und Jamin in: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 34, 38.

¹⁷¹ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 12, 17; Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 7, 65.

¹⁷² Eingeplant waren für das Referat insgesamt sechs Mitarbeiter, besetzt waren drei Stellen. Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok.003784, Bl. 7.

¹⁷³ Die MfS-Abteilung V, Referat III „Bürgerliche Parteien“, die auch die „Umsiedlerorganisationen einschlossen“, verfügten über folgende Mitarbeiter: Rostock 5, Schwerin 5, Neustrelitz 4, Potsdam 6, Frankfurt 3, Cottbus 6, Magdeburg 4, Halle 8, Erfurt 7, Gera 4, Suhl 5, Dresden 4, Leipzig 5, Karl-Marx-Stadt 6, Groß-Berlin 9, Wismut keinen. Vgl. Besetzung der Abteilung V in den Bezirksverwaltungen, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok.003784, Bl. 2

¹⁷⁴ In der Hauptabteilung V in Ost-Berlin waren 1955 von 200 Planstellen nur 140 besetzt. In allen Abteilungen V aller MfS-Bezirksverwaltungen waren 389 Planstellen vorhanden. Im jeweiligen Referat III der Abteilungen V aller Bezirksverwaltungen waren 1955 81 Mitarbeiter tätig. Vgl. ebenda; Thomas Auerbach, Hauptabteilung XX, S. 15f.

len Ebenen des Staatssicherheitsdienstes für das Sachgebiet „Vereinigung der Landsmannschaften, Bund Vertriebener Deutscher, Haus der Ostdeutschen Heimat, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“¹⁷⁵ werden sich in den folgenden drei Jahrzehnten ausgeweitet haben.

Zum Ende der 1950er Jahre entwickelte sich das MfS weiter in Richtung „Ideologie-Polizei“, und die Hauptabteilung V in Ost-Berlin bzw. Abteilungen V auf Bezirksebene bildeten den „ideologiepolizeilichen“ Kern des Staatssicherheitsapparates. Zur Systematisierung und Verbesserung der „Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion“ wurde die Bildung einer zentralen Auswertungsgruppe beschlossen, die an die Hauptabteilung V angebunden war.¹⁷⁶ Die MfS-Querschnittseinheit Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in Ost-Berlin sammelte Fakten und fertigte Analysen über die sogenannten Zentren der politischen Diversion. Ihre Entsprechung fand die ZAIG in den Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS. Die ZAIG war 1965 gebildet worden, die Vorläufer waren seit 1953 die „Arbeitsgruppe Information“ sowie die 1960 gegründete „Zentrale Informationsgruppe“ (ZIG).¹⁷⁷ Diese MfS-Einheiten bildeten ein System zur Informationssammlung und –verarbeitung für die SED- bzw. DDR-Entscheidungsträger. Die Berichte und Expertisen der MfS-Auswertungs- und Informationsgruppen waren relativ breit angelegt und präzise, bewegten sich jedoch analytisch weitgehend im Rahmen der vorgegebenen Parteiideologie und ihres „Feindbildes“. Die potentielle Funktion der Auswertungs- und Informationsgruppen auf zentraler und Bezirksebene als korrektiv wirkende „Ersatzöffentlichkeit“ wurde durch Erfolgswänge und ideologische Disziplinierung der beteiligten Mitarbeiter im Staatssicherheitsdienst weitgehend konterkariert.¹⁷⁸

1963/64 kam es zu Reorganisationen im Ministerium für Staatssicherheit. Seit Anfang 1964 führte die Hauptabteilung V die neue Bezeichnung Hauptabteilung XX.¹⁷⁹ Als kommissarischer Leiter übernahm Paul Kienberg die Hauptabteilung. Kienberg, 1926 in Mühlberg/Elbe geboren, war (halb)jüdischer Abstammung, trat 1945 der KPD bei und kam über die Volkspolizei 1950 zum MfS in die Hauptabteilung V. 1965 übernahm Kienberg die Funktion des Hauptabteilungsleiters, die er bis zur Auflösung des MfS 1989 ausübte.¹⁸⁰ Die zwei Stellvertretenden Abteilungsleiter hießen Heinz Volpert und Rudolf Stange.¹⁸¹ Die Hauptabteilung XX war in sechs Abteilungen gegliedert. Die Abteilung 5, Referat I, hatte die geheimdienstliche Zuständigkeit für den „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, die Ostbüros von SPD und CDU und andere „Feindorganisationen im Westen“.¹⁸² Als „Feindorganisationen im Westen“, so der zeitgenössische Ausdruck der 1960er Jahre, zählten die Vertriebenenver-

¹⁷⁵ Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 7.

¹⁷⁶ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 21.

¹⁷⁷ Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 95.

¹⁷⁸ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 40.

¹⁷⁹ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 22.

¹⁸⁰ Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 37.

¹⁸¹ Zu ihren Biographien, in: Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 23.

¹⁸² Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 23f.

bände, die ostdeutschen Landsmannschaften, die Dachorganisation „Bund der Vertriebenen“, ihre Aktivitäten, Großveranstaltungen und ihre jeweiligen „Häuser“. Diese Zuständigkeiten blieben auch in den 1970er und 1980er Jahren. Die MfS-Hauptabteilung XX, überschrieben mit „Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen Kultur, politischer Untergrund“, dort die Abteilung 5, bezeichnet als „Westarbeit“, blieb bis 1989 federführend bei der Bekämpfung der sogenannten Zentren der politisch-ideologischen Diversion in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin¹⁸³ und war damit für einen wichtigen Zweig der „Westarbeit“ des MfS zuständig.¹⁸⁴ Die Hauptabteilung XX/5 hatte bis 1989 die geheimdienstliche Bearbeitung und Überwachung der Vertriebenenorganisationen, ihrer Ziele und Aktivitäten in der Bundesrepublik und in West-Berlin zu gewährleisten.

Es wird behauptet, daß der eigentliche Kern des Ministeriums für Staatssicherheit die Hauptabteilung XX war. Eine solche Stellung scheint aufgrund des verhältnismäßig geringen Umfangs von etwa 460 Mitarbeitern (1989) in der Ost-Berliner Zentrale und etwa doppelt so vielen in den MfS-Bezirksverwaltungen fragwürdig. Aber die Behauptung verweist zu Recht auf die zentrale Bedeutung dieser Abteilung für die Bekämpfung von oppositionellen Regungen in der DDR, die nach MfS-Überzeugung nur „vom Westen angezettelt“ sein konnten. Hier war der Kampf gegen die „politisch-ideologische Diversion“ (PID) angesiedelt, hier wurden die Kirchen, der Kultur- und Medienbetrieb, die Blockparteien, die gesellschaftlichen Organisationen, das Gesundheits- und Bildungswesen überwacht. Bei der Verfolgung von oppositionellen Aktivitäten gehörte in den Aufgabenbereich der Hauptabteilung XX auch die geheimdienstliche „Bearbeitung“ der „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“, das heißt die Informationsbeschaffung und die operative Tätigkeit in Westdeutschland und West-Berlin.¹⁸⁵ Hierunter fielen auch die organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Verbände wie die ostdeutschen Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen mit ihren Funktionären. Als Hauptarbeitsfeld der Hauptabteilung XX/5 der Staatssicherheit wurden die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre und Politiker jedoch nicht betrachtet.

In der gesamten MfS-Hauptabteilung XX in Ost-Berlin waren 1965 166 Mitarbeiter beschäftigt, 1975 258 Mitarbeiter und 1985 415. Auf der Ebene der sogenannten Bearbeitungslinie XX der MfS-Bezirksverwaltungen gab es 1975 767 und 1985 891 Mitarbeiter. Festzuhalten bleibt, daß die besagte Linie XX in den Bezirken, insgesamt gesehen, personell stärker besetzt war als in der Zentrale. Die MfS-Kreisdienststellen

¹⁸³ 1965 fertigten MfS-Mitarbeiter der Juristischen Hochschule Potsdam ein 587 Seiten umfassendes Exposé mit dem Titel „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion“. Auf 12 Seiten Inhaltsverzeichnis werden die „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ aufgelistet. Dazu zählten auch die „Landsmannschaften“ und der „Bund der Vertriebenen“ (BdV). An den vorderen Stellen der Auflistung stehen u.a. BMG, Kuratorium Unteilbares Deutschland, Rundfunk und Fernsehen (ARD, ZDF) in der Bundesrepublik, „Bildungs-, Forschungs- und Propagandazentralen“ wie die Bundeszentrale für politische Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung ... oder die Ostbüros der CDU, SPD usw. Vgl. den Katalog, Dezember 1965, in: BStU MfS BV Berlin, Abteilung II 477, Bl. 2–19.

¹⁸⁴ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 28 f., 31.

¹⁸⁵ Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 34 f.

hatten solche abgegrenzten Verantwortungsbereiche wie auf der Bezirksebene bzw. der Zentrale nicht.¹⁸⁶ Die MfS-Kreisdienststellen dürften in der geheimdienstlichen Bearbeitung der „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ kaum eingebunden gewesen sein. Ausnahmen waren dort, wo organisierte Vertriebene aus Westdeutschland regelmäßig Vertriebenenzeitschriften in die DDR schickten oder – zumindest bis 1961 – „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin bzw. in die Bundesrepublik reisten. Ab Mitte der 1960er Jahre erfolgte dann die Beobachtung von Reisen organisierter Vertriebener und Vertriebenenfunktionäre der mittleren und unteren Ebene zu ehemaligen Landsleuten in der DDR, soweit sie bekannt wurden. Diese landsmannschaftlich begründeten deutsch-deutschen Kontakte wurden in der DDR vor Ort, also durch die MfS-Kreisdienststellen registriert.¹⁸⁷ Es sei nochmals darauf verwiesen, daß die Zuständigkeit der MfS-Hauptabteilung XX/5 für die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik und in West-Berlin sich schwerpunktmäßig auf die „Abwehrarbeit“ bezog, die „geheimdienstliche Aufklärung“ der Landsmannschaften oder der Vertriebenen-Dachverbände – z. B. die Gewinnung, Einschleusung und „Führung“ von Agenten und deren Informationslieferungen – lag zwar nicht in allen Fällen, aber in der Hauptsache bei der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS von Markus Wolf bzw. den Abteilungen XV der Bezirksdienststellen.¹⁸⁸ Das Ausspionieren der Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre gehörte bei der HV A zur politischen Spionage¹⁸⁹. Die Abteilung II¹⁹⁰, Referat 3 der Hauptverwaltung Aufklärung befaßte sich mit Organisationen der sogenannten ideologischen Diversion, also auch mit den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen.¹⁹¹

Die Tätigkeitsfelder der MfS-Hauptabteilung XX/5 mit ihren fünf Referaten umfaßten zwischen 1964 und den 1980er Jahren die „Bekämpfung der staatsfeindlichen Republikflucht“, der „Republikflucht“ von DDR-Bürgern über Drittländer und die „Bekämpfung westlicher Fluchthilfeorganisationen“. Weitere Aktivitäten dieser Hauptabteilung richteten sich gegen die besagten „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ in West-Berlin und in der Bundesrepublik, da die Staatssicherheit von diesen Organisationen eine inspirierende Wirkung auf die „politische Untergrundtätigkeit“ in der DDR vermutete und fürchtete. Zu der ganzen Palette an „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“ zählten die Vertriebenenverbände –

¹⁸⁶ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 35–38.

¹⁸⁷ Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg 265, Bl. 2–118; Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1960, in: ebenda, AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 107–137.

¹⁸⁸ Es werden in der Studie Einzelfälle von „West-IMs“ dargestellt, die von der MfS Hauptabteilung XX/5, in anderen Fällen von der HV A geführt wurden.

¹⁸⁹ Die politische Spionage machte nur 19 Prozent der HV A-Spionage aus, Wirtschaftsspionage immerhin 39 Prozent.

¹⁹⁰ HV A, Abteilung II, hieß 1989 „Aufklärung der Organisationen in der BRD“: „Aufklärung und Bearbeitung der Führungsgremien der politischen Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen der BRD sowie der Kirchen, religiösen Gemeinschaften [...] sowie der Friedensbewegung in der BRD und von Amnesty international.“ Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 369.

¹⁹¹ Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 52f.

im zeitgenössischen Sprachgebrauch die „Umsiedler und revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland“. In den 1970er und 1980er Jahren kamen neue Schwerpunktaufgaben hinzu wie die „Überwachung und Bekämpfung“ von Einrichtungen der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandforschung, verschiedener „Schutz- und Freiheitskomitees“ in West-Berlin für inhaftierte DDR-Bürgerrechtler und die geheimdienstliche Kontrolle von Gruppen der bundesdeutschen Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung, die Kontakte mit gleichgesinnten DDR-Gruppen suchten.¹⁹² In den 1980er Jahren intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX/5 und der Hauptverwaltung Aufklärung bei der „Erkennung, Aufklärung und operativen Bearbeitung“ von sogenannten Feindorganisationen und feindlichen Personengruppen im „Operationsgebiet“, die als Initiatoren für politische Untergrundtätigkeit in der DDR angesehen wurden. Ein spezifischer Schwerpunkt aber scheint die „Abwehr und Aufklärung“ der Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik und in West-Berlin durch das Ministerium für Staatssicherheit nicht gewesen sein.¹⁹³

Die MfS-Hauptabteilung XX, Abteilung 5 mit ihren wiederum fünf Referaten, stand zwischen 1964 und 1986 unter der Leitung von MfS-Oberstleutnant Artur Willmann. Ihm folgte der 1933 geborene Hans Buhl nach. Buhl diente seit den 1960er Jahren in der MfS-Hauptabteilung XX, zunächst als Referatsleiter, später als Abteilungsleiter.¹⁹⁴ In der Hauptabteilung waren 1972 38 Mitarbeiter beschäftigt, ab 1975 28. Diese Zahl blieb bis 1989 in etwa konstant. In den 15 MfS-Bezirksverwaltungen arbeiteten auf der „Linie XX/5“ um 1970 62 Mitarbeiter, das waren im Durchschnitt vier Mitarbeiter pro Bezirksverwaltung. Auch diese Zahl änderte sich im Laufe der Jahre kaum.¹⁹⁵ Auf dem Gebiet der „Aufklärung und Bearbeitung“ der gesamten Palette der „Feindorganisationen im Operationsgebiet“ waren demzufolge vier Mitarbeiter auf der zentralen Ebene in Ost-Berlin zuständig und höchstens gerade einmal ein Mitarbeiter auf Bezirksebene.¹⁹⁶ Demzufolge ist davon auszugehen, daß sich zirka 14 bis 18 MfS-Mitarbeiter mehr oder weniger kontinuierlich zwischen den 1960er und 1980er Jahren auch mit den Vertriebenenorganisationen geheimdienstlich befaßten. Hinzu kamen – verstärkt in den 1970er und 1980er Jahren – Forschungs- und Qualifizierungsarbeiten in Form von Diplom- und Lehrgangsabschlußarbeiten von einzelnen MfS-Offizieren, die Themenkomplexe über die „Stellung und die Aktivitäten der revanchistischen Landsmannschaften“ und den „Bund der Vertriebenen“ untersuchten.¹⁹⁷ Des weiteren erarbeiteten MfS-Mitarbeiter der Querschnittabteilungen

¹⁹² Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 120f.

¹⁹³ Vgl. ebenda, S. 104–121.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 118, 174.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 29, 111, 121; Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996.

¹⁹⁶ Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 112f.

¹⁹⁷ Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD. Studie der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR Potsdam-Babelsberg, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, oder Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften in der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der CSSR 1968, Abschlußarbeit 1982, in: ebenda, JHS 75/82.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe und Zentrale Koordinierungsgruppe in größeren zeitlichen Abständen und zu konkreten Anlässen thematische Einzel-expertisen und Dossiers über Vertriebenenorganisationen und ihre Funktionäre.¹⁹⁸

3. Der West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen unter MfS-Beobachtung

Im Sommer 1951 meldete die MfS-Verwaltung von, wie es damals noch hieß, Groß-Berlin¹⁹⁹ erstmalig an ihre Zentrale, daß sich sogenannte Umsiedlerorganisationen und Landsmannschaften West-Berlins zum 5. August 1951 zu einer geplanten Großkundgebung in der West-Berliner Waldbühne²⁰⁰ versammeln würden.²⁰¹ Die Staatssicherheitsmitarbeiter vermuteten in dem Waldbühnen-Treffen eine Art Gegenveranstaltung zu den vom 5. bis 19. August 1951 in Ost-Berlin stattfindenden „III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten“. Der Chef der MfS-Abteilung V Bruno Beater gab die allgemein gehaltene Anweisung aus, daß die vorhandenen „Geheimen Mitarbeiter“ ihre Aufmerksamkeit auf das Landsmannschaftstreffen richten sollten, um durch den Veranstaltungsbesuch in Erfahrung zu bringen, inwieweit sich das Treffen der organisierten Vertriebenen in West-Berlin gegen die DDR und gegen andere osteuropäische Staaten richte.²⁰² Die MfS-Wahrnehmung der Vertriebenenverbände in West-Berlin schien zunächst neutral und wenig ideologisch befangen gewesen zu sein. Das änderte sich bereits ein Jahr später.

Ab November 1951, stärker im April, Mai und Juni 1952, fiel der Staatssicherheit von Ost-Berlin die Aktivitäten der Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen wieder in West-Berlin in zweierlei Hinsicht auf. Zum einen registrierte die MfS-Abteilung „M“, die Postkontrolle²⁰³, einen stärkeren Versand von Vertriebenen-Zeitungen und -zeitschriften bzw. anderen „Umsiedler-Hetzschriften“ von West- nach Ost-Berlin. Auch war diese Art von Materialien in größerem Umfang bei Kontrollen an den Sektorengrenzen aufgefallen.²⁰⁴ Zum anderen stellte man in Ost-Berlin wie in den fünf

¹⁹⁸ Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1965–1975, in: BStU MfS ZKG 3520; Herbert Czaja, Materialsammlung 1964–1988, in: BStU MfS ZAIG 24033; Heinrich Windelen, 1976–1988, in: ebenda, ZAIG 24071.

¹⁹⁹ Groß-Berlin: seit 1920 die gängige Verwaltungsbezeichnung; im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte verschwand der Begriff, aber noch 1977 hieß es offiziell: Ost-Berliner Magistrat von Groß-Berlin.

²⁰⁰ Die Waldbühne ist eine Freilichtbühne im westlichen Teil Berlins, im Stadtbezirk Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, die in der Nachkriegszeit Platz für 22 000 Zuschauer bot.

²⁰¹ Vgl. Treffen sämtlicher Landsmannschaften der Umsiedler, 9. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 402.

²⁰² Vgl. ebenda.

²⁰³ Abteilung M: Abteilung auf ministerieller Ebene (bzw. als Abteilung auf Bezirksebene) zur Durchführung der Post- und Paketkontrolle bzw. zur Postzollfahndung. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 58.

²⁰⁴ Vgl. Empfänger von Umsiedler-Briefen, 31. Januar 1952; in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 28, 29; Einschleusung von Umsiedler-Zeitschriften, 30. April 1952, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 403.

MfS-Länderverwaltungen fest, daß sich verschiedene landsmannschaftliche Vereinigungen und Gruppen regelmäßig in Westberliner Lokalen und Gaststätten trafen und ein reger Besucherverkehr von DDR-„Umsiedlern“ zu diesen Treffen herrschte. So berichteten MfS-Gewährsmänner von monatlichen Vertriebenentreffen ehemaliger Bewohner der Stadt Neisse (nun polnisch: Nysa), insbesondere der früheren Honoratioren, oder von Vertriebenentreffen vor allem von DDR-„Umsiedlern“ in der West-Berliner Waldbühne am 10. Mai 1952 und vom Bundestreffen der Schlesier in Hannover im Juni 1952.²⁰⁵ Im Zusammenhang mit den Treffen der Landsmannschaften und anderer Vertriebenenzusammenkünfte interessierte sich die Staatssicherheit für DDR-Bürger und „ehemalige Umsiedler“, die zu diesen Treffen reisten, an den Veranstaltungen in West-Berlin teilnahmen oder die Adressaten der Vertriebenenpresse waren. Der Auftrag der MfS-Zentrale an ihre Länder- bzw. Kreisverwaltungen lautete festzustellen, wo es „Umsiedler“konzentrationen und „Umsiedler“treffen in Städten und Gemeinden der DDR gab, ob feste Verbindungen dieser Gruppen nach West-Berlin bzw. Westdeutschland existierten und wie viele „Geheime Mitarbeiter“ für den Einsatz auf Vertriebenentreffen vorhanden wären.²⁰⁶ Die Staatssicherheit wertete die Treffen der Landsmannschaften und ihre Werbung um Teilnehmer aus der DDR sowie die Verbreitung der Vertriebenenpresse in der DDR als „illegale Arbeit“, als „Verbreitung von Hetzparolen“ und als „üble Hetze gegen die Sowjetunion und vor allem gegen die DDR, speziell gegen die führenden Mitglieder der DDR-Regierung“.²⁰⁷ Die organisierten Vertriebenen in West-Berlin fielen dem Staatssicherheitsministerium deshalb auf, weil ein Teil ihrer Aktivitäten auf „ehemalige Umsiedler“ in der DDR ausgerichtet war.

Aber auch in der SED-Spitze hatten die Vertriebenenverbände in West-Berlin und Westdeutschland Aufmerksamkeit erregt. Die SED-Westkommission im ZK-Apparat, die für die sogenannte Westarbeit und für die Anleitung der KPD in der Bundesrepublik zuständig war, analysierte 1950 die bestehenden Organisationen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen – die Landsmannschaften, den „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ und die Partei „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“. Das Ergebnis der SED-Bestandsanalyse lautete: „Zur Unterstützung der Kriegspropaganda und revisionistischen Hetze durch die westdeutsche Reaktion [...] und die westlichen Besatzungsmächte [...] wurden unter Mißachtung der Kontrollratsbeschlüsse eine Unzahl von ‚Flüchtlingsorganisationen‘ geschaffen. [...] Die Umsiedler werden gesehen als wichtiges Objekt der Kriegshetze gegen die UdSSR, die volksdemokratischen Staaten und die DDR. [...] Die [Bonner] Reaktion versucht die Umsiedler zu überzeugen, daß der Osten ‚Schuld an der Aussiedlung‘ sei. Sie verschweigt die Schuld des deutschen Imperialismus, der die deutschen Minderheiten

²⁰⁵ Vgl. GI-Bericht vom 7. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 27; Treffen der Umsiedler, 6. Mai 1952, und Umsiedlertreffen in Hannover vom 19.–22. Juni 1952, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 403–407.

²⁰⁶ Vgl. Beater an MfS-Verwaltung Berlin, 24. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 403.

²⁰⁷ Ebenda; vgl. Mitteilung eines Gewährsmannes, 14. November 1951, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 18.

ständig für seine Welteroberungspläne mißbrauchte.“²⁰⁸ Um die vertriebenen Deutschen als willfährige Masse für die Kriegsvorbereitungspläne zu mißbrauchen, so die SED-Politiker, wurde systematisch die politische, soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen hintertrieben und verhindert.²⁰⁹ Die SED-Funktionäre kamen aber nicht umhin einzugestehen, daß große Teile der Flüchtlinge und Vertriebenen den „reaktionären Führern der Landsmannschaften“ folgten.²¹⁰ Ihre Kritik richteten sie gegen die KPD-Genossen. Ihnen warf die SED Untätigkeit vor: „Der Einfluß der KPD ist [...] unter den Umsiedlern nur gering. [...] Die KPD hat in ihrem Kampf um Frieden, Fortschritt und Einheit Deutschlands die Aufgabe, die sich [...] aus der Lage der ausgesiedelten Deutschen in Westdeutschland ergibt, lange Zeit grob vernachlässigt.“²¹¹ Die SED-Spitze gab den westdeutschen Kommunisten vor, mit welchen Forderungen sie für die Assimilierung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft zu kämpfen hatten. Das „Umsiedlerproblem“ in Westdeutschland müsse gelöst werden durch: 1. Eingliederung der „Umsiedler“ in den Arbeitsprozeß und durch den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit unter den Heimatvertriebenen, 2. Durchführung einer Bodenreform durch Enteignung des Bodens der Großgrundbesitzer, NS-Verbrecher und Nachkriegsgewinnler, 3. gerechte Wohnraumverteilung durch „Beschlagnahme von Großwohnungen der Kapitalisten und Naziverbrecher“, 4. Lastenausgleich auf Kosten der „Monopolkapitalisten, Kriegs- und Nachkriegsgewinnler, Naziverbrecher und Großgrundbesitzer“, 5. Bestrafung jeder „revisionistischen Hetze und Kriegspropaganda“ und Auflösung aller „kriegshetzerischen Organisationen, insbesondere der Landsmannschaften“, 6. „Popularisierung der Ergebnisse der Eingliederung der Umsiedler in der DDR“ und 7. Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Völkern, auch zur UdSSR und den volksdemokratischen Staaten.²¹²

Genau diese Forderungen fanden sich eineinhalb Jahre später im Katalog des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses“ (WFK) wieder.²¹³ Die SED-Führung verlegte sich zusammen mit der von ihr gesteuerten KPD im Laufe des Jahres 1951 auf die Taktik, den in der Bundesrepublik gerade entstehenden Vertriebenenverbände-Apparat gezielt mit einer kommunistisch gesteuerten Organisation zu unterwandern.²¹⁴ Zu dieser Tarnorganisation wurde der am 30. September 1951 in Karlsruhe gegründete „West-

²⁰⁸ SED-Parteivorstand: Die Lage der Umsiedler in Westdeutschland, 29. März 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 34.

²⁰⁹ Vgl. ebenda, Bl. 25.

²¹⁰ Vgl. Westkommission: Entwurf Umsiedler, 17. Oktober 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 54.

²¹¹ Ebenda, Bl. 55.

²¹² Vgl. SED-Parteivorstand: Die Lage der Umsiedler in Westdeutschland, 29. März 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 36, 37.

Der WFK produzierte eine reichliche Zahl an Propaganda-Denkschriften über die vollzogene Eingliederung der Umsiedler in Ostdeutschland und die katastrophale Lage der Flüchtlinge in Westdeutschland. Vgl. Denkschrift über die Lage der Flüchtlinge – Umsiedler, 16. Mai 1952, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5246.

²¹³ Vgl. Manifest des 1. Westdeutschen Flüchtlingskongresses in Karlsruhe, 30. September 1951, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/227, Bl. 1, 2.

²¹⁴ Vgl. Entschließung, August 1951, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 60, 61.

deutsche Flüchtlingskongreß“. Der Zeitpunkt dieser Gründung war günstig gewählt, denn die beiden bereits existierenden Vertriebenen Dachverbände – ZvD und VOL – lieferten sich heftige Auseinandersetzungen um die Verteilung von Finanzen, die parteipolitische Ausrichtung und Fragen einer möglichen Fusion. Beide Dachverbände und das Bundesvertriebenenministerium warnten von Anfang an zu Recht, daß es sich beim „Westdeutschen Flüchtlingskongreß“ um einen getarnten kommunistischen Verband handele.²¹⁵ Damit waren die Landsmannschaften, ihr Dachverband und der „Zentralverband vertriebener Deutscher“ in den Folgejahren erfolgreich. Sie hielten die übergroße Mehrheit der Vertriebenen vom WFK fern. Mitgliederzahlen gab der WFK nie bekannt. Die Zeitschrift des WFK „Westdeutsche Flüchtlingsstimme“ erreichte 1953 eine Auflage von 15000 und 1955 eine von 27000, was ungefähr der maximalen Zielgruppe entsprochen haben dürfte.²¹⁶ Auffällig war – und für die Initiatoren bezeichnend –, daß unter den Forderungen und Zielen des WFK weder die Problematik der Vertreibung noch die der Oder-Neiße-Grenze bzw. Bemerkungen zum „Recht auf Heimat“ Erwähnung fanden. In der kommunistischen Propaganda um die Vertriebenen in der Bundesrepublik verzichtete der WFK auf die Nutzung der Begriffe „Umsiedler“ und „Vertriebene“. Hier standen ausschließlich die Worte „Flüchtlinge“, „Ausgewiesene“ und „Schicksalsgefährten“ zur Verfügung.²¹⁷ Als Schlüsselfunktionäre des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses“ und als Verbindungsleute zur KPD bzw. nach Ost-Berlin zur SED-Führung fungierten Grete Thiele²¹⁸ und Walter Vesper²¹⁹, beide damals KPD-Bundestagsabgeordnete.²²⁰ Die Bundesgeschäftsstelle des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses“ befand sich in Frankfurt a.M., daneben gab es sieben Landesgeschäftsführungen und weitere Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse. Ein SED-Bericht von 1954 beschrieb den WFK und dessen Wirkung sehr einseitig, unterlegt mit Teilwahrheiten und handfesten Lügen. So behaupteten die Ost-Berliner Funktionäre, daß der größte Teil der aktiven Mitarbeiter des WFK Parteilose, Sozialdemokraten, BdV- und BHE-Mitglieder oder Funktionäre der Landsmannschaften aber keinesfalls Kommunisten seien. Da der „Flüchtlingskongreß“ mit seinen sozialen Forderungen besonders in den „Notstandsgebieten und Lagern der Flüchtlinge und Aus-

²¹⁵ Vgl. Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen, betr. Westdeutscher Flüchtlingskongreß, 12. September 1951, und ZvD Rundschreiben, 7. September 1951, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 7, Bl. 31, 32; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 311–317.

²¹⁶ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 313.

²¹⁷ Vgl. Verschiedene Druckschriften, 1951, 1952, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/227, Bl. 1–9.

²¹⁸ Grete Thiele (1913–1993), 1947–1949 KP Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen, Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949–1953, nach KPD-Verbot Redakteurin für den Deutschen Freiheitssender 904, der von Burg (bei Magdeburg) KPD-Propaganda für die Bundesrepublik ausstrahlte, 1968 maßgeblich an DKP-Gründung beteiligt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Grete_Thiele.

²¹⁹ Walter Vesper (1897–1978), 1919 KPD-Gründungsmitglied, 1933/34 KZ, Mitarbeiter im MKPD-Apparat, Prag, Moskau, Paris, ab 1942 in der französischen Résistance, 1945 KPD in Düsseldorf, 1948–1951 KPD-LV NRW, MdB 1949–1952, Übersiedlung in die DDR, bis 1959 Leiter der Westabteilung des NR der NF, dann Botschafter in Ungarn, dann in der ČSSR. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 874f.

²²⁰ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 313, 317.

gewiesenen“ wirke, habe er dort Einfluß und wachsenden Erfolg.²²¹ Tatsächlich aber blieben Wirkung und Einfluß des WFK unter den Vertriebenen in der Bundesrepublik äußerst marginal. Nach dem KPD-Verbot 1956 erfolgte 1958 auch das Verbot des WFK als kommunistische Tarnorganisation.²²²

Bekannteste WFK-Mitarbeiter waren Georg Herde²²³, der politisch-ideologische Kopf des Verbandes, und Alexandra Stolze²²⁴. Herde und Stolze beschäftigten sich ein Leben lang mit der Problematik der Vertriebenenverbände.²²⁵ Herde gründete 1958/60 die WFK-nahe Zeitschrift „Neue Kommentare“, Frankfurt am Main²²⁶, in der er aus kommunistischer Sicht und ideologisch-polemisch einseitig²²⁷ gegen die Vertriebenenverbände argumentierte. 1987 veröffentlichten Herde und Stolze eine Monographie über die Sudetendeutsche Landsmannschaft im SED-finanzierten Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.²²⁸

Aus der Rückschau des Jahres 1970 begründeten SED-Mitarbeiter der ZK-Abteilung „KPD-Arbeitsbüros“²²⁹ die Erfolglosigkeit und das Scheitern des WFK nicht mit eigenen Schwächen oder Fehleinschätzungen, sondern folgendermaßen: Die Bundesregierung „bedrohte alle ‚Vertriebenenverbände‘, die nicht mit der revanchistischen Linie der Adenauer-Politik [...] konform gingen, mit dem Entzug staatlicher Unterstützungen. Hinzu kam die erbitterte antikommunistische Hetzkampagne gegen den westdeutschen Flüchtlingskongreß. [...] So gelang es nicht, eine eigene mitgliederstarke anti-revanchistische Bewegung [...] zu gründen.“²³⁰ Die SED-Agitatoren blieben bei der Sichtweise, daß die in der Bundesrepublik existierenden Vertriebenenverbände, insbesondere die ostdeutschen Landsmannschaften, mit ihren Erinnerungstagen und -veranstaltungen und der immer wieder geförderten Hoffnung auf eine „Rückkehr in die alte Heimat“ den Vertriebenen das Heimischwerden im Nachkriegsdeutschland sehr erschwert hätten.²³¹

Das Thema Flüchtlinge und Vertriebene, Vertriebenenorganisationen und Vertriebenentreffen wurde für das Ministerium für Staatssicherheit 1955 wieder aktu-

²²¹ Vgl. Politische Arbeit unter den Flüchtlingen, 12. Februar 1954, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5681 a.

²²² Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 312f.

²²³ Georg Herde (1919–1989), geboren in Neisse/Schlesien, Publizist, 1958–1980 Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Kommentare“, sein Wirkungsfeld nach eigenen Angaben: „Revanchismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik“.

²²⁴ Alexandra Stolze (*1930), Journalistin, seit 1980 Mitarbeiterin in der Abteilung Neofaschismus bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA).

²²⁵ Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 318f.

²²⁶ Vgl. das Literaturverzeichnis.

²²⁷ Die kommunistische Prämisse ging davon aus, daß in der bundesdeutschen Gesellschaft mit den Vertriebenenverbänden eine „neofaschistische Gefahr“ laue, daß der Faschismus eine logische Konsequenz des kapitalistischen Systems war, daß die Bundesrepublik ein reaktionärer, tendenziell faschistoider Staat und die „antifaschistische“ DDR historisch weiter und vorbildhaft war.

²²⁸ Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987.

²²⁹ Diese SED-ZK-Abteilung war für die Lenkung und Kontrolle der KPD, dann DKP in der Bundesrepublik zuständig.

²³⁰ Vgl. Ergänzung zum Arbeitsmaterial Umsiedler, 27. August 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

²³¹ Vgl. Richtlinien für die Arbeit zur Lösung der Umsiedlerfrage, 20. Juli 1952, in: SAPMO-BA DY 16/488.

ell.²³² Im bürokratischen MfS-Sprachgebrauch hieß der Arbeits-Betreff „Berichte über Umsiedlertätigkeit“, „Umsiedlertreffen in Westberlin“ oder „Monatsberichte über Umsiedlerorganisationen“.²³³ MfS-Mitarbeiter leiteten eine RIAS-Meldung vom 7. Februar 1955 an ihren Staatssicherheitschef Staatssekretär Ernst Wollweber und dessen Stellvertreter Erich Mielke weiter, in der es hieß: „In diesem Jahr werden zahlreiche Veranstaltungen des ‚Bundes Vertriebener Deutscher‘ und des ‚Verbandes der Landsmannschaften‘ im Zeichen des Gedenkens an die Vertreibung aus der ostdeutschen Heimat vor 10 Jahren stehen. Die großen Treffen der einzelnen Landsmannschaften sind zu Pfingsten [...] geplant. Im Juli²³⁴ soll eine Großveranstaltung der Heimatvertriebenen in Berlin stattfinden.“²³⁵ 1955 jährte sich nicht nur der Vertreibungsbeschluss der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz, sondern auch zum fünften Mal die öffentliche Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen“.

Diese West-Berliner Rundfunkankündigung führte zu einzelnen, keineswegs aber größeren Aktivitäten des MfS auf dem Arbeitsgebiet „Umsiedlertätigkeit“²³⁶ obwohl für das Jahr 1955 Monatsberichte auf zentraler Ebene der Abteilungen V/3 zur Thematik „Umsiedler“ angefertigt wurden,²³⁷ die in dieser Form für die folgenden Jahre nicht nachweisbar sind. Die Monatsberichte der Staatssicherheitsverwaltung Groß-Berlin leiteten immer mit der Feststellung ein, daß über eine „Umsiedlertätigkeit“ im Osten Berlins keine Kenntnisse vorliegen. Einzig sei bekannt, daß Ost-Berliner und DDR-Bürger aus dem Berliner Umland an Treffen der Landsmannschaften und Heimatgruppen teilnahmen. „Die gesamte Umsiedlertätigkeit wird in den Westsektoren Berlins durchgeführt“²³⁸ – so lautete der wiederkehrende Befund. Die zuständigen MfS-Mitarbeiter hatten inzwischen verschiedene Einzelinformationen über die Vertriebenen-tätigkeit gesammelt. Monatlich würde jede ostdeutsche Landsmannschaft bzw. Heimatgruppe ein Treffen in West-Berlin organisieren. Um den DDR-Bürgern das Teilnehmen zu ermöglichen, fänden diese Zusammenkünfte jeweils an den Wochenenden statt. Der Ablauf der Landsmannschaftstreffen folge einem einheitlichen Schema: Der jeweilige Vorsitzende würde ein kurzes Referat halten, in welchem „Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die DDR getrieben“²³⁹ werde. Außerdem werde auf die alte Heimat verwiesen, die man nicht aufgeben solle, weil

²³² Routineanfragen gingen im Februar und April 1954 an die MfS-Bezirksverwaltung von Groß-Berlin. Sie sollte melden, welche Landsmannschaften bzw. Heimatgruppen sich in West-Berlin treffen würden und welche „GIs“ dorthin entsandt werden könnten. Vgl. Umsiedlerorganisationen, 13. Februar und 9. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 409, 422.

²³³ Vgl. Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74; Monatsbericht über Umsiedlerorganisation, 2. Februar 1955, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 427, 428; Umsiedlertreffen in Westdeutschland und Westberlin, 13. April 1955, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 344, 345.

²³⁴ Tatsächlich fand die Großkundgebung, „Tag der Deutschen“, am 10./11. September 1955 statt.

²³⁵ RIAS-Sendung, 7. Februar 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 430.

²³⁶ Vgl. Umsiedlertreffen in Westdeutschland und Westberlin, 13. April 1955, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 344, 345.

²³⁷ Es sind nur wenige dieser Monatsberichte (bisher) gefunden worden.

²³⁸ Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74.

²³⁹ Monatsbericht über Umsiedlerorganisation, 2. Februar 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 427.

man bald in diese zurückkehren würde. An diesen „ideologischen Veranstaltungsteil“ schließe sich das „gemütliche Beisammensein“ mit Kaffee und Kuchen, Vortrag von Liedern und Gedichten, Musik und Tanz an.²⁴⁰ Die Teilnehmer der Landsmannschaftstreffen kämen aus allen Bevölkerungsschichten, aber es überwiege der Teil älterer Frauen. „Der Funktionärskörper der Landsmannschaften setzt sich aus ehemaligen Geschäftsleuten, Gutsbesitzern und Beamten zusammen. Durch die ständige Beeinflussung mit Zeitschriften, Versammlungen und Vorträgen über die ehemalige Heimat werden die Menschen aufgefordert, für die Rückgewinnung ihrer Heimat zu kämpfen, dabei treibt man eine chauvinistische Hetze gegen das sozialistische Lager.“²⁴¹

Zum wiederholten Male forderte die MfS-Zentrale die Bezirksverwaltung von Ost-Berlin auf, über „getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedlerorganisationen und BHE“ zu berichten.²⁴² Es interessierte eine Zusammenstellung über Verhaftungen von „Umsiedlern“, die Mitglieder waren von bzw. in Verbindung standen mit Vertriebenenorganisationen in West-Berlin. Der Berichtszeitraum bezog sich auf die Jahre seit 1950.²⁴³ Da auf diese Aufforderungen der Zentrale bisher keine Berichte überliefert sind, kann angenommen werden, dass keine oder kaum justiziable Fälle existierten, in denen „ehemalige Umsiedler“ nur aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Mitgliedschaft in Vertriebenenorganisationen festgenommen wurden. Auch folgende „GI-Information“ hatten 1955 zu keinen Verhaftungen geführt: Ein MfS-Spitzel beobachtete regelmäßig, daß an bestimmten Tagen in der Zentrale des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, im „Haus der ostdeutschen Heimat“ in Berlin-Charlottenburg, Flugschriften, Zeitungen und Heimatblätter der Vertriebenen ausgegeben wurden. „In etwa zweieinhalb Stunden haben rund 200 Menschen, meist Jugendliche, das Haus mit leeren Aktentaschen betreten und mit vollen wieder verlassen. Nach Meinung des GI handelt es sich zum größten Teil um Personen aus dem demokratischen Sektor [Ost-Berlin]. Diese benutzen bei der Rückfahrt nur die U-Bahn“²⁴⁴ – so die aktenkundige Spitzelmeldung. Anweisungen des MfS, zusammen mit der Polizei den U-Bahnverkehr verstärkt daraufhin zu kontrollieren, führten zu keinem zeitnahen Ergebnis und zu keinen Verhaftungen.²⁴⁵

Parallel zur geheimdienstlichen Beobachtung der organisierten Vertriebenen in West-Berlin begann die SED-Bezirksverwaltung Berlin im Juli 1955 mit der Planung einer straffen Propagandakampagne gegen die Vertriebenenengroßveranstaltung „Tag

²⁴⁰ Vgl. ebenda, Bl. 427, 428.

²⁴¹ Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74; vgl. An die SED-Bezirksleitung, 7. Juli 1955, in: ebenda, Bl. 60.

²⁴² Bericht: Über getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedler, 21. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 440; vgl. auch schon 1954: sogenannter „Bund der Heimatvertriebenen“ und „Deutsche Jugend des Ostens“, 13. Februar und 9. April 1954, in: ebenda, Bl. 409, 422.

²⁴³ Vgl. Bericht: Über getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedler, 21. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 440.

²⁴⁴ Ein GI-Bericht, o. D. (1955), in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 59.

²⁴⁵ Vgl. ebenda.

der Deutschen“²⁴⁶ am 10./11. September 1955 in West-Berlin.²⁴⁷ Als Organisatoren dieses Treffens zeichneten der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ und der Verband der Landsmannschaften.²⁴⁸ Die SED-Agitatoren hatten eine erste Analyse über die Existenz und die Tätigkeit der Landsmannschaften erstellt und einige Fakten zusammengetragen. Nach West-Berliner Statistik von 1954 sollten unter den 2,2 Millionen West-Berlinern 158 000 (7 Prozent) Flüchtlinge und Vertriebene sein.²⁴⁹ Die SED-Funktionäre hatten beobachtet, daß 14 ostdeutsche Landsmannschaften aktiv arbeiteten und eine überaus rege Versammlungstätigkeit entwickelten. Diese überträfe die der Parteien SPD und CDU und auch die der Gewerkschaften deutlich. Allein im Mai 1955 hätten 158 Heimatkreis-Versammlungen der Landsmannschaften stattgefunden mit jeweils zirka 60 bis 150 Teilnehmern. Man könne mit rund 10 000 Personen rechnen, die ständig Vertriebenenentreffen in West-Berlin besuchten. Unter den Besuchern der Treffen kämen 30 Prozent aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR. Die in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen stammten „vorwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten“, rund 40 Prozent seien jünger als 40 Jahre alt.²⁵⁰ Als zentralen Sammelpunkt der Vertriebenen des (West)-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Rojek (CDU) benannten die Ost-Berliner Funktionäre das „Haus der ostdeutschen Heimat“ in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83. Auch die SED-Funktionäre waren von einer sehr engen Verbindung der Landsmannschaften mit „Westberliner Spionageorganisationen“ wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ überzeugt.²⁵¹

Das SED-Urteil über die Landsmannschaften und den Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen fiel durchweg negativ aus: Die genannten Vertriebenenverbände seien durch „gesteigerte chauvinistische Hetze [...] gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und gegen die Länder der Volksdemokratien“ aufgefallen. „Die Teile der Bevölkerung, die durch den verbrecherischen Hitler-Krieg ihre Heimat verloren haben, [...] werden benutzt, um [...] dem deutschen Militarismus und den Revanchepolitikern als [künftiges] Kanonenfutter“ zu dienen.²⁵² In allen Druckschriften der Lands-

²⁴⁶ „Tag der Deutschen“ bzw. ab 1956 „Tag der Heimat“ ist bis heute ein Gedenktag in der Bundesrepublik, der jährlich begangen wird. Er geht zurück auf die Kundgebung in Stuttgart am 6. August 1950 der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Die Verkündung der Charta erfolgte bewußt in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Potsdamer Abkommens (2. August 1945). Der „Tag der Heimat“ findet meist am ersten bzw. zweiten Sonntag im September mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin statt.

²⁴⁷ Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 385–393.

²⁴⁸ Vgl. Programmabschrift „Tag der Deutschen“, Berlin, 10./11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 62–66.

²⁴⁹ Zur Ergänzung: 1950 lebten in Ost-Berlin rund 55 300 Flüchtlinge und Vertriebene, das entsprach einem Bevölkerungsanteil von knapp fünf Prozent. Vgl. Mdl: Zusammenstellung der gesamten Heimkehrer, Zivilinternierten und Umsiedler, 9. Januar 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/392.

²⁵⁰ Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 386.

²⁵¹ Vgl. ebenda, Bl. 387.

²⁵² Ebenda, Bl. 385.

mannschaften werde „der Revanche das Wort geredet. In allen Bereichen wird die Forderung erhoben: Es gibt nur eine Lösung – gebt uns unsere Heimat wieder.“²⁵³

Die SED-Agitatoren der Ost-Berliner Bezirksverwaltung beschlossen am 14. Juli 1955, den „ideologischen Kampf gegen den Chauvinismus in den Landsmannschaften“ und gegen das geplante Treffen der Landsmannschaften am 11. September 1955 zu führen.²⁵⁴ Sie setzten eine Reihe von Maßnahmen fest. Zunächst mußten Informationen beschafft werden durch den Besuch von zirka 40 Heimatkreis-Zusammenkünften der Landsmannschaften in West-Berlin. Anhand der dort gesammelten Materialien wollte man beweisen, daß das geplante Landsmannschaftstreffen die politische „Atmosphäre der Verständigung“ zwischen Ost und West störe, „chauvinistische Revanche-Hetze“ betreibe und die kriegsvorbereitenden „Aggressionspläne der ostelbischen Junker und Monopolisten“ unterstütze.²⁵⁵ Zeitungsartikel, Interviews, Karikaturen, Reportagen und sogar Kurzfilme mit diesen Inhalten sollten ab sofort laufend in Presse, Rundfunk, Kino und sogar im Theater erscheinen. Auch sollten ausgewählte „DDR-Umsiedler“ als SED-Agitatoren zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin entsandt werden.²⁵⁶ Ob diese ganze Palette an Maßnahmen umgesetzt werden konnte, ist fraglich. In ostdeutschen Tageszeitungen oder illustrierten Zeitschriften dieser Wochen und Monate fanden sich keine Spuren der geplanten Aktivitäten.²⁵⁷ Vielleicht verschwiegen die Verantwortlichen im September 1955 lieber die Vertriebenengroßveranstaltung in West-Berlin, um durch Nicht-Information die DDR-Teilnehmerzahl dort so gering wie möglich zu halten. Wurde im Folgejahr über Landsmannschaftstreffen in West-Berlin berichtet, bauten die SED-Agitatoren in der Presse die Drohkulisse auf, daß „Gruppen von Agentenwerbern“ auf die „ehemaligen Umsiedler“ aus der DDR angesetzt seien, um diese als Spione für westliche Geheimdienste zu werben und um sie zur „Feindtätigkeit gegen die DDR“ zu erpressen.²⁵⁸ Die Staatssicherheitsoffiziere der Ost-Berliner Verwaltung hatten keine öffentliche Propaganda-Offensive gegen die Vertriebenenverbände im Sinn. Ihre Tätigkeit lag im verdeckten Beobachten und Agieren. So machten sie alle Trefflokale der einzelnen Heimatkreise jeder Landsmannschaft für den „Tag der Deutschen“ in West-Berlin aus und sandten einzelne „Geheime Informanten“ zu ausgewählten Veranstaltungen. Die

²⁵³ Ebenda, Bl. 389.

²⁵⁴ Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 390, 391.

²⁵⁵ Vgl. ebenda, Bl. 391.

²⁵⁶ Vgl. ebenda, Bl. 392, 393.

²⁵⁷ Vgl. BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners, Ausgabe Juli bis Oktober 1955 (7. Jg.) enthielt keinen einzigen Artikel. Keine Artikel, Kommentare oder Karikaturen in der satirischen Zeitschrift „Eulenspiegel“, Berlin (Ost) von Juli bis September 1955 (10. Jg.) oder in der Zeitschrift „Wochenpost“ von Juli bis September 1955 (2. Jg.). Das Neue Deutschland druckte zwei kurze Artikel in eingübter Propaganda-Manier: Kein Platz für Ostlandreiter in Berlin, in: ND, 8. September 1955, S. 1, und Die Revanchepolitiker zurückschlagen!, in: ND, 9. September 1955, S. 2.

²⁵⁸ Vgl. Revanchehetze und Agentenwerbung, in: ND, Berlin (Ost) 7. September 1956, S. 2; Agentenwerbung auf Umsiedlertreffen, in: Neue Zeit, Berlin (Ost), 7. September 1956, S. 2; Kaisers Programm für Umsiedlertreffen: Revanchehetze und Agentenwerbung, 1959, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 370–372.

Landsmannschaft der Danziger und die der Baltendeutschen hatten gemäß ihrer geringen Mitgliederzahl in West-Berlin nur jeweils ein Trefflokal, die Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark hingegen wies 20 Heimatkreis-Trefflokale aus. Die Ostpreußen kamen auf 22 Heimatkreise mit ihren jeweiligen Trefflokalen, die Pommerische Landsmannschaft auf fünf, die Schlesier auf vier, die Sudetendeutschen, die Westpreußen, die Landsmannschaft Wartheland auf jeweils eine Heimatgruppe und die Deutschen aus Rumänien und aus Jugoslawien trafen sich gemeinsam zur Heimatgruppe „Südostdeutsche“ ebenfalls in einem Trefflokal.²⁵⁹ Weitere Landsmannschaften waren 1955 in West-Berlin nicht organisiert. Nur ein Bericht eines MfS-Spitzels, der über die zentrale Kundgebung vom „Tag der Deutschen“ informierte, ist (bisher) überliefert.²⁶⁰ Dieser beschrieb die Veranstaltung und deren Ablauf nüchtern und zurückhaltend. Die Waldbühne wäre mit zirka 15 000 Besuchern zu 80 Prozent gut besetzt gewesen. Die einzelnen Landsmannschaften hätten blockweise gesessen und seien gut zu unterscheiden gewesen. Als Redner traten Alfred Rojek, Vorsitzender des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, Georg Baron Manteuffel-Szoego, Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften (VDL), Otto Suhr, Regierender Bürgermeister von West-Berlin, und Alfred Gille, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, vor das Mikrophon. Rojeks Ansprache hätte unter der Losung „Freiheit, Recht und Frieden“ gestanden. Er habe öffentlich erklärt, Krieg und Hass abzulehnen, aber auch bemerkt, daß „der Osten unfrei und in Unterdrückung“ lebe. „Alle Landsmannschaften lehnen den Faschismus ab. Alle Redner, welche zur Kundgebung sprachen, vermieden es, eine öffentliche Hetze zu betreiben“ – so schloß der Spitzelbericht.²⁶¹

Andere Informanten der MfS-Verwaltung von Ost-Berlin hatten in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 das „Haus der ostdeutschen Heimat“ näher auszuspionieren. Wichtig waren dem MfS die Informationen, wie man als Besucher in das „Haus“ hinein kommt, auf welchen Etagen und in welchen Zimmern die einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften und Heimatkreise ihre Büros hatten, was vor sich geht, wenn man einer Landsmannschaft beitreten will, worüber man bei der Aufnahme Auskunft geben muß und mit welchen Fragen man dort konfrontiert wird.²⁶²

Andere hauptamtliche MfS-Mitarbeiter fertigten 1956 eine erste umfassendere Expertise mit 115 Seiten über die „Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin“ an.²⁶³ Diese Expertise macht den relativ guten Erkenntnisstand im MfS über die Entstehung und Gründung der Vertriebenenorganisationen deutlich. Ein Schwerpunkt beruhte auf der

²⁵⁹ Vgl. Abschrift „Tag der Deutschen“, Berlin, 10./11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 67–69.

²⁶⁰ Vgl. Bericht des „GM Biermann“ über die Kundgebung in der Waldbühne, 11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 73.

²⁶¹ Ebenda.

²⁶² Vgl. GI-Bericht „Prauser“ vom 4. November 1955 und vom 11. Dezember 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 75, 76, 78.

²⁶³ Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 2–118.

Analyse des Gesamtvorstands des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen und auf der Struktur und personellen Besetzung des „Hauses der ostdeutschen Heimat“ in Berlin-Charlottenburg. Umfassend dokumentiert wurden jene Landsmannschaften mit ihren Heimatkreisen und den jeweiligen Vorständen, die sich in West-Berlin bis 1956 konstituiert hatten. Das waren insgesamt acht Landsmannschaften, und zwar die Schlesische und die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark, die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen, die Pommersche Landsmannschaft, die der Baltendeutschen und die Landsmannschaft Wartheland. Als kleinere Gruppen hatten sich noch die Vertriebenen aus Danzig und die Deutschen aus Rumänien zusammengeschlossen.²⁶⁴ Das MfS listete alle ihm bekannt gewordenen Druckerzeugnisse mit den Herausgebergremien der Vertriebenenverbände auf²⁶⁵, und es gab Skizzen über Struktur und personelle Zusammensetzung der zentralen Dachverbände, des „Bundes Vertriebener Deutscher“ in Bonn und des „Verbandes der Landsmannschaften“ ebenfalls in Bonn. Weiter thematisierte die Studie, wie die Staatssicherheit die Methoden der Landsmannschaften sah, die Vertriebenen in Ost und West politisch zu beeinflussen, wie man diese sogenannte Feindtätigkeit abwehren könne und welche geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Vertriebenenverbände zu organisieren sei.²⁶⁶ Diese Ost-Berliner Expertise ging an alle MfS-Bezirksverwaltungen. Sie diente als Arbeitsgrundlage auf dem Sachgebiet „Umsiedlertätigkeit“. Die Anweisung aus Berlin an die Bezirke lautete: „Mit Hilfe [...] aller Bezirksverwaltungen muß es uns auf Grund der Herausgabe dieses Materials gelingen, in Zukunft eine umfassende Sachakte über die Landsmannschaften und Umsiedlerverbände anzufertigen, um dadurch die operative Arbeit noch mehr zu aktivieren.“²⁶⁷

Zutreffend beschrieb man die Zuständigkeit des Bundesvertriebenenministeriums und des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen für die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik, die sich zu Beginn der 1950er Jahre in zwei große Dachverbände zusammengeschlossen hatten: in den „Bund Vertriebener Deutscher“ mit seinem zentralen Sitz in Bonn und unter dem Vorsitz von Dr. Linus Kather sowie in den „Verband der Landsmannschaften“ mit seinem Sitz ebenfalls in Bonn unter Dr. Georg Baron Manteuffel-Szoegge²⁶⁸. Man verwies auf die Existenz der Vertriebenen-Jugendorga-

²⁶⁴ Vgl. ebenda, Bl. 44–90.

²⁶⁵ Acht Zeitungen mit überregionaler Bedeutung: 1. Wochenzeitung „Ost-West-Kurier“, Frankfurt a.M.; 2. Wochenzeitung „Die Stimme“, Hamburg; 3. Monatlich „Ostdeutsche Nachrichten“, West-Berlin; 4. „Der Pfeil“, Zeitschrift der Deutschen Jugend des Ostens, Bonn; 5. Monatliches „Mitteilungsblatt der Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher, München; 6. „Notruf“, West-Berlin; 7. „Der Heimkehrer“, Stimme der Kriegsgeneration, Bonn, und 8. „Der Flüchtling“, erscheint 14tägig, Organ des Zentralverbandes politischer Ostflüchtlinge und Ostgeschädigter, West-Berlin. Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 101–115.

²⁶⁶ Vgl. ebenda.

²⁶⁷ Vorwort, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 1.

²⁶⁸ Dr. Georg Baron Manteuffel-Szoegge (1889–1962), Verwalter des Familienbesitzes in Zabłudow bei Białystok, nach deutscher Besetzung Polens 1939 vom Gut vertrieben, dann Tätigkeit im Auswärtigen Amt, 1942–1945 Treuhänder auf eigenem Besitz in Ost-Polen, 1945 Heimatvertriebener in Bayern, 1950–1953 Präsident des Hauptamts für Soforthilfe in Bad Homburg, ab 1950 Vorsitz der

nisation, die „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO)²⁶⁹, und spezifische Vertriebenen-Berufsvereinigungen, z. B. die „Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher“.²⁷⁰

Die MfS-Autoren hatten zwei zentrale Methoden der Landsmannschaften zur Einflußnahme auf die Vertriebenen ausgemacht: die Beeinflussung der „Umsiedler“ durch Druckerzeugnisse der Vertriebenenverbände und die durch regelmäßige Zusammenkünfte der „Umsiedler“ in den einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften und Heimatkreisen. Beide Methoden zielten darauf, so die Überzeugung der Staatsicherheit, mit dem Einsatz des Heimatbegriffs und der Heimatgefühle, über die „Schilderungen von angeblichen Greueltaten bei der Aussiedlung“, über Berichte vom „Verfall der Häuser und Gemeinden, über unbestellte Felder“ sowie über die völlige Unterbevölkerung größerer Teile der ehemals deutschen Ostgebiete fortwährend alte Wunden wieder aufzureißen, um die Vertriebenen zum „Zwecke der Völkerverhetzung zu mißbrauchen“. „Heimatblätter [...] und Heimattreffen [...] erfüllen das Ziel, die Umsiedler [...] als geschlossenen separaten Block zu erhalten und eine Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung oder eine Assimilierung in die neuen Verhältnisse zu verhindern.“²⁷¹ Nur so gelänge es, möglichst viele Vertriebene im Sinne der „Adenauerschen Ostpolitik“, der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen zu beeinflussen.²⁷²

Um die „Feindtätigkeit“ der Landsmannschaften zu demonstrieren, das „Haus der ostdeutschen Heimat“ als „Feindzentrale“ herauszustellen, listeten die MfS-Funktionäre einzelne Fälle von „Zersetzungstätigkeit auf dem Gebiet der DDR“ und „Unterstützung ausländischer Geheimdienste“ durch „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR auf, die über West-Berliner Landsmannschaftsfunktionäre angeworben worden waren.²⁷³ In sieben Punkten formulierten die Staatssicherheitsmitarbeiter Maßnahmen,

Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1954–1958 VdL-Vorsitz, 1958/59 mit Linus Kather Vorsitz des BdV, CDU-Mitglied und MdB von 1953–1962. Vgl. *Wer ist wer?*, Berlin (West) 1962, S. 962.

²⁶⁹ Deutsche Jugend des Ostens (DJO) wurde im April 1951 als Jugendorganisation der Vertriebenenverbände, später des BdV, gegründet und trägt seit 1974 den Namen DJO – Deutsche Jugend in Europa. In den frühen Jahren setzte sich die DJO ein für die Pflege der Kultur, Sprache und Gebräuche bei Kindern und Jugendlichen, die aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten stammten. Sie propagierte das „Selbstbestimmungsrecht für Volksgruppen“ sowie das „Recht auf Heimat“. Später war die Organisation bestrebt, eine Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa einzunehmen. Vgl. *Handbuch. BdV*, S. 227f.

²⁷⁰ Vgl. *Methoden, Struktur, Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland*, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 2–8.

²⁷¹ Ebenda, Bl. 23, 24.

²⁷² Vgl. ebenda, Bl. 6.

²⁷³ Die Schilderung solcher Beispiele sah sehr allgemein aus, wie beispielsweise so: „Im Oktober 1955 wurde ein Vorgang liquidiert, der sich gegen den ehemaligen Umsiedler aus der ČSR, [N.N. Name von BStU geschwärzt], geboren 1898 in Teplitz-Schönau, heute wohnhaft in Erfurt, richtete. [N.N.] unterhielt seit Jahren Verbindungen zum Schatzmeister der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Westberlin, Franz Wächter, und zum Vorsitzenden der Kreisgruppe ‚Mittelgebirge‘ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Zoufal. [N.N.] übergab [...] diesen beiden Adressen von ehemaligen Umsiedlern aus der ČSR, die jetzt im Gebiet der DDR wohnhaft sind. Diese Anschriften wurden dann dem amerikanischen Geheimdienst übergeben. [...] Dieser angeworbene Personenkreis stammte vorwiegend aus Teplitz-Schönau/ČSR und wurde unter dem Vorwand geworben, eine Tat zu vollbringen, um früher in die alte Heimat zurückzukommen.“ Ebenda, Bl. 26, 27.

die die MfS-Bezirksverwaltungen auf dem Arbeitsgebiet „Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände“ unmittelbar umzusetzen hatten. Zuvor mußten die Verantwortlichen jedoch ungeschminkt eingestehen: „Eine Bearbeitung hinsichtlich der Landsmannschaften bzw. Umsiedlerkreise findet nicht statt.“²⁷⁴ Sie schlußfolgerten auch, daß die Verbände der Landsmannschaften große Teile aller „Umsiedler“ aus den ehemaligen deutschen Gebieten in Westdeutschland und Westberlin erfassen und unter ihren „reaktionären Einfluß“ bringen würden. Gleiches versuche man mit den „ehemaligen Umsiedlern“ im Gebiet der DDR.²⁷⁵ Die MfS-Offiziere wiesen an, die Geheimdienstarbeit auf der „Linie Umsiedler“ auf folgendes auszurichten: 1. Die MfS-Bezirksverwaltungen haben sich umgehend einen Überblick über alle im Bezirk bestehenden „Umsiedlerkonzentrationen“ zu verschaffen. 2. Die MfS-Kreis- und Bezirksorgane sollten mögliche „Umsiedlerzusammenkünfte“ im öffentlichen Raum (Gaststätten, Kirchen usw.) bzw. in Privaträumen erkennen, die Organisatoren der Treffen ausmachen und unter Beobachtung stellen sowie eventuell vorhandene Verbindungen zu organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland aufdecken. Alle Erkenntnisse mußten der Zentrale in Berlin zugeleitet werden.²⁷⁶ 3. Die Suche nach geeigneten „Geheimen Mitarbeitern (GM)“ und „Geheimen Informatoren (GI)“²⁷⁷ sei wesentlich zu intensivieren. Bevorzugtes Interesse habe man an „ehemaligen Umsiedlern aus bürgerlichen Kreisen“. Der Grund: Es konnte festgestellt werden, „daß den [...] Landsmannschaften, Heimatkreisen usw. hauptsächlich bürgerliche Menschen wie ehemalige Großgrundbesitzer, Unternehmer, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Lehrer, Akademiker, Beamte oder Geschäftsleute vorstehen. [...] Deshalb finden [...] bürgerliche Menschen entschieden mehr Anklang bei den Landsmannschaften und sind daher in der Lage, [...] mehr in Erfahrung zu bringen.“²⁷⁸ 4. Kommunistische „Alt-Kader“ und SED-Funktionäre, die aus Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze stammten, sollten systematisch nach verwandtschaftlichen Verhältnissen befragt werden, ob es unter ihren Verwandten und Bekannten in Westdeutschland organisierte Vertriebene bzw. Vertriebenenfunktionäre gebe, die zur Beschaffung von Informationen ausgenutzt werden könnten bzw. eine „Perspektive zur Anwerbung“ böten. 5. Die verantwortlichen MfS-Mitarbeiter riefen ihre Kollegen der Bezirksverwaltungen auf, die Arbeit auf der „Linie Umsiedler“ mit den anderen MfS-Abteilungen besser zu koordinieren. Sie verstanden darunter auch, „GM’s“ aus den Massenorganisationen

²⁷⁴ Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 40.

²⁷⁵ Ebenda.

²⁷⁶ Vgl. ebenda, Bl. 41.

²⁷⁷ Der „GM“ war ein inoffizieller Mitarbeiter, der durch Kontakte mit „feindlichen Personen“ den Organen des MfS wertvolle Informationen über „illegale und antidemokratische [...]“ Tätigkeiten verschaffen konnte. Ein „GI“ war ein inoffizieller Mitarbeiter, der aufgrund seiner Fähigkeiten bzw. seiner politischen/gesellschaftlichen Stellung in der Lage war, dem MfS interessante Angaben zu beschaffen. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 35f.

²⁷⁸ Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 42.

oder den bürgerlichen Parteien CDU, LDPD, die „ehemalige Umsiedler“ waren, für Spitzeldienste anzuwerben. 6. Besondere Aufmerksamkeit galt der Beobachtung und Ermittlung von DDR-Bürgern, die „Umsiedler“ waren und regelmäßig an Treffen ihrer Landsmannschaften bzw. Heimatkreise in West-Berlin bzw. Westdeutschland teilnahmen. Und 7. erging an die MfS-Bezirksverwaltungen die Aufforderung, die „Schaffung von Geheimen Hauptinformatoren (GHIs)“ bei der operativen Bearbeitung“ der Vertriebenenverbände als Hauptaufgabe anzusehen.²⁷⁹ Ein „Geheimer Hauptinformator“ war eine Kategorie eines inoffiziellen Mitarbeiters, der seine besondere Qualifikation und unbedingte Zuverlässigkeit bereits bewiesen hatte und in der Lage war, konspirative Verbindungen zu anderen Informatoren aufrechtzuerhalten.²⁸⁰ Man suchte nach „ehemaligen Umsiedlern“, die gefestigte SED-Mitglieder waren, die die „Bedeutung und Richtigkeit der Oder-Neiße-Friedensgrenze“ anerkannt hatten, aber auch mit dem Milieu ihrer Landsleute, mit der Sprache und Kultur, vertraut waren.²⁸¹ In der geheimdienstlichen Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf der „Linie Umsiedler, Umsiedlerverbände und Landsmannschaften“ wurde 1955/56 nicht generell getrennt zwischen der „Aufklärung“ der „Umsiedlerkonzentrationen“ in der DDR bzw. der „Aufklärung“ der Vertriebenenverbände in West-Berlin und Westdeutschland einerseits und der „Abwehr“ der Verbindungen bzw. des Hineinwirkens der Landsmannschaften, des VdL und des BVD, zu den „ehemaligen Umsiedlern“ in der DDR andererseits.

Die einzelnen MfS-Bezirksverwaltungen befaßten sich ab Mitte der 1950er Jahre verstärkt damit, aus dem Kreis der „ehemaligen Umsiedler“ Spitzel zu werben. Vorzugsweise konzentrierte man sich auf solche „Umsiedler“, die aufgefallen waren, weil sie zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin fuhren. Die MfS-Bezirksverwaltung Rostock beispielsweise bearbeitete zwischen September und November 1956 13 Fälle von Einwohnern ihres Bezirks, die zum „Tag der Heimat“ am 8. und 9. September 1956 in West-Berlin weilten und mit größter Wahrscheinlichkeit an der Vertriebenenveranstaltung teilgenommen hatten. Aber es glückte in keinem einzigen Fall, einen neuen „Geheimen Informanten in Richtung Umsiedler“ anzuwerben. Es gelang nicht, einzelnen Männern bzw. Frauen aus Rostock, Greifswald, Wolgast, Doberan oder Züssow eine Teilnahme an Vertriebenentreffen in West-Berlin tatsächlich nachzuweisen und sie damit unter Druck zu setzen. Andere schienen für eine „Werbung“ nicht geeignet. In einem Fall wurde der ins Visier genommene „Umsiedler“ „republikflüchtig“.²⁸² So leicht schien eine „GI“-Suche und Anwerbung für das MfS nicht gewesen zu sein. Sie blieb eine ständige Aufgabe. Ganz ohne Erfolg waren aber die „Werbungen“ nicht. Die MfS-Bezirksverwaltung von Groß-Berlin konnte zum „Tag

²⁷⁹ Vgl. ebenda, Bl. 42, 43.

²⁸⁰ Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 35.

²⁸¹ Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 43.

²⁸² Vgl. Anwerbung in Richtung „Umsiedler“ und „Tag der Heimat“ am 8./9. September 1956 in Westberlin, 19. September, 8. und 23. Oktober, 1., 26. und 28. November 1956, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 328–341.

der Heimat“ und den dortigen Landsmannschafts- und Heimatkreistreffen am 4. September 1960 in West-Berlin immerhin 124 „Geheime Informanten“ schicken.²⁸³

Von besonderem Interesse und Wert für die Staatssicherheit waren aber Spitzel, die in herausgehobener Stellung in West-Berliner oder westdeutschen Vertriebenenorganisationen saßen.

4. „GM Kuhnert“ im West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen

Das DDR-Ministerium für Staatssicherheit hatte 1954 einen Angestellten im „Haus der ostdeutschen Heimat“ ins Visier genommen. Dabei handelte es sich um Heinz Gellner, der zeitweise als Geschäftsführer beim West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ wirkte²⁸⁴ und direkt unter Leitung des 1. Vorsitzenden des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Alfred Rojek arbeitete.²⁸⁵ Der Vertriebenenfunktionär Gellner erhielt von der Staatssicherheit den Decknamen „Kuhnert“.²⁸⁶

Heinz Gellner, am 11. Oktober 1919 geboren, aus Breslau in Schlesien stammend, lebte nach 1945 in West-Berlin und arbeitete seit 1949/50 im „Haus der ostdeutschen Heimat“. Dort war er als Geschäftsführer des Landesverbands der Vertriebenen in West-Berlin tätig. Er organisierte auch die sogenannte West-Ost-Hilfe, die vorzugsweise darin bestand, Zeitungen, Informationsmaterialien und andere Drucksachen der organisierten Vertriebenen nach Ost-Berlin und in die DDR zu schleusen und dort an die „ehemaligen Umsiedler“ verteilen zu lassen. Im MfS-Jargon hieß das: Gellner war „Vertriebsleiter für Hetzbroschüren, die über Kuriere in die DDR verschickt wurden“.²⁸⁷ Auch war er im „Haus der ostdeutschen Heimat“ zuständig für die Betreuung der „Umsiedler“ aus der DDR, die zu Veranstaltungen der Vertriebenen nach West-Berlin kamen.²⁸⁸ 1950 bis 1952 engagierte sich Gellner als Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone“ (AVS). Diese Arbeitsgemeinschaft schien ein zeitweiliger organisatorischer Zusammenschluß der Flüchtlinge und Vertriebenen gewesen zu sein, die in der DDR und

²⁸³ Vgl. Aufstellung von IM der Verwaltung Groß-Berlin zum „Tag der Heimat“ nach Westberlin, 31. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224–233. Dazu unten ausführlich.

²⁸⁴ Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 387.

²⁸⁵ Weitere biographische Daten sind nicht bekannt und konnten bisher auch nicht ermittelt werden. Vgl. Abschlußbericht Heinz Gellner, Deckname „Kuhnert“, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Band 8, Bl. 164–172.

²⁸⁶ Vgl. Abschlußbericht GM „Kuhnert“, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 164.

²⁸⁷ Vorschlag zur Werbung eines GI, 24. November 1955, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 9, Bl. 17.

²⁸⁸ Vgl. Mitarbeiterbesprechung im „Haus der ostdeutschen Heimat“, 2. April 1952, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 7, Bl. 49.

Ost-Berlin lebten und dort unter Organisationsverbot standen. Die AVS hatte seine Vertretung auch im „Haus der ostdeutschen Heimat“.

Als Sprecher dieser Arbeitsgemeinschaft war Gellner u. a. im April und Mai 1952 in das Notaufnahmeverfahren von Thekla Kather einbezogen. Thekla Kather, geboren am 3. Januar 1880 in Prossitten/Ermland, war eine Schwester von Linus Kather, dem Vorsitzenden des „Bundes Vertriebener Deutscher“, der zu dieser Zeit im Ersten Deutschen Bundestag saß. Thekla Kather lebte nach ihrer Vertreibung 1945 in Mecklenburg, in Zedenick/Kreis Templin, und hatte dort bis zu ihrer Pensionierung 1949 in ihrem erlernten Beruf als Lehrerin gearbeitet. Sie war unverheiratet und hatte demnach keine eigene Familie. Nach ihrer Pensionierung zog sie 1951 nach West-Berlin und beantragte dort die Notaufnahme, die Anerkennung als politischer Flüchtling und (vermutlich) die Zuzugsgenehmigung in die Bundesrepublik, nach Bonn.²⁸⁹ Heinz Gellner fertigte im Mai 1952 das Gutachten für die Bundesnotaufnahme der Thekla Kather. Darin bescheinigte er, daß allein ihre Verwandtschaft und der damit verbundene persönliche Kontakt zu ihrem Bruder Linus Kather, dem Vorsitzenden des BVD und CDU-Bundestagsabgeordneten, ausreiche, um sie in der DDR polizeilichen Verfolgungen auszusetzen. Im Gutachten formulierte er: „Da auf Anordnung [...] im Staatssicherheitsministerium die Überwachung der Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone auf das schärfste [...] erfolgt und insbesondere die Briefe aus der Bundesrepublik einer scharfen Zensur unterworfen werden, ist die persönliche Gefährdung der Antragstellerin unbedingt gegeben, da allein eine briefliche Korrespondenz mit ihrem Bruder in Westdeutschland die Grundlage für eine Verurteilung bzw. Inhaftierung wegen des Verstoßes gegen das sogenannte Friedensschutzgesetz gegeben ist.“²⁹⁰ Es ist anzunehmen, daß Thekla Kather den Status des politischen Flüchtlings im Bundesnotaufnahmeverfahren zugestanden bekam. Durch diese Angelegenheit wurde Heinz Gellner mit Linus Kather lose bekannt.²⁹¹

Den Posten des Geschäftsführers des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ mit Sitz im „Haus der ostdeutschen Heimat“ hatte Heinz Gellner mutmaßlich bis 1955 inne. Warum er diese Position verlor, ist ungeklärt. Es ist anzunehmen, daß es um Unstimmigkeiten bei Finanzabrechnungen ging.²⁹² Die Ost-Berliner MfS-Verwaltung wurde, wie oben angemerkt, 1954 auf Heinz Gellner aufmerksam. Ein bereits für das MfS arbeitender West-Berliner Agent, genannt „GM Mäcki“, machte seine Ost-Berliner Auftraggeber auf Gellner und dessen organisatorische Tätigkeit im illegalen Vertrieb von Vertriebenenzeitungen in die DDR aufmerksam und lieferte

²⁸⁹ Vgl. Brief Linus Kather an Alfred Rojek, 17. April 1952, und Gellner an Rojek, 21. Mai 1952, und Meldekarte West-Berlin (Berlin-Lichterfelde), 21. Mai 1952, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 4, Bl. 99, 102, 103.

²⁹⁰ Gellner, Sprecher des AVS, Gutachten, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 4, Bl. 100, 101.

²⁹¹ Alle diese Unterlagen wird Heinz Gellner dem MfS nach seiner Anwerbung ausgehändigt haben.

²⁹² Im MfS-Dossier hieß es dazu: „Er [Kuhnert] war in mehrere zweifelhafte Unternehmungen in Westberlin verstrickt, die zu politischen Prozessen in Berlin-Moabit geführt haben; der letzte war erst im Oktober/November 1957 [Prozeß von BStU geschwärzt], wo er als ehemaliger Angehöriger des englischen Geheimdienstes als Zeuge vernommen wurde.“ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 169.

Hinweise für die „äußerst schwierige wirtschaftliche Lage“ Gellners. Die MfS-Verwaltung Berlin beschloß, Gellner „operativ zu bearbeiten“, um ihn als Spitzel zu werben. Das gelang im Laufe des Jahres 1955 über den Umweg, zuerst die Ehefrau Gellners anzuwerben. In den MfS-Unterlagen erhielt sie den Decknamen „Gisela“.²⁹³ Diese erklärte in einem Gespräch im November 1955 gegenüber ihrem MfS-Führungsoffizier, daß „sie [die Eheleute Gellner] sich in außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befänden, daß ihr Mann aufgrund seiner Weigerung, für den amerikanischen Geheimdienst zu arbeiten, aus der Arbeit ausgeschieden sei und er trotz aller Bemühungen keine Arbeit in Westberlin finden könne. Sie war aber der Meinung, daß dies zum Teil an der Starrköpfigkeit ihres Mannes liege, der von sich behauptete, er sei Idealist [...] Bereits nach einer Woche meldete sich ‚Gisela‘ wieder [...] und hatte ihren Mann bereits mitgebracht.“²⁹⁴ Als Termin der MfS-Anwerbung von Heinz Gellner wurde der 24. November 1955 aktenkundig. Gellner erhielt den Decknamen „Kuhnert“ bzw. „Heinz Kuhnert“.²⁹⁵ Dokumentiert ist weiter: „Kuhnert“ erklärte sich bereit, für uns zu arbeiten, machte uns darauf aufmerksam, daß er z.Z. ohne jede Verbindung zu den Engländern oder anderen Nachrichtenorganisationen bzw. zu den Landsmannschaften sei, daß er aber hoffe, wieder Verbindung zu bekommen, wenn wir darauf Wert legen.“²⁹⁶

Die Ost-Berliner Staatssicherheitsfunktionäre interessierten sich für „Kuhnerts“ Vertriebstätigkeit der Vertriebenenendruckerzeugnisse in die DDR, für seine „Tätigkeit in den Landsmannschaften und Heimatverbänden“ sowie für seine Kenntnisse über Untergrund- und Nachrichtenorganisationen. Das Arbeitsziel des MfS, daß „Kuhnert“ versuchen solle, in West-Berlin wieder Anschluß an die Heimatverbände und Landsmannschaften zu finden, scheiterte Ende 1955 /Anfang 1956. Die Staatssicherheit und „Kuhnert“ kamen überein, nach neuen Einsatzmöglichkeiten in Westdeutschland, speziell im Köln-Bonner-Raum zu suchen. Für eine Übersiedlung nach und eine Spionagetätigkeit in Westdeutschland sollte „Kuhnert“ seine alten Verbindungen zu den Landsmannschaften und zu Vertriebenenfunktionären, insbesondere zu Linus Kather, ausnutzen, um „mit Hilfe dieser Personen eine Anstellung im Regierungsapparat in Bonn zu bekommen“.²⁹⁷

Über die Reisen in die Bundesrepublik im Laufe des Jahres 1956 und über seine Gespräche mit Vertriebenenfunktionären in West-Berlin, in Bonn und in Hamburg informierte „Kuhnert“ das MfS ausführlich. So gab er Anfang März 1956 einen detaillierten Bericht über die wichtige Delegiertenkonferenz des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ am 29. Februar 1956. Auf dieser Konferenz wurde der Beschluß zum Austritt des Berliner Landesverbands aus dem „Bund vertriebener Deutscher“ und sein Anschluß an den „Verband der Landsmannschaften“ mit großer

²⁹³ Vgl. Vorschlag zur Anwerbung eines GI „Gisela“, geboren am 18. Mai 1925 in Königsberg /Ostpreußen, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 9, Bl. 17–19.

²⁹⁴ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 166.

²⁹⁵ Vgl. Arbeitsvorgang des inoffiziellen Mitarbeiters GM Kuhnert, in: BStU MfS AIM 18080/62, alle Deckblätter.

²⁹⁶ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 166.

²⁹⁷ Ebenda, Bl. 168.

Mehrheit gefaßt. Das MfS schien über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Vertriebenendachverbänden gut informiert gewesen zu sein. Da der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Rojek für den Verbleib beim BVD votiert hatte und von den Delegierten überstimmt worden war, mutmaßte „GM Kuhnert“, daß er seinen Vorsitzendenposten demnächst verlieren würde. Außerdem meinte „Kuhnert“, daß nach diesem Beschluß der BVD-Vorsitzende Linus Kather gemeinsam mit Alfred Rojek versuchen werde, in West-Berlin eine neue Vertriebenenorganisation aufzubauen. Damit würde eine „Spaltung und Zersplitterung“ der Vertriebenen einhergehen, was sowohl „Kuhnert“ wie auch seine MfS-Auftraggeber zu freuen schien. Der „GM“ informierte weiter über personelle Interna, frei werdende Posten und ihre Neubesetzungen im West-Berliner Landesverband.²⁹⁸ Weitere Gespräche „Kuhnerts“ mit der Geschäftsführung des BVD in Bonn und des VdL in Hamburg bestätigten die Berichte über die Konkurrenzsituation der beiden Vertriebenendachverbände und deren Werben um die organisierten West-Berliner Vertriebenen.²⁹⁹ „Kuhnerts“ interne Kenntnisse zeigten, daß er noch immer gute Verbindungen ins „Haus der ostdeutschen Heimat“ und zu Vertriebenenfunktionären unterhielt, wenn auch seine Voraussagen nicht eintraten. Alfred Rojek blieb Vorsitzender des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, Rojek und Kather bauten auch keinen neuen Vertriebenenverband auf.³⁰⁰

„GM Kuhnert“ besuchte vom 21. bis 24. März 1956 den „Verband der Landsmannschaften“ in Hamburg und besprach sich dort mit Werner Guillaume³⁰¹, den Beauftragten des VdL für die „Gesamterhebung der Heimatvertriebenen“. Auch hierüber gab „Kuhnert“ ausführlich Auskunft an das MfS, die so wichtig schien, daß sie den Sowjets weitergereicht wurde.³⁰² In der Unterredung mit Werner Guillaume ging es um das Vorhaben des „Verbandes der Landsmannschaften“, eine zentrale Dokumentation über die Vertriebenen anzufertigen. Dies schien unerläßlich, so der VdL-Funktionär, um die finanziellen und materiellen Ansprüche der Flüchtlinge und Vertriebenen gegenüber dem Vertriebenen- und dem Gesamtdeutschen Ministerium in Bonn durchzusetzen. Die einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften wurden bereits auf-

²⁹⁸ Vgl. Bericht von der Delegiertenkonferenz des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, 5. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 84, 85.

²⁹⁹ Vgl. Telefonat mit Bonn, Geschäftsführung des BVD, 10. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 86; Reise nach Hamburg, Besprechung am 21. März 1956 beim VdL, in: ebenda, Bl. 87–89.

³⁰⁰ Wie unter II. 1. beschrieben, kam der Austritt des Berliner Landesverbands aus dem BVD und sein Beitritt zum VdL nicht mehr zum Tragen, da beide Dachverbände einen Zusammenschluß zum „Bund der Vertriebenen“ beschlossen hatten.

³⁰¹ Werner Guillaume (gestorben 1985), 1956 war G. in Hamburg beim VdL angestellt, 1959/60 leitete er das „Referat Wiedervereinigung“ im „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin und war zugleich in den 1960er Jahren Leiter des Verbindungsbüros des BdV in West-Berlin, danach bis 1978 Geschäftsführer des BLV und Vorsitzender der LM Ostpreußen von Mitte der 1970er Jahre bis 1985. Vgl. Auskunft des BLV vom 28. April 2009, und Methoden, Struktur, Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1959/60, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 381, und Pressematerial für BZ, 1. Juli 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 263.

³⁰² Vgl. Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 87–95.

gefordert, an der „Dokumentation – Gesamterhebung der Heimatvertriebenen“ mitzuwirken. Anhand der Erhebung sollte die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Vertreibungsverluste und die neuen Ansiedlungsorte festgestellt werden.³⁰³ In diesem Zusammenhang, so Werner Guillaumes Mitteilungen, sollten Erlebnisberichte über einzelne Vertreibungsschicksale bis hin zu Schicksalen von ganzen Gemeinschaftstrecks angefertigt und gesammelt werden. Als erfolgreiches Beispiel nannte Guillaume die Landsmannschaft Ostpreußen, der es im letzten Jahr gelungen sei, 60 Prozent der noch fehlenden Anschriften ehemaliger Ostpreußen zu ermitteln. Somit könne die ostpreußische Landsmannschaft nunmehr Auskunft über das Schicksal und den Verbleib von rund 80 Prozent ehemaliger Ostpreußen machen. Der Landsmannschaft sei es sogar gelungen, über Suchlisten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) viele Angaben über den Verbleib von Ostpreußen zu erhalten, die nun in der DDR ihren neuen Wohnsitz gefunden hatten.³⁰⁴

Von besonderem Interesse dürften für „GM Kuhnert“ und die Staatssicherheit alle Überlegungen des VdL gewesen sein, in die Vertriebenen-Gesamterhebung die DDR-„Umsiedler“ mit einzubeziehen. Da es in der DDR verboten sei, so der Funktionär Guillaume, sich in Landsmannschaften zu organisieren, wäre der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ beauftragt, die in der DDR seßhaft gewordenen „Umsiedler“ organisatorisch mitzubetreuen. Er äußerte gegenüber „Kuhnert“: In den „sowjetisch verwalteten Gebieten [...] leben zirka vier Millionen Heimatvertriebene. Wenn auch ein geringer Prozentsatz durch die monatlich in Westberlin stattfindenden Heimattreffen erfaßt ist, so muß doch [...] versucht werden, ohne die Vertrauenspersonen einer Gefahr durch die SSD-Behörden [Staatssicherheitsdienst-Behörden] auszusetzen, die in der DDR lebenden Heimatvertriebenen zu erfassen und zwar auf der Grundlage zur Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe. Man ist also gehalten, dieses V-Mann-Netz zu erweitern und für diese Aufgabe zu schulen und auszurichten.“³⁰⁵

Es ist davon auszugehen, daß das MfS an diesen „V-Leuten“ in der DDR ein ausgesprochenes Interesse hatte. Und so unterstrich „Kuhnert“ in seinem Bericht für die Staatssicherheit, daß Guillaume ihm anbot, diese Listen mit sogenannten Heimatkreis-V-Leuten für ihn abschreiben zu lassen, damit er von West-Berlin aus prüfen könne, ob diese besagten V-Leute noch in der DDR lebten.³⁰⁶ Ob „Kuhnert“ diese hochbrisante Namensliste tatsächlich erhielt und nach Ost-Berlin weitergab, ist zweifelhaft. In den Akten des MfS findet sich dazu nichts. Fraglich und nicht nachzuweisen bleibt auch, ob ein solches „Netz“ tatsächlich existierte und es nicht nur eine

³⁰³ Der VdL stellte sich das Vorgehen so vor: „Es werden von allen Orten der ehemaligen deutschen Gebiete Listen angelegt [...], nach Straßen und den Namen der Bewohner [...]. Aus den Heimatortskarteien [soll] der jetzige Wohnort der Personen hervorgehen. Über die fehlenden Personen wird eine Befragungsaktion [...] gestartet]. Die Ortsgruppen der Heimatkreise in der Bundesrepublik werden nach den noch nicht festgestellten Personen befragt. Alle Feststellungen werden zentral erfaßt.“ Ebenda, Bl. 90.

³⁰⁴ Vgl. ebenda, Bl. 90, 91.

³⁰⁵ Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 91.

³⁰⁶ Vgl. ebenda, Bl. 92.

Handvoll für die Landsmannschaften verdeckt wirkende Männer und Frauen in der DDR gegeben hat. Im Zusammenhang mit dem „V-Leute-Netz der Landsmannschaften in der DDR“ berichtete „Kuhnert“ über das Gespräch in Hamburg bei Guillaume weiter, daß vom VdL versucht werde, „eine illegale landsmannschaftliche Organisation in der DDR zu schaffen, die ständig Kontakt mit Westberlin und Westdeutschland hat. Daß über diese Kanäle die Politik des Gesamtdeutschen Ministeriums nach der DDR getragen wird, ist nicht zu leugnen [...], denn das [...] Ministerium wird ja letztlich der finanzielle Träger der Aktion werden [...]“. ³⁰⁷ Diese Behauptung und Schlußfolgerung „Kuhnerts“ im MfS-Bericht über Ziele des VdL dürfte übertrieben gewesen sein. Aufschlußreich für das MfS war noch „Kuhnerts“ Hinweis, daß in allen Notaufnahmелagern für „DDR-Republikflüchtlinge“ in West-Berlin bzw. Westdeutschland Befragungsstellen arbeiteten, die sich speziell an Heimatvertriebene wandten. Ihr Anteil an den „Republikflüchtlingen“ lag bei 25 bis 30 Prozent. ³⁰⁸ „GM Kuhnert“ vergaß in seinem Bericht nach Ost-Berlin vom 26. März 1956 nicht zu erwähnen, daß der VdL-Funktionär Guillaume an der fachkundigen Beratung seines Gesprächspartners aus West-Berlin und an einem regelmäßigen Kontakt mit ihm großes Interesse hatte und er ihm jede Unterstützung anbot, wenn er endgültig nach Bonn bzw. Köln übersiedeln würde. ³⁰⁹

In weiteren Berichten über Reisen des „Geheimen Mitarbeiters“ nach Bonn und Köln im April, Mai und Juni 1956 wiederholten sich seine Informationen über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Vertriebenenverbänden VdL und BDV. ³¹⁰ Er teilte mit, daß man ihm in Köln die Leitung der Heimatgruppe Breslau der Schlesischen Landsmannschaft angeboten habe, die er gedenke anzunehmen, um intensivere Kontakte zum BVD-Vorsitzenden Linus Kather herstellen zu können. ³¹¹ In West-Berlin, Bonn und Köln habe er Erkundigungen über einen möglichen Parteieintritt in die FDP bzw. die CDU eingeholt. ³¹² Wiederholt stellten sowohl „Kuhnert“ als auch „Gisela“ bei Treffen mit ihrem MfS-Führungsoffizier ³¹³ die sehr guten „ständigen Kontakte mit Dr. Kather“ heraus. ³¹⁴

Intern hegte das MfS wohl einige Zweifel an den übermittelten Informationen von „Kuhnert“, insbesondere an seinen Wertungen über die Bedeutung seiner persönlichen Kontakte in Bonn und Köln. In der Einschätzung der Staatssicherheit hieß es dazu: „Bei seinem Einsatz in Westdeutschland berichtete er im allgemeinen über alle Gespräche, die er angeblich mit Mitarbeitern der [verschiedenen ...] Apparate geführt haben will. Dabei zeigte sich wieder die Tendenz, daß er versuchte, durch Aus-

³⁰⁷ Ebenda.

³⁰⁸ Vgl. Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 93.

³⁰⁹ Vgl. ebenda, Bl. 93, 94.

³¹⁰ Vgl. Vertriebenenorganisationen VDL und BVD in Bonn, 4. Juni 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 40, 41.

³¹¹ Vgl. „Kuhnert“: Vertriebenenarbeit, 30. April 1956, und Landsmannschaft Schlesien, Bonn, 4. Juni 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 33, 42.

³¹² Vgl. „Kuhnert“: Parteiarbeit, 30. April 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 34.

³¹³ Dieser hieß Gerhard Staub. Vgl. Beschluß über das Anlegen eines Vorgangs bei der HV A, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 5.

³¹⁴ Vgl. Treffbericht, 15. Mai 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 35.

schmückungen dieser Berichte in eine journalistische Tätigkeit auszuweichen, eigene Stimmungsberichte zu einzelnen Fragen zu machen.“³¹⁵ Im Juni 1956 wurde „GM Kuhnert“ für die Staatssicherheit doch so interessant, daß die MfS-Verwaltung von Ost-Berlin ihn am 26. Juni 1956 an die Hauptverwaltung Aufklärung, an die Auslandsspionageabteilung des MfS, abgeben mußte.³¹⁶ Zuvor war „Kuhnert“ drei Tage lang in Ost-Berlin im Umgang mit Mikrofilmen ausgebildet worden. Ein MfS-Hauptmann bescheinigte: „Kuhnert hat sich die notwendigen Kenntnisse sehr leicht angeeignet und ist in der Lage, im zweiseitigen Verkehr der Mikrofotografie zu arbeiten. Ihm wurde ausgehändigt: 1 Mikrooptik 36,5 mm.“³¹⁷

Im August 1956 hatte „Kuhnert“ – mit Hilfe von Linus Kather, so seine eigene Angabe – eine Anstellung als Sachbearbeiter bei der Kreishandwerkskammer in Köln gefunden und war mit „Gisela“ nach Westdeutschland gezogen. Die HV A war mit der Wahl dieses Arbeitsplatzes nicht einverstanden und forderte ihren „GM“ auf, sich eine andere, für das MfS interessantere Stelle zu suchen. Dem kam „Kuhnert“ nicht nach, und die Staatssicherheit stellte jegliche finanzielle Unterstützung an ihn ein. Durch den Wegzug aus West-Berlin nach Köln und längere Krankenhausaufenthalte von „Gisela“ brach der Kontakt zwischen dem MfS und seinem „GM“ zeitweise immer wieder ab. Auch hatte das MfS Hinweise erhalten, daß sich der bundesdeutsche Verfassungsschutz für „Kuhnert“ interessierte.³¹⁸ Zu einem letzten Briefkontakt zwischen „Kuhnert“ und der HV A kam es am 17. Juli 1957 und zu einem Treffen zwischen „Gisela“ und dem MfS in Berlin am 22. Juli 1957. „Kuhnert“ hatte seine Anstellung bei der Kreishandwerkskammer beibehalten, war CDU-Mitglied geworden, hatte sich der Schlesischen Landsmannschaft angeschlossen und absolvierte ein Abendstudium für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Köln. Interessante Informationen – aus den Vertriebenenverbänden, den Bonner Regierungs- bzw. Parteiapparaten oder ähnlichen Bereichen – lieferte er dem MfS nicht.³¹⁹

Die HV A des MfS schloß vorerst den „Vorgang Kuhnert“ am 9. Dezember 1957 und urteilte: „Die jetzige Stellung des ‚Kuhnert‘ ist für die rein nachrichtendienstliche Tätigkeit uninteressant. Sie wäre eine gute Möglichkeit, einen GM in Westdeutschland zu legalisieren und ihn über diese Arbeitsstelle in andere interessante Objekte hineinzuschleusen. Diese Möglichkeit ist auch bei ‚Kuhnert‘ noch gegeben. ‚Kuhnert‘ kennt seine Aufgaben und weiß, daß er nur über diesen Weg die Möglichkeit hat, mit uns wieder in klare Verhältnisse zu kommen. [... Unklar ist], ob ‚Kuhnert‘ nach der Anwerbung durch uns neuerdings durch den englischen Geheimdienst oder eine deutsche Abwehrstelle angesprochen und verpflichtet wurde. [...] Bei der Festigung des Verhältnisses sind durchaus noch operative Möglichkeiten gegeben, wenn eine ernste Überprüfung des ‚Kuhnert‘ die Ehrlichkeit unter Beweis stellen kann.“³²⁰

³¹⁵ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 169.

³¹⁶ Beschluß über das Anlegen eines Vorgangs bei der HV A, 26. Juni 1956, und Aktenvermerk, 7. Juli 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 8, Bl. 5, 63.

³¹⁷ Ausbildungsbericht 30. Juni bis 2. Juli 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 62.

³¹⁸ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 170.

³¹⁹ Vgl. Brief: Heinz Kuhnert, Köln, 17. Juli 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 163.

³²⁰ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 171, 172.

Die vielversprechende Arbeit mit dem Agenten „Kuhnert“ scheiterte, bevor sie für das MfS tatsächlich größere greifbare Ergebnisse bringen konnte. Die Hauptverwaltung Aufklärung des Staatssicherheitsministeriums hatte sich von Heinz Gellner sicher mehr versprochen. In den nachgelassenen MfS-Unterlagen fanden sich (bisher) keine weiteren Spuren über neue Aktivitäten von Heinz Gellner, alias „Kuhnert“.

5. Offensive der Ost-Berliner MfS-Verwaltung gegen die Treffen zum „Tag der Heimat“ in West-Berlin 1959/60

Ab Sommer 1958, viel intensiver im Sommer 1959 und vor allem 1960, plante die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit von Ost-Berlin umfangreiche geheimdienstliche Aktivitäten gegen die Landsmannschaften und gegen den West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen. Parallel zur Geheimdiensttätigkeit betrieb die SED-Führung eine öffentliche Politik und Propaganda gegen die „Revanchistentreffen“ in West-Berlin, gegen die „revanchistischen Landsmannschaften, ihre Landesverbände“ und gegen den „Bund der Vertriebenen“.³²¹ Worin lagen die Ursachen für dieses erste massive Auftreten der SED-Agitatoren und der MfS-Behörden gegen die Vertriebenenverbände in West-Berlin?

Die DDR erlangte – pro forma – ihre staatliche Souveränität am 20. September 1955 durch die Unterzeichnung des „Vertrags über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ und mit ihrer gleichberechtigten Teilhabe am seit Mai 1955 laufenden Gründungsprozeß des Warschauer Vertrages.³²² Von da an erfolgte eine stärkere politische, wirtschaftliche und auch militärische Integration der DDR in die Gemeinschaft der Ostblockstaaten. Für die DDR begann eine Aufwertung als zweiter deutscher Staat, die von einer Besatzungszone zu einem „Partner“ werden sollte. Allerdings blieb die DDR wie bisher von der Sowjetunion abhängig. Im Juli 1955 brachte die Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte keine Schritte zur Lösung der deutschen Frage. Der sowjetische Parteichef N. S. Chruschtschow verkündete erstmals dezidiert die „Zwei-Staaten-Theorie“ und stellte damit klar, daß die Sowjetunion einer Wiedervereinigung nur unter Wahrung der „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR zustimmen werde. Ab 1955/56 betrieb die DDR keine aktive Wiedervereinigungspolitik mehr, obwohl sie ihre öffentlichen Bekenntnisse zur deutschen Einheit noch jahrelang fortsetzte.³²³ Die DDR-Regierung unternahm ab 1955 erste öffentliche Versuche, sich als souveräner Staat innerhalb der osteuropäischen „Volksdemokratien“ zu positionieren und sich gegen den zweiten deutschen Staat, die Bundesrepublik Deutschland, abzugrenzen. Dafür bot sich an, der Bundesrepublik öffentlich „aggressives Revanche-Verhalten“ vorzuwerfen. Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED-Führung ihren Staat DDR als

³²¹ Vgl. Politbüro-Protokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 1, 5–9.

³²² Vgl. Wortlaut des Vertrages, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band IV, S. 48–50.

³²³ Vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, S. 45; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 122ff.

den „deutschen Friedensstaat“ hin. Dies geschah in Abgrenzung zum Staat Bundesrepublik, den sie als „Hort der Revanchehetze“ bezichtigte und als einzigen Staat Europas diskreditierte, der die Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anerkannte, sondern Anspruch auf fremde Staatsgebiete – mit der Forderung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 – erhob. In öffentlichen Reden erklärten DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Erste Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht die DDR zum „einzig rechtmäßigen, friedlichen, deutschen Staat“ und verurteilten die „Revanchepolitik Westdeutschlands“.³²⁴ Anlässlich der Gründung des Warschauer Vertrages erläuterte der SED-Chef am 1. Juni 1955 vor dem SED-Zentralkomitee: Wenn die deutsche „Bevölkerung selbst ans Werk geht und [...] gegen die Revanchepropaganda, wie sie in der Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze zum Ausdruck kommt, und gegen die Tätigkeit [...] westdeutscher Verbrecherzentralen – wie die [...] Landsmannschaften [...] – Stellung nimmt, [ist] schon viel getan für eine Minderung der Spannungen in Deutschland [...]“.³²⁵ Und Ulbricht weiter: „Wer im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands die Revision der Oder-Neiße-Grenze fordert, der versucht [...] die Wiedervereinigung zu verhindern. Andere Vertreter der westdeutschen CDU haben dazu auch noch das nördliche Gebiet der Tschechoslowakei (Sudetengebiet) gefordert [...]“.³²⁶ Mit Blick auf die östlichen Nachbarstaaten, insbesondere die Volksrepublik Polen, versicherte der SED-Chef die Endgültigkeit des Bestehens der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“.³²⁷

Es fällt auf, daß in der öffentlichen Propaganda, aber auch im internen Sprachgebrauch, Ende 1958 der Begriff des „Revanchismus“ auftauchte,³²⁸ womit man die Existenz und Politik der Vertriebenenorganisationen und ihrer Funktionäre pauschal titulierte. Ja, die gesamte Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten bezeichnete man nun als „revanchistisch“. Sprachen die SED-Ideologen bis dahin von einer „revisionistischen“ Politik der Landsmannschaften und Teilen der Bonner Politik, kam es mit dem „Revanchismusvorwurf“ zur Steigerung der verbalen Attacken. Es hat den Anschein, daß der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita S. Chruschtschow mit seinen Reden über die Androhung zur Aufkündigung des Vier-Mächte-Status Berlins vom 10. bzw. 27. November 1958 den Auftakt für die Revanchismus-Kampagnen in der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten gegen die Bundesrepublik und West-Berlin und der dort wirkenden

³²⁴ Vgl. Otto Grotewohl, Grundstein des künftigen Deutschlands, 6. Oktober 1955, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, S. 587.

³²⁵ Walter Ulbricht, Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland, in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 349f.

³²⁶ Ebenda, S. 362.

³²⁷ Walter Ulbricht, Freundschaft und Frieden an Oder und Neiße. Der Regierungsdelegation der VR Polen zum Gruß 6. Juli 1955, in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, S. 440f.

³²⁸ Vgl. Revanchereden und Rekruten, in: BZ am Abend, 23. September 1957, S. 2; Warum die Revanchistensuppe in Westberlin gekocht wird, in: Bauern-Echo, 17. Juni 1959, S. 5.

Vertriebenenorganisationen gab.³²⁹ Die Vorbereitungen der SED-Spitze zu ersten gezielten Revanchismus-Kampagnen gegen die Vertriebenenverbände und die Bundesrepublik begannen etwa 1959/60.³³⁰

Die Nennung von „Landmannschaften“, „Vertriebenenverbände und Vertriebenenpolitik“ wurde nicht mehr solitär vorgenommen, sondern nur noch in Verbindung mit dem abwertenden Adjektiv „revanchistisch“. Im allgemeinen bezeichnet „Revanchismus“ eine auf Rache (frz. *revanche*) und Vergeltung sinnende Haltung von Kriegsverlierern, die auf die gewaltsame Änderung von Friedensbedingungen oder Verträgen gerichtet ist.³³¹ Der Begriff des „Revanchismus“ im politischen Sprachgebrauch der SED war ein äußerst negativ belegtes, polemisches Schlagwort, ein politischer Kampfbegriff, um eine Einstellung zu verurteilen, die die Oder-Neiße-Grenze, den Verlust der Ostgebiete des Deutschen Reiches und die damit verbundene Vertreibung deutscher Bevölkerungsteile aus Ost- und Südosteuropa im Gefolge der Niederlage NS-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht anerkannte. Die SED definierte 1978 den Begriff so: „Revanchismus [ist eine] reaktionäre Ideologie, die den Ausbeuterklassen dazu dient, die Massen geistig für einen Revanchekrieg reif zu machen, [sowie das] Streben einer Ausbeuterklasse nach Wiedererlangung der in einem Eroberungskrieg verlorenen Gebiete, getarnt als Streben nach ‚Vergeltung‘ für die im Krieg erlittene Niederlage. [...] Ungeachtet der völligen Aussichtslosigkeit seiner Pläne, ist der in der BRD wiedererstandene Imperialismus bestrebt, die Ergebnisse seiner gesetzmäßigen Niederlage im zweiten Weltkrieg zu revidieren.“³³² Tatsächlich aber war die Politik der Vertriebenenorganisationen wie auch der Bundesregierung nie auf einen Revanche-Krieg zur militärischen Wiedereroberung der deutschen Ostgebiete ausgerichtet, also im SED-Sinne „revanchistisch“. Aber der Vorwurf, eine Politik der Grenzrevisionen zu betreiben, traf für die Vertriebenenverbände und die Bundesregierung durchaus zu.

Das simple Erklärungsmuster der SED-Ideologen zum „Revanchismus – [als] offizieller Staatspolitik der Bundesrepublik“³³³ sah folgendermaßen aus: Im Potsdamer

³²⁹ Vgl. Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958 an die drei Westmächte, in: Dokumente zur Deutschlandfrage, S. 8–23, insbes. S. 12, 23.

Das hatte auch die SPD-Presse registriert: „Seitdem Chruschtschow in seinem ‚Friedensvertragsentwurf‘ das Stichwort ‚Revanchismus‘ für die Ostblockkampagnen gegen die Vertriebenenverbände gab, können es diese Verbände auch dem ‚Vorwärts‘ nicht mehr recht machen [...]“. In: Politischer Selbstmord der Vertriebenen?, 4. September 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/13, Bl. 19.

³³⁰ Propagandakampagnen gegen die BRD gehörten seit DDR-Gründung zur regelmäßigen Praxis. Eine erste umfassende Propagandaoffensive startete die SED 1957 gegen die weitreichende personelle Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen und bundesdeutschen Justiz mit der Broschüre „Gestern Hitlers Blutrichter – Heute Bonner Justiz-Elite“. Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75f.

In den 1960er Jahren gab es immer wieder Beschlüsse des SED-Politbüros zur „Organisierung [...] internationaler Kampagne[n] gegen die revanchistischen Grenzforderungen der westdeutschen Militaristen“, z.B. am 25. August 1964. Vgl. Sitzungsprotokoll, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/945.

³³¹ Der Begriff kam nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 auf; er kennzeichnete die französische Außenpolitik, die bestrebt war, das vom Deutschen Reich annektierte Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Revanchismus>.

³³² Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 767.

³³³ Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 279.

Abkommen 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen, die darauf zielten, 1. „die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten“, 2. diese Länder für die großen Verluste im Krieg zu entschädigen und 3. stabile Grenzen zu schaffen, „die nie wieder als Zange des deutschen Imperialismus gegen andere Länder ausgenutzt werden können“.³³⁴ Die „ausgesiedelten Deutschen“ fanden, so die SED-Propagandisten, eine neue gesicherte Existenz in der SBZ, die „Umsiedler [...] wurden gleichberechtigte Bürger des deutschen Friedensstaates. Hier gibt es keine revanchistischen Organisationen“. Der westdeutsche Imperialismus hingegen dränge auf Veränderung der Grenzen. „Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die ‚Grenzen von 1937‘ erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen“.³³⁵ So beschrieb die SED ihren Revanchismus-Vorwurf an die Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre.

Im November 1958 verschärfte sich die politische Situation in der Deutschland- und Berlinfrage. Der sowjetische Parteichef Chruschtschow forderte in ultimativer Form die drei westlichen Alliierten auf, sich aus Berlin zurückzuziehen und West-Berlin den Status einer „freien und entmilitarisierten Stadt“ zuzugestehen. Zudem legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland vor. Moskau drohte, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, werde die Sowjetunion ihre Hoheitsrechte in Berlin und an den Zugängen zu Berlin der DDR-Regierung übertragen und einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Die Westmächte bekräftigten jedoch in den Folgemonaten ihre Entschlossenheit, ihre alliierten Rechte in Berlin weiterhin wahrzunehmen.³³⁶ Die Sowjets lenkten im März 1959 ein und die Großmächte trafen sich zur Außenministerkonferenz in Genf im Mai und Juni 1959. Aber auch Genf blieb in Sachen Deutschlandfrage ergebnislos, genauso wie die Gipfelkonferenz in Paris im Mai 1960. Die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR spitzte sich in dieser Zeit zu, im Spätsommer 1960 erreichte die sogenannte Republikflucht besorgniserregende Ausmaße. Die Existenz West-Berlins war der SED ein Dorn im Auge. Besonders die offenen Grenzen zwischen Ost- und West-Berlin machten der SED-Spitze zu schaffen.³³⁷ Vor diesem Hintergrund forcierten SED und MfS gerade in Berlin ihre „politisch-operative“, also geheimdienstliche Bearbeitung und propagandistische Bekämpfung der „revanchistischen Landsmannschaften und Umsiedlerverbände“ in West-Berlin.

1958 konzentrierten sich die Ost-Berliner MfS-Mitarbeiter auf die Beobachtung und Auswertung der jährlichen Großveranstaltung der Landsmannschaften und des Landesverbands der Heimatvertriebenen, den „Tag der Heimat“, sowie auf die Organisationszentrale der Vertriebenentreffen, auf das „Haus der ostdeutschen Heimat“ in

³³⁴ Ebenda, S. 280.

³³⁵ Ebenda, S. 280f.

³³⁶ US-Präsident Kennedy bekräftigte im Juli 1961 die drei „essentials“ im Hinblick auf Berlin: Aufrechterhaltung der Freiheit in West-Berlin, unangefochtene Präsenz der Westalliierten in Berlin, Sicherung der alliierten Zugangswege nach Berlin.

³³⁷ Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 127–147.

West-Berlin. Die jährlichen Teilnehmerzahlen am „Tag der Heimat“ beliefen sich auf 20 000 bis 25 000, wovon nach Ermittlungen des MfS zirka ein Drittel, also mehr als 8000, aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR stammten. Genau diese Tatsache beunruhigte das MfS, denn, so ihre Befürchtung, die „Heimatgefühle der Umsiedler“ aus der DDR werde auf diesen Veranstaltungen „zum Zwecke der Völkerverhetzung“ mißbraucht.³³⁸ Die Staatssicherheit von Ost-Berlin hatte am 14. September 1958 vier „Geheime Informatoren“ zur „Waldbühne“ zum „Tag der Heimat“ entsandt, um die allgemeine Situation auf der Großveranstaltung zu erkunden. Übereinstimmend berichteten diese über die gute Stimmung auf der Vertriebenengroßveranstaltung, daß die „Waldbühne“ überfüllt gewesen sei und die politischen Reden von Bundesminister Ernst Lemmer (CDU) und dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) mit viel Beifall aufgenommen wurden.³³⁹

Ein MfS-Maßnahmeplan zur Diskreditierung des Organisators des „Tag der Heimat“, des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, um die Teilnehmerzahl auf der Veranstaltung gering zu halten, hatte demnach keine große Wirkung gezeigt.³⁴⁰ Die MfS-Abteilungen „Aufklärung“ von Ost-Berlin, Potsdam und Frankfurt/O., also die „Auslandsspionageabteilungen [!]“ der Bezirksebene, hatten am 8. August 1958, einen Monat vor der Vertriebenengroßkundgebung, eine Desinformationskampagne gestartet, um „innerhalb des Landesverbands der Landsmannschaften Unruhe und Verwirrung hervorzurufen“.³⁴¹ Man hatte beschlossen, kompromittierende Materialien über einzelne Landsmannschaftsfunktionäre, die auch SPD- bzw. CDU-Funktionäre waren, in einer Artikelserie in der Ost-Berliner „BZ am Abend“ zu veröffentlichen. Die „konterrevolutionären und revanchistischen Absichten“ der Landsmannschaften sollten anhand von gesammelten Zitaten ihrer Politiker veranschaulicht werden – wie z. B. diese beiden von der Staatssicherheit ausgesuchten Sätze: „Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß“. Und der „Bonner Kriegsminister Strauß“³⁴² habe auf einer CSU-Veranstaltung gefordert: „Wir müssen einsehen, daß Europa nicht an der Elbe endet, daß zu einem Vereinigten Europa auch Polen, die ČSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gehören“.³⁴³

Die MfS-Mitarbeiter hatten vier Landsmannschaftsfunktionäre für persönliche Verunglimpfungen ausgewählt. Dem Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Dr. Alfred Rojek sollten Beziehungen zu „leichten Mädchen“ nachgesagt und eine angeblich enge Verbindung zur Familie des einstigen „Stellvertreters des Führers“ Rudolf Heß angedichtet werden. Dem Geschäftsführer der Sude-

³³⁸ Vgl. Methoden der Landsmannschaften zur Beeinflussung der Umsiedler, 1957, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 805, 807; Landsmannschaftstreffen am 14. September 1958, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 180, 164–168.

³³⁹ Vgl. Auswertungsbericht über den „Tag der Heimat“ am 14. September 1958, in: MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 161–163.

³⁴⁰ Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 105–107.

³⁴¹ Ebenda, Bl. 105.

³⁴² Franz-Josef Strauß (CSU) war seit 1955 Bundesminister für Verteidigung.

³⁴³ Bonner politische Dynamik, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 236.

tendeutschen Landsmannschaft in West-Berlin [E. L.]³⁴⁴ sagte das MfS Homosexualität nach und beschuldigte ihn, als Agenten für die Franzosen zu arbeiten.³⁴⁵ Der Geschäftsführer vom „Bund der Danziger“ [G. B.] betrieb eine Privatpension in West-Berlin. Hier, so lautete die MfS-Unterstellung, „soll der Verdacht in Umlauf gebracht werden, daß diese Pension als Absteige, [...] als Bordell benutzt werde“.³⁴⁶ Und dem heimatpolitischen Referenten vom „Bund der Danziger“ [B. H.] unterstellte das MfS eine kriminelle Vergangenheit. Dieser habe in der DDR Schulgelder unterschlagen und wäre zu einer Gefängnisstrafe in der DDR verurteilt worden, bevor er in die Bundesrepublik flüchtete.³⁴⁷ Presseveröffentlichungen dieser Art kamen nicht zustande.³⁴⁸ Es besteht jedoch die Vermutung, daß die Staatssicherheit die beschriebenen Verleumdungen in Form von anonymen Briefen und Flugblättern in West-Berlin, im Wohnumfeld der Betroffenen, in Umlauf brachte.³⁴⁹

Ein Jahr später ging die Staatssicherheit systematischer mittels Perspektiv- und Maßnahmeplänen gegen die „revanchistischen Landsmannschaften“ in West-Berlin vor. Den Grund für die Maßnahmepläne benannte die Ost-Berliner Staatssicherheit: „Die Haupttätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften besteht in der Vertretung der Konzeption, daß eine Rückführung der ehemaligen Umsiedler in die jetzigen westpolnischen Gebiete erforderlich und notwendig ist. [...] Die Hauptarbeit der revanchistischen Landsmannschaften besteht in der politischen Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und somit in der ideologischen Diversion gegen die DDR.“³⁵⁰ Die geplante Bandbreite der geheimdienstlichen „Bearbeitung“ umfaßte die Informationsbeschaffung über die Landsmannschaften und ihre Aktivitäten, die Suche, Werbung bzw. Einschleusung von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ aus den Vertriebenenorganisationen und aus der West-Berliner Zentrale der Heimatvertriebenen, dem „Haus der ostdeutschen Heimat“. Es kam hinzu die öffentliche propagandistische Arbeit gegen die ostdeutschen Landsmannschaften, die zusammen mit den Agitatoren der SED-Bezirksverwaltungen vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Auch hatte man vor, die versteckte und öffentliche Diffamierung von Vertriebenenfunktionären fortzusetzen.³⁵¹ Des weiteren mußte die Zusammenarbeit auf dem „Sachgebiet Umsiedler“ zwischen den MfS-Verwaltungen Berlin und den der umliegenden Bezirke Potsdam, Frankfurt/O., Magdeburg verbessert werden: „Insbesondere kommt es darauf an“, so die Überlegungen der Staatssicherheit, „bessere Koordinie-

³⁴⁴ Die Namen bleiben aus Datenschutzgründen der BStU geschwärzt.

³⁴⁵ Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 105, 106.

³⁴⁶ Ebenda, Bl. 106.

³⁴⁷ Vgl. ebenda.

³⁴⁸ Vgl. BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners, 1958 (10. Jg.), August–November – keine diesbezüglichen Artikel.

³⁴⁹ Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 106, 107.

³⁵⁰ Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 122.

³⁵¹ Vgl. Perspektivplan vom 29. August, 14. September 1959; Methoden der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 108–121.

rungen bei der Vorbereitung von Störmaßnahmen zu Großveranstaltungen der Landsmannschaften zu treffen.“³⁵²

Die schwierigste, aber auch die wichtigste MfS-Geheimdiensttätigkeit im „Arbeitsplan revanchistische Landsmannschaften“ bestand in der Werbung oder Einschleusung von Agenten in die West-Berliner Vertriebenenverbände. Im Plan der Staatssicherheit vom 29. August 1959 hieß es dazu: „Eine perspektivvolle Arbeit auf der Linie der Landsmannschaften wird sich hauptsächlich durch die Schaffung von inoffiziellen Mitarbeitern in Westberlin ergeben. Diese haben vordringlich an den Angehörigen der zentralen Leitung des Bundes der Vertriebenen in Westberlin, Kaiserdamm 83, und in den Spitzen der Landsmannschaften zu erfolgen.“³⁵³ Zunächst mußte der ungenügende Stand der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände eingestanden werden, „die nicht der Bedeutung der revanchistischen Verbände in Westberlin“ entspräche. Kritisch vermerkten die MfS-Beamten, daß sowohl die Anzahl wie auch die Qualität der vorhandenen Agenturen, also Informanten, sehr zu wünschen übrig lasse. „Das Ziel der Arbeit müßte bestehen in der Werbung von Funktionären der Landsmannschaften in Westberlin“.³⁵⁴

Die Staatssicherheitsbediensteten listeten ihren „Geheimen-Informanten-Stamm“ vom Herbst 1959 auf: Aus den MfS-Kreisdienststellen von Ost-Berlin waren drei „Geheime Mitarbeiter“ auf die Landsmannschaft Pommern angesetzt, zwei „GIs“ arbeiteten in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, drei „GIs“ in der Ost- bzw. Westpreussischen Landsmannschaft, und einen Informanten hatte man in der Schlesischen Landsmannschaft platziert. Keine „GI-Verbindungen“ unterhielt man zu den landsmannschaftlichen Verbänden der Ostbrandenburger, der Sudetendeutschen und der Baltendeutschen. Das oberste Ziel der Staatssicherheit hieß demnach: in jeder in West-Berlin organisierten Landsmannschaft mindestens einen „Inoffiziellen Mitarbeiter“ anzuwerben oder einzuschleusen.³⁵⁵ Die MfS-Zuständigen verfügten darüber hinaus über 14 potentielle „GI-Kandidaten“, zweifelten aber an deren fachlicher und politischer Qualität. Außerdem waren alle aufgezählten „Informanten“, bis auf eine Ausnahme, Ostberliner, die in ihrer „GI“-Funktion regelmäßig Landsmannschafts- und Heimatkreistreffen in West-Berlin besuchten. Aber die MfS-Zentrale suchte nach „Informanten“ in den Landsmannschaften, die in West-Berlin lebten.³⁵⁶

Ein weiteres Ziel des MfS bestand im „Eindringen in das ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘“. Aber für die Werbung von hauptamtlichen Mitarbeitern aus der West-Berliner Vertriebenenzentrale lagen keine konkreten Materialien und Anhaltspunkte vor. Daher wollte man nun langfristiger vorgehen. Zunächst sollten einzelne Heimatkreisverbände von Landsmannschaften auf der Suche nach „ideologisch schwankenden“

³⁵² Methoden der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 118.

³⁵³ Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 109.

³⁵⁴ Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 125.

³⁵⁵ Vgl. ebenda, Bl. 124; Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 111.

³⁵⁶ Vgl. Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 124, 125.

Mitgliedern ausgespäht werden, um Möglichkeiten zu prüfen, wer für eine Werbung in Frage käme. Die dann als „Informanten“ geworbenen Heimatkreismitglieder sollten in ihrer ehrenamtlichen Vertriebenenarbeit so großzügig unterstützt werden, daß diese, längerfristig gesehen, in Funktionen in den Landsmannschaften aufsteigen und/oder sogar eine hauptamtliche Stellung im „Haus der ostdeutschen Heimat“ erreichen könnten.³⁵⁷ Die Ost-Berliner Staatssicherheitsfunktionäre machten in diesem Zusammenhang drauf aufmerksam, daß nur erfahrene und politisch geschulte „Inoffizielle Mitarbeiter“ Anwerbungen in den Heimatkreisen vornehmen sollten. Der Grund dafür: Man habe in letzter Zeit manch einen „IM“ beim Anwerbevorgang in West-Berlin „verloren“.³⁵⁸ Die MfS-Erläuterung dazu: „Die Landsmannschaften sind Träger der bürgerlich-reaktionären Ideologie und vertreten die Ideen des Revanchismus unter dem Tarnmantel der sogenannten Heimatverbundenheit. [...] Jeder inoffizielle Mitarbeiter, der auch ehemaliger Umsiedler sein muß, kommt mit diesem ideologischen Gift in direkte Berührung. Die vergangene Arbeit [...] zeigt, daß ein großer Teil [!] der inoffiziellen Mitarbeiter, die noch gewisse bürgerliche Weltanschauung besaßen, in der Endkonsequenz der ideologischen Beeinflussung der Landsmannschaften unterlagen.“³⁵⁹

Eine Möglichkeit, in das „Haus der ostdeutschen Heimat einzudringen“, hatte sich unverhofft im Oktober 1959 aufgetan. Ein leitender Funktionär aus der West-Berliner Vertriebenenzentrale unterhielt „ein intimes Verhältnis zu einem weiblichen GI“ der MfS-Kreisdienststelle Berlin-Weißensee im Ostteil Berlins. Diese Beziehung ginge sogar so weit, daß der Funktionär seine Freundin regelmäßig in Ost-Berlin besuche. Aus dieser Beobachtung entstand die Idee, männliche Angestellte aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat“ durch „Anschleusung weiblicher GIs“ als mögliche MfS-Informanten zu gewinnen.³⁶⁰

Die Werbung von Agenten zur „operativen Bearbeitung“ der Vertriebenenverbände konnte nach den Vorstellungen der MfS-Zentrale auch auf anderen Wegen angebahnt werden. Man suchte nach politisch gefestigten SED-Mitgliedern, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten und Verwandte hatten, die in West-Berlin lebten und dort in Landsmannschaften organisiert waren.³⁶¹ Diese Verwandten sollten unter Vorwänden nach Ost-Berlin eingeladen werden und mittels positiver Angebote in freundlich-gewinnender Atmosphäre, so dachte das MfS, durch Überzeugungsarbeit als „Informant“ gewonnen werden.³⁶² Einzelne Beispiele hörten sich so an: „Die

³⁵⁷ Vgl. ebenda, Bl. 127, 128, 129.

³⁵⁸ Vgl. ebenda, Bl. 129, 130.

³⁵⁹ Ebenda, Bl. 130.

³⁶⁰ Vgl. Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 120.

³⁶¹ In diesem Zusammenhang wurde von den zuständigen Mitarbeitern der MfS-Abteilung V/3 die DDR-Praxis kritisiert, daß es keine konkreten Statistiken über die „Umsiedler“ in der DDR bzw. in Ost-Berlin gäbe. Die Zentrale wies diese Kritik zurück und vermerkte, das MfS verfüge über derartige Übersichten. Vgl. Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 131.

³⁶² Vgl. Abteilung V/3, Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, 109, 110.

in Westberlin wohnhafte [M.]³⁶³, Mitglied der Baltendeutschen Landsmannschaft, wird unter der Legende eines Angebots für eine Übersetzungsarbeit in den demokratischen Sektor [Ost-Berlin] eingeladen. Mit [M.] ist Kontakt aufzunehmen und zu werben.“ Oder: „Die [K.], Mitglied der Pommerschen Landsmannschaft und Tochter des ‚GI Falke‘ der Bezirksverwaltung Dresden, [...] , ist unter der Legende des Anbietens einer Reise nach Volkspolen in den demokratischen Sektor einzuladen. Mit [K.] ist Kontakt aufzunehmen und zu werben.“³⁶⁴ Für die Ost-Berliner MfS-Bezirksverwaltung schien es kein Leichtes gewesen zu sein, geeignete, vor allem qualifizierte und zuverlässige „Informanten“ aus den Funktionärskreisen der Landsmannschaften zu gewinnen. Die Werbung von geeigneten Spitzeln basierte eher auf politischer Überzeugungsarbeit, auf Zubilligung materieller und persönlicher Vorteile und weniger auf Druck und Erpressung.³⁶⁵

Um die Vertriebenenverbände in West-Berlin nicht nur mit Geheimdienstmethoden zu bekämpfen, plante die Staatssicherheit ein Zusammengehen mit der Ost-Berliner SED-Bezirksleitung. Der Kampf sollte auch mittels Agitation und Propaganda geführt werden.³⁶⁶ Die bekannten Landsmannschaftsfunktionäre und Mitarbeiter des „Hauses der ostdeutschen Heimat“ erhielten von nun an SED-Propagandaschriften zugesandt, und geschulte SED-Agitatoren sollten – „ausgerüstet mit der Ideologie der Arbeiterklasse“ – die Funktionäre auf Veranstaltungen oder bei Besuchen direkt ansprechen. Die SED-Agitatoren hatten für die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ einzutreten, für die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Hitlerkrieges zu werben und die SED-Vertriebenenpolitik und die Friedenspolitik der DDR, der Sowjetunion und der Volksdemokratien zu loben. Mit gleichen Argumenten „sollten politisch-ideologisch klare Genossen“ in die Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften eingeschleust werden, um dort im SED-Sinne unter den Flüchtlingen und Vertriebenen zu agitieren. Auch beibehalten wollte die Staatssicherheit die Methode, Angst und Unruhe unter den Funktionären der Landsmannschaften zu verbreiten, indem SED-offizielle Einladungen an diese ausgesprochen wurden, in Ost-Berlin an Vortragsveranstaltungen beispielsweise über die westpolnischen Gebiete teilzunehmen. Das sollte die Betreffenden irritieren und einschüchtern.³⁶⁷

1960 – auf dem Höhepunkt der durch den KPdSU-Chef Chruschtschow ausgelösten Berlin-Krise, als die SED-Führung fast alles unternahm, West-Berlin politisch von der Bundesrepublik abzukoppeln und der „Republikflucht“ durch die offenen Berliner Sektorengrenzen irgendwie Herr zu werden – gingen MfS und SED frontal gegen die Vertriebenenverbände und ihre Treffen vor. Im Februar 1960 lagen erste detaillierte „Pläne zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften“, ausgearbei-

³⁶³ Name bleibt aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.

³⁶⁴ Beide Beispiele: Vgl. Abteilung V/3, Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 110.

³⁶⁵ Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 250–273.

³⁶⁶ Vgl. Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 118–121.

³⁶⁷ Vgl. ebenda, Bl. 119, 120.

tet von der Hauptabteilung V/3 der MfS-Zentrale, vor.³⁶⁸ Im Juli und im August 1960 stand der „Bonner Revanchismus“ und das „Revanchistentreffen am ‚Tag der Heimat‘“ am 3. und 4. September 1960 in West-Berlin erstmals auf der Tagesordnung von SED-Politbürositzungen.³⁶⁹ SED- und MfS-Funktionäre empörten sich über den „Bund der Vertriebenen“. Dieser war mit einer Abordnung unter seinem Präsidenten Hans Krüger zur Genfer Außenministerkonferenz im Mai/Juni 1959 gereist, um dort – wie die Staatssicherheit meinte – von der „Lösung der Westberlin-Frage und dem Friedensvertrag mit Deutschland abzulenken, denn [der BdV] wollte [...] das sogenannte Vertriebenenproblem und die Oder-Neiße-Grenze in den Mittelpunkt der Beratungen stellen“. Die „Politik der Torpedierung und Provokation“ sei ihm jedoch nicht gelungen.³⁷⁰

Die Arbeitsbesprechungen in der MfS-Zentrale im Januar und Februar 1960 hielten bekannte Ziele zur „Linie Landsmannschaften“ fest, die aber hartnäckiger zu verfolgen waren. An erster Stelle der Geheimdiensttätigkeit stand nach wie vor die Suche und Werbung „qualifizierter und fortschrittlicher Informanten“ aus den Funktionärskreisen der Landsmannschaften und des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen. Dabei wurde Wert gelegt auf Agenten, die in West-Berlin oder Westdeutschland ihren Wohnsitz hatten, denn – so die Recherche des MfS – Ostberlinern oder DDR-Bürgern wurden keine Funktionen in den Vertriebenenverbänden übertragen.³⁷¹ Das Hauptinteresse richtete sich nach wie vor auf die Angestellten und Funktionäre im „Haus der ostdeutschen Heimat“. Alle Ost-West-Verbindungen in Berlin von DDR-Massenorganisationen wie dem Demokratischen Kulturbund, der Nationalen Front, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dem Schriftstellerverband, die Kontakte der SED zur SEW usw. sollten systematisch durchkämmt werden, um Personen mit „positiver Perspektive“ für die Spitzeltätigkeit in der West-Berliner Vertriebenenzentrale zu finden. Die Staatssicherheit hatte zudem in Erfahrung gebracht, daß ein Umzug des „Hauses der ostdeutschen Heimat“ von Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, nach Berlin-Kreuzberg, Stresemannstraße 90–102, bevorstand. Professionelle MfS-Bedienstete erhielten den Auftrag, den neuen Standort auszukundschaften. Auch sollte eine konspirative Wohnung gegenüber der neuen Vertriebenenzentrale gemietet und mit „Geheimen Mitarbeitern“ besetzt werden, um eine möglichst fortlaufende Überwachung des „Hauses“ sicherzustellen. Dabei ging es um das Ausspionieren von Gewohnheiten der Funktionäre und Angestell-

³⁶⁸ Vgl. Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960; Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 132–151.

³⁶⁹ Vgl. Bonner Revanchismus, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191, Bl. 326–335; Politbüro-Protokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718/Bl. 1–3, 5–14.

³⁷⁰ Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 141; vgl. Verschwörung gegen Genf, in: Freiheit, Halle, 2. Mai 1959, S. 2.

³⁷¹ Vgl. Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 151.

ten einerseits wie um das Feststellen der Personalien von DDR-Besuchern im „Haus der ostdeutschen Heimat“ andererseits.³⁷²

Über einen West-Berliner „GM“ abonnierten die Zuständigen im MfS nun regelmäßig die Zeitungen „Münchner Vertriebenen Echo“ und die „Neuen Kommentare“, Frankfurt/a.M. Der Plan des MfS sah vor, den Herausgeber der „Neuen Kommentare“ zu ermitteln und Kontakt zu diesem herzustellen.³⁷³ Der Herausgeber hieß – wie oben bereits erwähnt – Georg Herde, der sich aus kommunistischer Sicht dem Kampf gegen die Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre in der Bundesrepublik verschrieben hatte. Ob Herde mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit zusammenarbeitete, ist nicht geklärt. Zu ihm fanden sich keine Unterlagen in den Archivhinterlassenschaften des Ministeriums. Die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin verfügte Anfang 1960 über sieben relativ gut funktionierende „Inoffizielle Mitarbeiter“ im Bereich der Landsmannschaften in West-Berlin. Diese wurden nun in ihrer Arbeit konkreter instruiert. Alle erhielten den Auftrag, ihre Stellung in der jeweiligen Landsmannschaft zu festigen, bestehende persönliche Kontakte mit Funktionären zu vertiefen und immer die „Perspektive neuer Werbungen“ im Auge zu behalten.³⁷⁴ Im Geheimdienstjargon lasen sich einzelne Aufträge z.B. so:³⁷⁵ „GM Müller‘ hat seine Position als Funktionär der Landsmannschaft Pommern auszubauen. [...] Das Schwergewicht muß in der [...] ideologischen Beeinflussung des Vorsitzenden [P. ...] liegen. Der Genannte ist in den demokratischen Sektor [Ost-Berlin] einzuladen und mit den Verhältnissen im demokratischen Teil Berlins vertraut zu machen.“³⁷⁶ Oder ein zweites Beispiel: „Der ‚GI Petersen‘ hat [...] seine Beziehungen zur Landsmannschaft Westpreußen weiter auszubauen. Diese Verbindung gewinnt an besonderem Wert, da der [H. ...] als sogenannter Kontaktbetreuer gegenüber Personen aus der DDR arbeiten soll. Die Arbeit an [H. ...] soll zur vollständigen Aufklärung der Person sowie deren Verbindungen führen.“³⁷⁷ Des weiteren standen zehn „GIs“ zur Verfügung, deren Verbindungen zu den landsmannschaftlichen Organisationen in West-Berlin noch ungenügend waren. Die Anweisung an sie lautete: Ihre Mitgliedschaft in der Landsmannschaft und der jeweiligen Heimatgruppe festigen, persönliche Beziehungen zu Funktionären herstellen und nach Möglichkeit selbst Funktionär werden. Alle „GIs“ erhielten den Auftrag, jede Möglichkeit wahrzunehmen, um das „Haus der ostdeutschen Heimat“ aufzusuchen, dort Vorträge und Ausstellungen besuchen, die „Juristische Beratungsstelle“ zu nutzen, um letztlich Kontakte zu Mitarbeitern des Hauses zu knüpfen.³⁷⁸ Alle diese „Geheimen Informatoren“ der Staatssicherheit auf

³⁷² Vgl. Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 133, 134.

³⁷³ Vgl. ebenda, Bl. 135.

³⁷⁴ Vgl. ebenda, Bl. 135–137.

³⁷⁵ Die Namen der Personen sind aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.

³⁷⁶ Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 135.

³⁷⁷ Ebenda, Bl. 137.

³⁷⁸ Vgl. ebenda, Bl. 137, 138.

der „Linie Landsmannschaften“ aber waren DDR-Bürger, die ihr MfS-Informanten-Tätigkeit nebenberuflich ausübten.

Die Dienstbesprechungen der für die Bearbeitung der Landsmannschaften zuständigen MfS-Hauptabteilung V/3 in Ost-Berlin und ihrer Abteilungen V/3 auf Bezirksebene im Dezember 1959 und im Januar und Februar 1960 bestätigten ihr bisheriges Vorgehen: „Die Hauptmethoden der Bekämpfung der revanchistischen Landsmannschaften müssen die ideologische Beeinflussung und die Zersetzung“ bleiben.³⁷⁹ Die MfS-Bezirksleitungen erhielten den Auftrag, „Umsiedler“-Konzentrationen in ihren Kreisen und Bezirken auszumachen und besser zu beobachten. Vor Vertriebenenentreffen in West-Berlin und Westdeutschland sollten Gerüchte z. B. über Terminverschiebungen oder verschärfte DDR-Polizeikontrollen in Umlauf gebracht werden, um Verunsicherungen zu erzeugen und „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR abzubringen, an diesen Treffen in West-Berlin teilzunehmen. Wenn die MfS-Bezirksverwaltungen Kenntnis von „Umsiedlern“ hatte, die stets zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin fuhren, sollte auf jeden Fall der Versuch unternommen werden, sie durch persönliche Gespräche und durch Vorladungen bei den MfS-Kreisdienststellen von der Teilnahme abzubringen.³⁸⁰ Auch galt es, ein Augenmerk auf jene „Umsiedler“ in den DDR-Bezirken und Kreisen zu legen, die regelmäßig Verwandtenbesuche aus West-Berlin bzw. Westdeutschland erhielten. Diese Verwandten könnten sich als Mitglieder in Vertriebenenverbänden erweisen und sich für eine mögliche „GI“-Werbung eignen.³⁸¹ Die MfS-Abteilungen „M“ – Postkontrolle – auf zentraler wie auf Bezirksebene erhielten zudem die Weisung, sicherzustellen, daß keine „Heimatzeitungen, Umsiedlerliteratur und andere revanchistische Hetzschriften“ ihre Adressaten in der DDR erreichten.³⁸² In den Augen der Staatssicherheitsbediensteten waren alle diese Maßnahmen darauf gerichtet, zu verhindern, daß „der Gedanke des Revanchismus in die Kreise der ehemaligen Umsiedler in der DDR getragen“ wird und eben diese „Umsiedler [...] durch ideologische Beeinflussung [...] in Gegensatz zu unserem Staat, der Partei und Regierung“ gebracht werden.³⁸³

1959 und 1960 fand in West-Berlin eine größere Zahl an Vertriebenenentreffen, an zentralen Veranstaltungen der Landsmannschaften, statt. Dazu zählten zum Beispiel die Ostpreußentreffen am 17. Mai 1959 und am 8. April 1960, das Treffen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg 17. bis 19. Juni 1960 oder der jährliche „Tag

³⁷⁹ Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 147.

³⁸⁰ Vgl. ebenda, Bl. 147–149.

„In Verbindung mit der [MfS]-Abteilung XIII [Verkehr] ist zu erreichen, daß die DDR-Teilnehmer an Veranstaltungen der Landsmannschaften bei den Zugkontrollen namentlich erfaßt werden. Mit bestimmten Personen können ... Aussprachen während der Anreise durchgeführt werden. Entsprechend der politischen Lage besteht die Möglichkeit, einen Teil der Teilnehmer an Treffen in Westberlin bereits bei den Kontrollpunkten der Grenzpolizei um Berlin zurückzuschicken.“ Ebenda, Bl. 148.

³⁸¹ Vgl. Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 151.

³⁸² Vgl. ebenda, Bl. 149.

³⁸³ Ebenda, Bl. 141.

der Heimat“ am 6. September 1959 bzw. am 3./4. September 1960.³⁸⁴ Im Juli und August 1960 rüsteten sich die Staatssicherheit und die SED-Agitatoren, um massiv mit geheimdienstlichen und mit propagandistischen Methoden gegen die zentrale jährliche Großveranstaltung der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen – den „Tag der Heimat“ – vorzugehen. Nach Ansicht des SED-Politbüros würde die „provokatorische Veranstaltung“ „Tag der Heimat 1960“ zur „Verstärkung der psychologischen Kriegsführung, zur militaristischen, chauvinistischen und revanchistischen Hetze [...] gegen die Deutsche Demokratische Republik“ genutzt. Die „Durchführung des ‚Tags der Heimat 1960‘ in Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, unterstreicht die Anomalität der Lage in Westberlin und soll zu einer weiteren Verschärfung des kalten Krieges und der Frontstadtpolitik in Westberlin führen.“³⁸⁵ Die SED-Spitze unterließ es nicht, politisch, agitatorisch, geheimdienstlich und mit Drohmaßnahmen alles zu unternehmen, um die gespannte Lage in Berlin unter Kontrolle zu bekommen. Die Zahlen der sogenannten Republikflüchtigen waren wieder dramatisch angestiegen: 1959 verließen 144 000 Bürger die DDR, 1960 waren es sogar 199 000.³⁸⁶

In Presse und Rundfunk verbreiteten die SED-Ideologen ihre Überzeugung, daß der Sinn dieser Vertriebenengroßveranstaltung darin liege, die Vertriebenen in Ost und West aufzuwiegeln für die „Durchsetzung des Bonner Konzepts zur gewaltsamen Wiedergewinnung des sogenannten deutschen Ostens [...] unter Einverleibung der DDR, [...], [der] Beseitigung der im Potsdamer Abkommen festgelegten deutschen Grenzen [...] und der [...] ‚Befreiung‘ des gesamten sozialistischen Lagers [...]“.³⁸⁷ In Zeitungsartikeln, Flugblättern, in öffentlichen Stellungnahmen, z. B. des Ost-Berliner Oberbürgermeister, Friedrich Ebert und in Sendungen des Rundfunks, über organisierte Protestschreiben an den West-Berliner Senat sowie durch das Versenden von Protest- und Agitationsmaterialien an die Tagungsstätten und Lokale der Heimatkreiszusammenkünfte der Landsmannschaften protestierte die DDR lautstark gegen den „Aufmarsch der Revanchisten“ in West-Berlin.³⁸⁸ Allein die aufmachenden Artikel im „Neuen Deutschland“ Ende August/Anfang September 1960 veranschaulichen das Aufgebot an Propaganda: „Revanchisten wollen ihr Fußvolk aufputschen“, „Die Welt erkennt und verabscheut Revanchehetze“, „Offener Brief des Nationalrats an die Umsiedler in Westberlin: Geht Revanchisten nicht auf den Leim“, „Provokationen werden nicht geduldet. 100 000 Dresdner protestieren gegen Mißbrauch Westberlins für Revanchehetze“, „Echo im Ausland beweist: Revanchisten in Bonn isoliert“

³⁸⁴ Vgl. Ostpreußentreffen 1959, 1960, 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 152–169; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, in: ebenda, MfS-BdL/Dok. 003049, Bl. 11, 12; „Tag der Heimat“, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 33–41, 188, 189; Geplante Treffen von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden, in: BStU MfS ZAIG 4382, Bl. 1–28, 50–67.

³⁸⁵ Maßnahmen gegen das Revanchistentreffen am 3. und 4. September 1960 in Westberlin, Politbüroprotokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 8.

³⁸⁶ Vgl. Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, S. 302, 304.

³⁸⁷ Bonner Revanchismus, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/20/191, Bl. 326.

³⁸⁸ Vgl. ebenda, Bl. 326–335; Maßnahmen gegen das Revanchistentreffen am 3. und 4. September 1960 in Westberlin, Politbüroprotokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 1–14.

oder „Warnung der DDR-Regierung von den Westberlinern beachtet: Mehrheit blieb Revanchistentreffen fern“³⁸⁹ – dies entsprach nicht den Tatsachen, denn der „Tag der Heimat“ war durchschnittlich gut besucht.

Die DDR-Regierung ging in dieser Situation so weit, sich erstmals folgende Anordnung anzumaßen: In der Zeit vom 1. bis 4. September 1960 untersagte der DDR-Minister des Innern Bürgern der Bundesrepublik ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung das Betreten der Hauptstadt der DDR. Die lapidare Begründung dazu lautete: Diese Maßnahme sei notwendig „im Interesse der Sicherung des Friedens“.³⁹⁰ Verstärkte Kontrollen der Polizei und der Staatssicherheit in den Tagen vom 1. bis 4. September 1960 hatten das Ziel, möglichst viele „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR abzuhalten, den „Tag der Heimat“ in West-Berlin zu besuchen. Die Besucher der Veranstaltung aus Westdeutschland sollten an den Berliner Sektorengrenzen schikanösen und zeitraubenden Kontrollen unterzogen werden. Und die Westberliner sollten über Propaganda beeinflusst werden, die Treffen der Vertriebenenverbände weitgehend zu ignorieren. Die Transport- und Volkspolizei von Groß-Berlin, Frankfurt/O., Potsdam und Neubrandenburg führte verstärkte Zugkontrollen zwischen dem 3. und 5. September 1960 durch, offensichtliche „Umsiedler“ aus der DDR wurden namentlich erfaßt und in ihre Wohnorte zurückgeschickt.³⁹¹ Aber dieses Vorgehen stand unter dem Vorbehalt, daß dadurch keine Unruhe unter der Bevölkerung ausgelöst werden sollte.³⁹² Führen größere organisierte Vertriebenengruppen von West-Berlin über das Territorium der DDR nach Westdeutschland zu zentralen Vertriebenentreffen, so wurden diese drangsalierenden Kontrollen unterzogen. Im Juni 1961 fand das Bundestreffen der Schlesier in Hannover statt. Das SED-Politbüro beauftragte ihre Verantwortlichen für Sicherheitsfragen, Erich Honecker und Erich Mielke, zu folgendem Vorgehen: „Die Autobusse und Fahrzeuge von [...] Reisenden [zum Schlesiertreffen] und sie selbst sind bei Hin- und Rückreise gründlich zu untersuchen. Angebrachte Losungen sind in geeigneter Weise zu übermalen. Bei Rückreise sind gefundene revanchistische Materialien abzunehmen.“³⁹³

Seit Anfang August 1960 existierten Planungen in der MfS-Zentrale über den geheimdienstlichen Einsatz zum „Tag der Heimat“ am 4. September. Das Interesse richtete sich auf die zentrale Großveranstaltung in der West-Berliner „Waldbühne“ und auf die anschließend stattfindenden Heimatkreistreffen der einzelnen Landsmannschaften. Die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin brachte alle in ihren Augen qualifi-

³⁸⁹ In: ND, 30. August 1960, S. 2; 31. August 1960, S. 1; 1. September 1960, S. 1, 2. September 1960, S. 1; 3. September 1960, S. 1; 5. September 1960, S. 1.

³⁹⁰ Vgl. Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960, in: BStU MfS-BdL/Dok.000658, Bl. 2–5; „Erklärung der Regierung der DDR gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze“, in: ND, 31. August 1960, S. 1.

³⁹¹ Vgl. MfS-Minister: Revanchistentreffen, 4. September 1960, in: BStU MfS-BdL/Dok.000658, Bl. 1–4.

³⁹² Vgl. ebenda, Bl. 2; Befehl des Präsidenten der VP Berlin: Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960, in: BStU MfS-BdL 015585, Bl. 1–7; MfS-Neubrandenburg: Revanchistentreffen, 17. August 1960, in: BStU MfS BV Neubrandenburg Abteilung XX 235, Bl. 222–223.

³⁹³ Sitzung des SED-Politbüros am 9. Juni 1961, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2A/825.

zierten „Geheimen Mitarbeiter“ auf der „Linie Landsmannschaften“ zum Einsatz. Die Auswahl und Einweisung der „Informanten“ erfolgte ab der zweiten Augustwoche 1960. Die Aufgabenstellung hieß: 1. Einen allgemeinen Bericht – Zahl der Teilnehmer, Stimmung und politische Äußerungen auf den Treffen – über die Großveranstaltung in der „Waldbühne“ und über die Heimatkreiszusammenkünfte abzugeben und 2. Personen aus der DDR und ihre Personalien ausfindig zu machen, die an den Vertriebenenveranstaltungen teilnahmen.³⁹⁴ Die MfS-Mitarbeiter empfahlen den „GIs“ verschiedene „Legenden“ für das Eindringen in die Landsmannschaften bzw. die jeweiligen Heimatkreise während der Veranstaltungstage. Die unverkennbar aus der DDR stammenden „Informanten“ sollten ihre Teilnahme damit begründen, daß sie alte Bekannte und Freunde wiederfinden bzw. treffen oder Meinungen der West-Berliner und ihrer Politiker über die Oder-Neiße-Grenze erfahren wollen oder daß sie vom Landsmannschaftstreffen gehört und kurzfristig Interesse daran gefunden hatten. „Informanten“, die nicht aus den ehemaligen Ostgebieten stammten, sollten als „Legende“ angeben, daß sie beim zufälligen Sonntagsspaziergang auf das Vertriebenenentreffen in der „Waldbühne“ aufmerksam geworden seien. Sie sollten behaupten, politische Gegner der DDR-Regierung und der Oder-Neiße-Grenze zu sein oder Interesse an der ostdeutschen Volkskunst zu haben bzw. die angekündigten 4,-- DM-Westmark in Form von Wertbons erhalten zu wollen.³⁹⁵ Der Stellvertretende MfS-Minister Bruno Beater entschied, nur solche „Inoffizielle Mitarbeiter“ zum „Tag der Heimat“ nach West-Berlin zu entsenden, die „qualifiziert“ seien. Darunter verstand er jene „GIs“, die gute Verbindungen zu Landsmannschaftsfunktionären unterhielten bzw. herstellen könnten und offensiv auftretende „Informanten“, die den „revanchistischen Charakter“ der Treffen entlarven würden.³⁹⁶

Am 31. August 1960 hatte die Staatssicherheitsverwaltung von Groß-Berlin ihre Aufstellung und Einteilung von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ für den „Tag der Heimat“ am 4. September 1960 in West-Berlin fertiggestellt. Es läßt sich vermuten, daß für jede tagende Heimatkreisgruppe der in West-Berlin organisierten einzelnen Landsmannschaften mindestens ein „Informant“ von der MfS-Zentrale vorgesehen war.³⁹⁷ Diese „Informanten“ waren, wie bereits erwähnt, keine professionellen MfS-Mitarbeiter. Zur Bespitzlung der Landsmannschaft Schlesien und ihrer Heimatkreise hatte man 33 „Geheime Informanten“ ausgewählt, für die Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark 16 „GIs“, für die Pommersche Landsmannschaft 29 „GIs“, für die Landsmannschaft Ostpreußen 31 und für die der Westpreußen 5 „GIs“, für die Sudeten-deutsche Landsmannschaft 5 „Informanten“, für die Landsmannschaft Wartheland 6 „Informanten“ und für die Landsmannschaft Buchenland-Deutsche 1 „Geheimer

³⁹⁴ Vgl. Aufgabenstellung für die „IM“, die zum „Tag der Deutschen“ zum Einsatz gelangen, 8. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 218, 219.

³⁹⁵ Vgl. ebenda, Bl. 217, 218.

³⁹⁶ Vgl. Revanchistentreffen am 4. September 1960 in Westberlin, 12. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 222.

³⁹⁷ Vgl. Aufstellung von IM, die zum „Tag der Heimat 1960“ zum Einsatz gelangen sollen und Einsatz in den einzelnen Heimatkreisgruppen, 31. August und 2. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224–239.

Informant“. Insgesamt also kamen am „Tag der Heimat“ 126 „Informanten“ der MfS-Bezirksverwaltung Ost-Berlin zum Einsatz.³⁹⁸ Die größten Zusammenkünfte am 4. September 1960 wurden gemeldet von der Heimatkreisgruppe Soldin mit zirka 500 Personen, viele davon aus der DDR, und von der Kreisgruppe Züllichau mit 350 Teilnehmern. Alle zwei Kreisgruppen gehörten zur Landsmannschaft Ostbrandenburg. Aus der Mitte der Landsmannschaft Pommern kamen zum Heimatkreis Naugard 250 Teilnehmer und zur Kreisgruppe Lauenburg 200 Personen. Aus der Heimatgruppe Memelkreis der Landsmannschaft Ostpreußen kamen rund 400 Teilnehmer zusammen. Auf dem Landsmannschaftstreffen Oberschlesien trafen sich 1000 Oberschlesier, bei den Sudetendeutschen waren es rund 900. Aus der Heimatgruppe der ehemaligen Breslauer der Landsmannschaft Schlesien kam die Information über etwa 500 Teilnehmer, davon sollen 150 aus Ost-Berlin bzw. der DDR gewesen sein.³⁹⁹

Die überlieferten Berichte der eingesetzten MfS-Spitzel hatten sehr unterschiedliche Aussagewerte, qualitativ für das MfS nutzbar waren eher wenige. Relativ übereinstimmend schilderten die „Informanten“ die zentrale Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften, die unter dem Motto stand: „Selbstbestimmung auch für Deutsche“. Die West-Berliner „Waldbühne“ sei zu etwa 80 Prozent mit rund 18 000 bis 20 000 Vertriebenen besetzt gewesen. Der Anteil der Ostberliner bzw. DDR-Bürger konnte nicht wirklich geschätzt werden. Einige „Informanten“ behaupteten, die Zahl der DDR-Bewohner sei verschwindend gering gewesen, andere meinten hingegen, sie war durchaus beträchtlich. „Den Reden von [Willy] Brandt und [Ernst] Lemmer zollten die Umsiedler viel Beifall“, so berichteten einhellig die MfS-Spitzel. Beide Politiker hätten mit keinem Wort die Notwendigkeit erkennen lassen, aus der vergangenen Hitlerzeit zu lernen. Brandt und Lemmer hätten zwar an das polnische Volk appelliert, daß die Heimatvertriebenen keine Revanchegelüste in sich trügen, aber zugleich auf das angestammte „Recht auf Heimat“ gepocht. Die Redner hätten jedoch versichert, die alten deutschen Gebiete nicht mit militärischer Gewalt zurückerobern zu wollen. Doch seien die Reden von Lemmer und Brandt auch „durch unqualifizierte Äußerungen gegen unsere Staatsfunktionäre – wie der ‚Spitzbart Ulbricht‘ muß weg“ – aufgefallen.⁴⁰⁰ Weitgehend übereinstimmend berichteten die „Geheimen Informanten“, daß zu den Veranstaltungen überwiegend ältere Vertriebene und darunter anteilig mehr Frauen erschienen seien. Die im Anschluß an die Waldbühnen-Veranstaltung stattfindenden Heimatkreistreffen wurden Größtenteils als unpolitisches Zusammentreffen, als „gemütliches Zusammensitzen“, als „riesiger Kaffeeklatsch“ und als „Familientreffen“ oder „Familienkaffeetafel“ beschrieben.⁴⁰¹

³⁹⁸ Vgl. ebenda.

³⁹⁹ Vgl. Kurzauswertung des Materials über Kreisgruppen, 14. Oktober 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 244, 245.

⁴⁰⁰ Vgl. GI Ernst: Informationen, 6. September 1960; GI Lommel: Landsmannschaftstreffen, 5. September 1960; IM-Bericht zum Tag der Deutschen, 5. September 1960; Tag der Heimat, 5. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 193, 194, 199–201, 213, 214, 224, 225.

⁴⁰¹ Vgl. GI Herbert, Revanchistentreffen in Westberlin; Landsmannschaft Ostpreußen; GI Flämich, Waldbühnenveranstaltung; Alle Berichte vom 5. und 6. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 40, 41, 99–102.

Ihren wichtigsten Auftrag, Personalien von DDR-Bürgern, die Teilnehmer der Vertriebenenveranstaltungen waren, festzustellen, konnten die „Geheimen Informanten“ nur sehr unzureichend erfüllen. Übereinstimmend berichteten sie, die DDR-„Umsiedler“ hätten sich betont zurückhaltend gegeben, Unbekannten gegenüber das Gespräch verweigert, und eine Einsicht in die Teilnehmerlisten der Heimatkreistreffen wäre durch die Veranstalter unmöglich gemacht worden. Auch habe es eine Reihe von Heimatkreiszusammenkünften gegeben, an denen ohne persönliche Einladungskarte kein Einlaß gewährt wurde und die „Informanten“ nicht eingelassen wurden.⁴⁰²

Erstes und wichtigstes Ziel der MfS-Aktion zum „Tag der Heimat“ 1960 war es, gegen DDR-Bürger vorzugehen, d. h. „gegen die Mitglieder und Anhänger der Landsmannschaften im demokratischen Sektor [Ost-Berlin] und aus der DDR“.⁴⁰³ Erst in zweiter Hinsicht richtete sich das MfS-Vorgehen gegen die Existenz und die Aktivitäten der Vertriebenenverbände. Aber der Erfolg der Aktion war ausgesprochen dürftig. Der Auswertungsbericht der Staatssicherheitszentrale hielt fest: „Durch inoffizielle Mitarbeiter wurden im Verlauf der revanchistischen Veranstaltungen insgesamt 26 Personen aus dem demokratischen Sektor [Ost-Berlin] festgestellt.“⁴⁰⁴ Von diesen konnten nur in elf Fällen die genauen Personalien ermittelt, über drei weitere Personen sollten Angaben über eine „Bilderkennung“, also über Fotoaufnahmen, erlangt werden. Erste Vernehmungen brachten Hinweise zu sieben weiteren Personen, die möglicherweise die Veranstaltungen in West-Berlin besucht hatten. Die Volkspolizei hatte am 4. September drei Personen festgenommen, einen 75-jährigen Eisenbahner, einen 56-jährigen Transportarbeiter und einen 50-jährigen Lokführer. Diese wurden im Schnellverfahren verurteilt – was das bedeutete, bleibt unklar. Bei dem Lokführer stellte sich später heraus, daß er nachweislich keine Verbindungen zu den Landsmannschaften unterhielt. 14 weitere Personen waren von der Polizei bzw. vom MfS vorübergehend festgehalten und vernommen worden. Die Teilnahme am „Tag der Heimat“ und anderen Landsmannschaftstreffen konnte keinem nachgewiesen werden.⁴⁰⁵

In der MfS-Abteilung V/3 in Ost-Berlin lagen letztlich Angaben und Materialien zu 14 Personen vor, die in verschiedener Form Beziehungen zu einer Landsmannschaft in West-Berlin unterhielten.⁴⁰⁶ Die Staatssicherheitsfunktionäre wollten insgesamt bei 47 Personen Befragung und Vernehmung vornehmen. Diese sollte in den Wohnungen der Betroffenen stattfinden, nur die „reaktionären Elemente“ wollte man zur Volkspolizei-Inspektion bzw. zur MfS-Behörde vorladen. Alle Vernehmungen standen unter dem Gebot, Ansätze für eine geheimdienstliche Werbung zu finden

⁴⁰² Vgl. GI Werner zum Waldbühneneinsatz; GI Max Baumann, zum Tag der Heimat; GI Gustav Buchmann, Informationen; Bericht; GI Petersen, Tag der Heimat; GI Olly, Informationen; Alle Berichte vom 5., 6. und 7. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 248–258.

⁴⁰³ Vgl. Aufstellung von IMs, die zum „Tag der Heimat 1960 zum Einsatz kommen, 31. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224.

⁴⁰⁴ Stand der Auswertung des angefallenen operativen Materials während des Revanchistentreffens am 4. September, 9. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 242.

⁴⁰⁵ Vgl. ebenda, Bl. 242, 243.

⁴⁰⁶ Vgl. ebenda, Bl. 243.

oder diesen Personenkreis für geeignete Desinformationen einzusetzen.⁴⁰⁷ In Auswertung aller „GI-Berichte“, der Vernehmungen und Verhöre durch Polizei und MfS sowie im Ergebnis der Analyse zugänglicher öffentlicher Materialien aus Presse und Rundfunk zu den Veranstaltungen um den „Tag der Heimat“ in West-Berlin hatten in der zuständigen MfS-Abteilung Handakten zu entstehen, die Auskünfte über interessierende Heimatkreise und aktive Landsmannschaften enthielten. Gesonderte Akten sollten über „aufgenommene IM-Verbindungen zu den Landsmannschaften“ angelegt werden.⁴⁰⁸ Insgesamt gesehen dürfte die groß angelegte und gut vorbereitete MfS-Aktion gegen die Vertriebenengroßveranstaltung Anfang September 1960 nicht als großer Erfolg gewertet worden sein.

Auch ein Jahr später, 1961, plante und organisierte das MfS in enger Absprache mit der SED-Bezirksverwaltung von Ost-Berlin eine konzertierte Aktion gegen die Vertriebenenveranstaltung in der West-Berliner „Waldbühne“. Wieder legte die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin einen Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat“ am 3. September vor. Die koordinierenden Vorbereitungen begannen am 25. Juli 1961 mit der Feststellung: Der „Tag der Heimat“ ist eine Großveranstaltung „aller revanchistischen Landsmannschaften“. Sie „richtet sich gegen das sozialistische Lager, [...] gegen die Oder-Neiße-Grenze. Der ‚Tag der Heimat‘ dient [...] dazu, Bürger der DDR, die ehemalige Umsiedler sind, im revanchistischen Sinne zu beeinflussen.“⁴⁰⁹ Erklärtes Ziel des MfS-Einsatzes war, jede der zirka 150 Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften am 3. September durch „Inoffizielle Mitarbeiter“ zu überwachen. Dazu müßten noch rund 80 gut qualifizierte Informanten aus den Ost-Berliner MfS-Kreisdienststellen für den Einsatz vorbereitet werden.⁴¹⁰

Neben den Überwachungsmaßnahmen plante das MfS aktive Störmanöver. In Zusammenarbeit mit dem Einheitsjugendverband FDJ sollten sogenannte Dreiergruppen gebildet werden. Diese hatten in den Tagen vor dem 3. September Inhaber der Trefflokale der Landsmannschaften in West-Berlin wiederholt telefonisch so unter Druck zu setzen, daß diese die Zusagen zur Bereitstellung ihre Gasträume für die Heimatkreistreffen zurückzogen.⁴¹¹ Eine weitere MfS-Aktion wurde gegen zirka 30 Landsmannschaftsfunktionäre geplant. In persönlichen Briefen und in im Wohngebiet der Funktionäre verteilten Flugblättern sollten die Funktionäre im SED-Sinne agitiert, aber auch verunsichert werden. „In diesen Schreiben ist zum Ausdruck zu bringen, daß sie als Funktionäre der Landsmannschaften bekannt sind. [...] Ihnen ist der Standpunkt der friedliebenden Kräfte zur [...] Oder-Neiße-Grenze darzulegen. Sie werden aufgefordert, im Interesse der Erhaltung des Friedens, von ihrer aktiven Arbeit in den [...] revanchistischen Landsmannschaften zurückzutreten.“⁴¹² Mit die-

⁴⁰⁷ Vgl. ebenda, Bl. 243.

⁴⁰⁸ Vgl. Maßnahmen zur Auswertung der Berichte der IM, die am 4. September 1960 zum Einsatz gelangten, 6. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 240, 241.

⁴⁰⁹ Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat“ in Westberlin, 25. Juli 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 276.

⁴¹⁰ Vgl. ebenda, Bl. 277.

⁴¹¹ Vgl. ebenda, Bl. 278.

⁴¹² Ebenda.

sem Brief- bzw. Flugblattinhalt wollte man neben der Verunsicherung erreichen, daß der eine oder andere Funktionär seine Arbeit einstellte oder wenigstens einschränkte. Auch griff die Staatssicherheit wieder die Desinformationsstrategie auf. Rechtzeitig zu beschaffende Programme zum „Tag der Heimat“ sollten mit falschen Angaben über die Trefflokale nachgedruckt und vor der „Waldbühne“ verteilt werden, um ein organisatorisches Chaos bei den Heimatkreistreffen der Landsmannschaften zu erzeugen.⁴¹³ Die Vorbereitung aller Maßnahmen hatte bis Mitte August 1961 zu erfolgen – so der MfS-Plan.

Aber der Plan konnte nicht umgesetzt werden. Am 13. August 1961 erfolgte die Grenzschießung in Berlin, und auch die Ost-Berliner MfS-Offiziere der Abteilung V hatten keine Kenntnisse vom Mauerbau. Am 23. August hieß es bezüglich des „Tags der Heimat“ am 3. September, daß nur sechs „IMs“, davon drei Fotografen, zum Einsatz kämen. Und auch dies stand unter einem Vorbehalt, denn die Führungsoffiziere verfügten zehn Tage nach der Grenzschießung über keine Verbindungen nach West-Berlin.⁴¹⁴ Hieran wird auch ersichtlich, daß das MfS nur über sechs „Inoffizielle Mitarbeiter“ auf dem Arbeitsgebiet „Landsmannschaften“ verfügte, die in West-Berlin lebten. Die über 100 „IMs“ der Ost-Berliner MfS-Bezirksverwaltung, die auf dieser „Linie“ in West-Berlin im Einsatz waren, wurden so nicht mehr benötigt. Für sie suchte man neue Einsatzgebiete als Spitzel – möglicherweise die Beobachtung von „Umsiedlergruppen“ in der DDR.⁴¹⁵ Ende August 1961 hörte sich der MfS-Arbeitsplan zum „Tag der Heimat 1961“ deutlich reduziert an. Die sechs Informanten hatten sich bei ihren Beobachtungen auf die zentrale Veranstaltung in der Waldbühne zu konzentrieren und allgemeine Fakten zu liefern wie Teilnehmerzahl und Stimmung auf dem zentralen Vertriebenentreffen, anwesende West-Berliner und Bonner Politiker und die Inhalte ihrer Reden. Jene Informanten, die vermutlich als Pressefotografen agierten, erhielten zudem den Auftrag, von den „höheren Funktionären“ Aufnahmen anzufertigen.⁴¹⁶

Der Abschlußbericht der Staatssicherheit stellte heraus, daß der „Tag der Heimat“ am 3. September 1961 „ganz unter dem Eindruck der von der Regierung der DDR am 13. August getroffenen Maßnahmen“ stand. Am Treffen in der „Waldbühne“ nahmen nur halb so viele Vertriebene, etwa rund 12 000, teil, da keine „Umsiedler“ aus der DDR kommen konnten und Westdeutsche den Weg nach West-Berlin angesichts der

⁴¹³ Vgl. ebenda, Bl. 279, 280.

⁴¹⁴ Vgl. Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern zum „Tag der Heimat“ am 3. September 1961 in West-Berlin, 23. August 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 281.

⁴¹⁵ So ein Fall war „GI Marga“, 1914 in Lodz geboren, sie sprach perfekt polnisch, russisch, tschechisch, englisch und französisch und war auf der „Linie Landsmannschaften“ für das MfS aus „politischer Überzeugung“ tätig. In West-Berlin war sie aktives Mitglied des Heimatkreises Lodz der Landsmannschaft Wartheland; sie lieferte dem MfS regelmäßig Informationen. Nach dem 13. August 1961 kam sie auf der „Linie Landsmannschaften“ nicht mehr zum Einsatz. Vgl. „GI Marga“ 1959–1962, in: BStU MfS AIM 21111/63, P-Akte, Bd. 1, Bl. 1–114.

Ein ähnlicher Fall war „GI Liebelt“. Dieser lieferte von 1957 bis 1961 aus der Kreisgruppe „Graudenz“ der Landsmannschaft Westpreußen in West-Berlin der Ost-Berliner Staatssicherheit detaillierte Berichte. Vgl. Landsmannschaft Graudenz, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 161–191.

⁴¹⁶ Vgl. MfS HA V/3: „Tag der Heimat“ vom 1.–3. September 1961 in Westberlin, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 282–287.

neuen Situation scheuten. Den West-Berliner Veranstaltern der Großkundgebung sei es nicht gelungen, so die MfS-Einschätzung, die fehlende Teilnehmerzahl aus der DDR durch interessierte Westberliner bzw. Westdeutsche zu kompensieren. Wörtlich hieß es dazu: „Insgesamt gesehen muß [...] diese Hetzveranstaltung als Pleite bezeichnet werden, da sie nur 15 Minuten dauerte und von Anwesenden auch die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Westberliner Bevölkerung keinen Anteil daran nahm.“⁴¹⁷ Die Reden des Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen Hans Matthee⁴¹⁸, des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Hans Krüger und des Bonner Vertriebenenministers Ernst Lemmer wurden wie immer pauschal als „Angriffe gegen das sozialistische Lager“ gesehen oder als „revanchistische Hetzreden“ eingestuft. Aufhorchen ließen die MfS-Beamten die Ankündigungen von Matthee und Lemmer, sich dafür einzusetzen, in Zukunft alle wichtigen Veranstaltungen der Landsmannschaften und des BdV nach West-Berlin zu verlegen.⁴¹⁹ Über diese Fakten informierte die MfS-Zentrale die SED-Spitzenfunktionäre Walter Ulbricht, Erich Honecker, ZK-Sicherheitssekretär, Albert Norden, SED-Chefideologe und Paul Verner⁴²⁰, verantwortlich für die „Westarbeit“.⁴²¹ Auch in den Folgejahren erhielten diese SED-Spitzenfunktionäre vom MfS Mitteilungen über den „Tag der Heimat“ in West-Berlin.⁴²²

6. Die aktiven Landsmannschaften in West-Berlin

Noch vor dem Mauerbau, ab zirka 1959, konzentrierten sich die Staatssicherheitsmitarbeiter der sogenannten Arbeitslinie Revanchistenorganisationen auf die mitgliederstarken Landsmannschaften in West-Berlin. Es standen vor allem die organisierten Ostpreußen und Schlesier im Visier der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Einen verschärften Blick hatten MfS und SED-Spitze auch immer auf die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Der geographischen Situation von Berlin mitten im Land Brandenburg geschuldet, nahmen an diesen Landsmannschaftstreffen sehr viele „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR, die vermutlich zum großen Teil aus Ostbrandenburg stammten, teil. Zum Bundestreffen der Berlin-Mark Brandenburger waren 1960 20 000

⁴¹⁷ Ebenda, Bl. 302.

⁴¹⁸ Dr. Hans Matthee, Jurist, geboren 1899 in Königsberg/Ostpreußen, Anwaltspraxis in Königsberg, ab 1947 in Berlin, CDU-Mitglied, 1951–1957 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1. Vorsitzender des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen von 1959 bis 1969. Vgl. Wer ist wer?, West-Berlin 1962, S. 975f.

⁴¹⁹ Vgl. Einzelinformation über die revanchistische Veranstaltung in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS ZAIG 511, Bl. 3; Abschlußbericht über den „Tag der Heimat“ am 3. September 1961 in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 299–303.

⁴²⁰ Paul Verner (1911–1986), SED-Funktionär, ab 1958 im SED-Politbüro, verantwortlich für die „Westarbeit“ im ZK-Apparat. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 873f.

⁴²¹ Vgl. Einzelinformation über die revanchistische Veranstaltung in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS ZAIG 511, Bl. 1–4.

⁴²² Vgl. Revanchistisches Treffen am 2. September 1962 in der Westberliner Waldbühne, 18. und 25. August 1962, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 359–369; ZAIG 647, Bl. 1–4.

Teilnehmer und davon 10 000 aus der DDR ermittelt worden.⁴²³ Auch zu den Treffen der Ostpreußen und der Schlesier kamen vor dem Mauerbau viele Vertriebene aus der DDR. Beide Landesverbände entwickelten in West-Berlin größere Aktivitäten, die auch ihre Wirkung und Anziehung auf die „Umsiedler“ aus der DDR entfalteten.

Die Landsmannschaft der Ostpreußen hielt regelmäßig zu Pfingsten in West-Berlin ein jährliches Ostpreußentreffen ab. Die Großveranstaltungen fanden auch in der Waldbühne statt. Die Ostpreußen hatten sich zu ihren zentralen Treffen am 7. Juni 1958, am 17. Mai 1959 und am 8. April 1961 in West-Berlin zusammengefunden. SED-Führung und Staatssicherheitsdienst empfanden es grundsätzlich als Provokation, wenn die Vertriebenenorganisationen ihre zentralen Veranstaltungen in West-Berlin abhielten. Der DDR-Protest wurde zu einem jährlich wiederkehrenden Ritual. Zu den Pfingsttreffen der Ostpreußen 1959 kamen zirka 20 000 Menschen, von denen ein Drittel, so schätzte die Staatssicherheit, DDR-Bürger waren.⁴²⁴ Der West-Berliner Landesverband der organisierten Ostpreußen zählte nach Angaben eines „Inoffiziellen Mitarbeiters“ rund 3000 Mitglieder, darunter waren 1000 ehemalige Ostpreußen aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR.⁴²⁵

Die MfS-Zentrale hatte bis Oktober 1960 eine erste umfangreichere Akte über die Landsmannschaft Ostpreußen erarbeitet.⁴²⁶ Sie sah in den organisierten Ostpreußen einen Verband, der unberechtigten Anspruch auf sowjetische und polnische Staatsgebiete erhob. Die Staatssicherheitspolizei hatte beobachtet, daß es der Landsmannschaft bisher nicht gelungen war, eine größere Anhängerschaft hinter sich zu bringen.⁴²⁷ Begründet wurde das damit, daß die Ostpreußen sehr viel weniger als die Schlesier oder die Pommern an eine Rückkehr in die alte Heimat glaubten.⁴²⁸ Ihre Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg mit ersten großen Gebietsverlusten für das Deutsche Reich und den Kriegserfahrungen im Osten am Ende des Zweiten Weltkriegs ließen die Ostpreußen an eine Rückkehr vermutlich kaum glauben.⁴²⁹

⁴²³ Vgl. Bevorstehendes Bundestreffen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, 31. Mai 1961, in: BStU MfS ZAIG 423, Bl. 1, 2; Verschiedene Rundschreiben der LM Berlin-Mark Brandenburg 1960, in: ebenda, MfS HA XX 5439, Bl. 22–25.

⁴²⁴ Vgl. Ostpreußentreffen Pfingsten 1959, 20. Mai 1959; Großveranstaltung der Ostpreußen am 8. April 1961; Ostpreußentreffen am 7. Juni 1958; Ostpreußentreffen am 30. Oktober 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 152–160.

⁴²⁵ Vgl. IM-Bericht vom 12. April 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 184, 185.

⁴²⁶ Vgl. MfS-Hauptabteilung V/3: Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 1–185.

⁴²⁷ Bei mehr als 1,3 Millionen vertriebener Ostpreußen kam das zentrale Publikationsorgan „Das Ostpreußenblatt“, ein Wochenblatt, auf eine Auflagenhöhe von 125 000 Exemplaren. Vgl. Einschätzung der Tätigkeit der LM Ostpreußen, 19. Januar 1961, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 37.

⁴²⁸ Vgl. Einschätzung der Arbeit der Ostpreußischen Landsmannschaft, 26. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 27–30.

⁴²⁹ Der Vertriebenenfunktionär Linus Kather, ein Ostpreuße, dazu: „[...] ich war mir stets darüber klar, daß im Falle des Kriegsverlustes die Lage Ostpreußens eine sehr prekäre sein würde. Nicht etwa, daß diese Provinz weniger deutsch war als die beiden anderen [Schlesien und Pommern]. Gerade bei Ostpreußen läßt sich der zu über 99 Prozent deutsche Charakter nachweisen [...]. Aber die Lage der Provinz als Insel, der Drang Polens zur Ostsee, die Schwierigkeiten und die Absurdität des früheren polnischen Korridors, das waren alles Dinge, die bei einem verlorenen Krieg Schlimmes erwarten ließen.“ Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 19.

Den Vorsitzenden der Landsmannschaft Alfred Gille bezeichneten die MfS-Mitarbeiter – nicht unberechtigt – als einen „ehemaligen Nazifunktionär“. Bereits im März 1956 hatte die Staatssicherheit den Versuch gestartet, einen MfS-Spitzel bei Alfred Gille zu plazieren. Ein „GI Held“, eine 55-jährige Frau, die auch aus dem Geburtsort Gilles, aus Insterburg/Ostpreußen stammte und nun in Gera lebte, hatte über ihren Onkel, der vor 1945 freundschaftlich mit Gille verkehrt hatte, diesen damals kennengelernt. Die „Geheime Mitarbeiterin“ sollte nun in Hamburg ihre damalige Bekanntschaft mit Gille auffrischen. Ob das gelang, konnte jedoch nicht geklärt werden.⁴³⁰

Der Staatssicherheitsdienst hatte die personelle Zusammensetzung des Vorstands der Landsmannschaft Ostpreußen, die Leitungen der zehn bestehenden Landesgruppen in der Bundesrepublik sowie die in West-Berlin bestehenden 15 Heimatkreise mit ihren Leitern zusammengestellt. Hans Matthee, ein Ostpreuße, der den Vorsitz der West-Berliner Landesgruppe der Vertriebenen innehatte, saß zugleich als ein Stellvertreter im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen.⁴³¹ An Informationen über Hans Matthee war das MfS interessiert. Es erstellte einen detaillierten Lebenslauf, hatte über eine mögliche NSDAP-Mitgliedschaft nachgeforscht und nichts in Erfahrung bringen können und auch keine verwandtschaftlichen Beziehungen in die DDR gefunden. Abschließend hieß es im MfS-Personendossier über ihn: Alle weiteren „geführten Ermittlungen [in Berlin-Wilmersdorf] scheiterten daran, daß er seine Hausangestellte angewiesen hat, alle Personen, die sich nach ihm erkundigen, sofort der Polizei zu übergeben.“⁴³²

Neben dem vergeblichen Versuch, Hans Matthee geheimdienstlich zu bearbeiten, richtete sich die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf den Geschäftsführer der Landesgruppe Ostpreußen im West-Berliner „Haus der ostdeutschen Heimat“ und den Vorsitzenden des Heimatkreises Lyck der Landsmannschaft in West-Berlin. In beiden Fällen hatte das MfS verwandtschaftliche Verbindungen in die DDR ermittelt. Das erklärte Ziel der Staatssicherheit lautete: „Diese Verbindungen werden aufgeklärt, um Voraussetzungen für eine qualitative Werbung zu schaffen.“ Ob sie erfolgreich war, konnte nicht geklärt werden.⁴³³

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte in der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen in der Hamburger Parkallee einen Spitzel plaziert, der aber nicht in den Führungsgremien der Landsmannschaft saß. „IM Sitha“ war vermutlich eine Sekretärin im Vorzimmer des Vorsitzenden der Landsmannschaft Dr. Alfred Gille.⁴³⁴ Sie überbrachte dem MfS alle 39 Namen, persönliche Daten und Arbeits-

⁴³⁰ Vgl. MfS-Gera an MfS-Ostberlin: Betr. BHE-Bundestagsabgeordneter Gille, 22. März 1956, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 10, 11.

⁴³¹ Vgl. MfS-Hauptabteilung V/3: Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 3–12, 42–52.

⁴³² Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Hans Matthee, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 136, 137.

⁴³³ Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 13.

⁴³⁴ In einem ihrer IM-Berichte hieß es: „Die im Vorzimmer tätigen Sekretärinnen bekamen zu meiner Zeit [?] ein Gehalt von DM 800, [...] während ich nur DM 375 bekam. Dafür hatte ich aber alles, wie Essen und dergleichen bei Dr. Gille frei.“ Bericht: Hauptamtliche Mitarbeiter bei der

gebiete der hauptamtlichen Mitarbeiter bei der Landsmannschaft Ostpreußen, einschließlich die Information über ihr jeweiliges monatliches Gehalt, das zwischen DM 400,- und DM 1500,- lag. Eine wichtige Information von „IM Sitha“ nach Ost-Berlin lautete, daß über feste Verbindungen der Landsmannschaft in die DDR nichts bekannt sei. Auch habe sie nichts gehört, daß die Landsmannschaft systematische Befragungen von Rentnern aus der DDR zur Sammlung von Informationen durchführe.⁴³⁵

Als nächste Aufgabe hielt der MfS-Plan für die Landsmannschaft Ostpreußen im Januar 1961 fest: „Es ist ständig Material zu erarbeiten und zu veröffentlichen, das den Beweis erbringt, daß [...] es sich bei dem größten Teil der Führer der revanchistischen Organisationen um Personen handelt, die ehemalige Faschisten, Militaristen und Großgrundbesitzer waren und führende Funktionen im Staatsapparat und in der NSDAP sowie deren Gliederungen inne hatte.“⁴³⁶ Daß ein Ostpreußen-Funktionär auch eine andere – eine „anti-nazistische“ – Vergangenheit haben könnte wie beispielsweise Linus Kather, schien von vornherein nicht in die Vorstellung und das Konzept der Staatssicherheit zu passen, bzw. es war für sie nicht interessant, weil sie es nicht für ihre Zwecke verwenden konnte.

Ähnliche Analysen erstellte die Staatssicherheit um 1960 auch für die Sudetendeutsche⁴³⁷ und die Schlesische Landsmannschaft. Auch bei der Landsmannschaft Schlesien stellte die MfS-Bezirksverwaltung von Berlin gesteigerte Aktivitäten gerade in West-Berlin fest. Mit besonders vielen Veranstaltungen sollten die ehemaligen Schlesier, die nun in der DDR lebten, angesprochen werden. Die Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin organisierte Anfang 1960 im „Haus der ostdeutschen Heimat“ eine große Schlesierausstellung. Für Ost-Berliner aus früheren schlesischen Gebieten bot man regelmäßig Busrundfahrten durch West-Berlin an. Am 28. Mai 1961 kamen bei einem Schlesiertreffen in West-Berlin rund 2500 Landsleute zusammen, darunter rund 500 aus der DDR.⁴³⁸ Die „Gruppe der Breslauer“ mit 500 eingetragenen Mitgliedern schien ebenfalls viele Ost-Berliner an sich zu binden.⁴³⁹ Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS in Ost-Berlin sammelte 1960 und

LM Ostpreußen mit Sitz in Hamburg 13, Parkallee 86, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 58.

Vermutlich gelang es dem MfS, einen weiteren Spitzel bei Gille einzuschleusen. Der „IM“ mit dem Decknamen „Held“ war wieder eine Frau, 1901 geboren, stammte aus Lützen/Ostpreußen, dem Herkunftsort von Gille. Der Onkel der „Inoffiziellen Mitarbeiterin“ war in der NS-Zeit mit Gille persönlich bekannt gewesen. Vgl. BHE-Bundestagsabgeordneter Gille, 22. März 1956, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 10, 11.

⁴³⁵ Vgl. Bericht: Hauptamtliche Mitarbeiter bei der LM Ostpreußen mit Sitz in Hamburg 13, Parkallee 86, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 53–59.

⁴³⁶ Einschätzung der Tätigkeit der LM Ostpreußen, 19. Januar 1961, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 39.

⁴³⁷ Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1960–1965, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 3–92.

⁴³⁸ Vgl. Besuch der Schlesierausstellung, 19. Februar 1960, und Schlesiertreffen am 28. Mai 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 242, 247–249.

⁴³⁹ Vgl. GI-Bericht, 16. Dezember 1960; GI-Bericht, 11. Mai 1961; GI-Bericht, 20. Februar 1956; Landsmannschaft Breslau, 12. Januar 1960, Bericht: Landsmannschaft Breslau, 14. März 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 263, 275, 282, 300, 311.

1961 monatlich Berichte über die Tätigkeit der schlesischen Landsmannschaft. Das MfS beobachtete die Vielzahl der Treffen und Veranstaltungen. Im Dezember 1960 hatte es in West-Berlin 49 dieser Veranstaltungen gegeben, bis Mitte Januar 1961 kamen weitere 27 hinzu, darin nicht mitgerechnet die 15 Zusammenkünfte der „Schlesischen Jugend“.⁴⁴⁰ Das MfS hielt dazu im Mai 1961 zusammenfassend fest: „Die zahlenmäßig [...] stärkste und [...] aktivste Landsmannschaft in Westberlin ist die Landsmannschaft Schlesien. Schätzungsweise gibt es zirka 3500 Mitglieder, welche jedoch ihre Familien zu [...] Treffen [...] mit heranziehen. [...] Hinzu kommen solche Umsiedler, die nicht Mitglieder der Landsmannschaft sind. [Dazu ...] gehören die Bürger der DDR. Die Landsmannschaft Schlesien in Westberlin ist eine gut organisierte Revanchistenvereinigung. Es existieren 13 Bezirksgruppen, entsprechend den Westberliner Verwaltungsbezirken und 50 ‚Heimatgruppen‘, entsprechend den früheren Wohngebieten. Diese Gruppen [...] treffen sich monatlich. [...] Insgesamt sind 40 Gaststätten bekannt, in denen regelmäßig Treffen der [...] Schlesier stattfinden. [...] Die Landsmannschaft gibt in Westberlin ein eigenes Publikationsorgan ‚Unsere schlesische Heimat‘ heraus, [...] das üble Hetze gegen die DDR und die sozialistischen Länder betreibt. [...] Die [...] Funktionäre sind ausgesprochene Revanchisten. Sie gehören der CDU oder der SPD an. Einige [...] waren ehemalige Faschisten und treten noch heute als solche in Erscheinung. [...] War man bisher bemüht, die Landsmannschaft Schlesien als harmlosen Heimatverein hinzustellen, so hat sich dies stark verändert. Jetzt betont man immer stärker die Landsmannschaft als politische Kampforganisation.“⁴⁴¹

Die Staatssicherheit vermerkte, daß sich die Schlesier und die Oberschlesier nicht nur in West-Berlin rivalisierend gegenüberstanden, sich gegenseitig ihre Mitglieder streitig machten, sondern daß auch an einer straffen Vereinigung aller ehemaliger Schlesier gearbeitet werde. Die organisierten Schlesier würden des weiteren verstärkt versuchen, ein positiveres Verhältnis zu Polen aufzubauen. Über Wirtschaftshilfen, Paketaktionen und persönliche Reisekontakte sollte das polnische Volk gewonnen werden, während offizielle Kontakte mit der polnischen kommunistischen Regierung, die ständig die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte, strikt abgelehnt würden.⁴⁴² Und ein Weiteres vermerkte das MfS: Ein Dr. Herbert Hupka setze sich in der Landsmannschaft Schlesien bundesweit als „verantwortlicher Ideologe“ mit dem Slogan eines gegenwärtig existierenden „dreigeteilten Deutschland“ durch.⁴⁴³ Auch trete er dafür ein, das Geschick der Schlesier in der westdeutschen Gesellschaft breiteren Bevölkerungskreisen bekanntzumachen.⁴⁴⁴ Herbert Hupka war 1960 Radiojournalist

⁴⁴⁰ Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 31. Januar 1961; Großveranstaltungen der LM Schlesien in Westberlin 1960/61, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 425–428, 371.

⁴⁴¹ Zur Arbeit der Landsmannschaft Schlesien in Westberlin, 11. Mai 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 367, 370.

⁴⁴² Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 20. April 1961, 20. März 1961, 13. März 1961, 17. Februar 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 381–391, 392–402, 403–410, 411–413.

⁴⁴³ Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 31. Januar 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 425.

⁴⁴⁴ Herbert Hupka in seinen Erinnerungen über diese Jahre: „Die Mehrheit der Mitglieder [der Landsmannschaft] war keineswegs politisch bestimmt oder engagiert [...]. Das Soziale stand

in München und Stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.⁴⁴⁵

Der West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft blieb nicht nur wegen vielfältiger Aktivitäten unter strengerer Beobachtung durch die Staatssicherheit. Dem Ministerium war es bereits in den 1950er Jahren gelungen, einen Spitzel in den Landesverband einzuschleusen. Der „IM Kropf“ stand von 1952 bis 1986 im Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit. Er lieferte über Jahrzehnte Berichte aus der Landsmannschaft. Die handschriftlichen sogenannten Treffberichte und Unterlagen füllten bis 1986 16 Aktenordner mit je 300 Blatt beim Ministerium für Staatssicherheit.⁴⁴⁶ Einzelheiten der jahrzehntelangen Spitzeltätigkeit werden im folgenden Kapitel dargestellt.

In der politischen und geheimdienstlichen Auseinandersetzung mit den Vertriebenenverbänden in Westdeutschland und West-Berlin konzentrierten sich SED und MfS in den 1950er Jahren voll auf West-Berlin. Die SED-Führung und die Staatssicherheit interessierte an den ostdeutschen Landsmannschaften und den Dachverbänden der organisierten Vertriebenen in erster Linie deren Wirken auf die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR. Dabei spielten West-Berlin und die offenen Grenzen zu Ost-Berlin und der DDR eine herausgehobene Rolle. Die landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen organisierten Vertriebenen im Westen und „ehemaligen Umsiedlern“ im Osten sollten nach Maßgabe von SED und MfS aufgedeckt, kontrolliert und unterbunden oder aber für die eigene Politik bzw. für die Geheimdienstarbeit genutzt werden. In diesem Sinne lasen sich die MfS-Informationen über die „Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin“⁴⁴⁷ vor dem 13. August 1961.

Der DDR-Geheimdienst hatte beobachtet, daß „neben der Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung [...] sich die Arbeit der Landsmannschaften vordringlich auf die Beeinflussung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik [richtet]. Eine wesentliche Rolle [...] spielt dabei die anormale Lage in Westberlin. [...] In keinem westdeutschen Land bzw. in keiner westdeutschen Stadt ist eine derartige Mitgliederstärke und Aktivität der einzelnen Landsmannschaften zu verzeichnen wie in West-

neben dem Bekenntnis zum heimatlichen Herkommen im Vordergrund. [...] Schon in den [...] fünfziger Jahren [...] wurde zu recht beklagt, daß die Öffentlichkeit kaum – wenn überhaupt – Anteil am Tun der Vertriebenen und den Aussagen und Handlungen ihrer führenden Kräfte nehme.“ Herbert Hubka, *Unruhiges Gewissen*, S. 74f.

⁴⁴⁵ Dr. Herbert Hupka (1915–2006), geboren in Ceylon, aufgewachsen in Ratibor/OS, jüdischer Herkunft, 1944 Dr. phil., 1939–1945 Soldat, vertrieben nach München, Journalist, 1948 Mitbegründer der Landsmannschaft Schlesien in München, 1954 Stellvertretender Bundesvorsitzender der LM, 1968–2000 Bundesvorsitzender der LM Schlesien, 1969–1987 MdB, SPD, 1972 wechselt er zur CDU/CSU-Fraktion. Vgl. Herbert Hupka, *Unruhiges Gewissen*, passim.

⁴⁴⁶ Vgl. „IM Kropf“, in: BStU MfS AIM 11395/86, Band 1–16.

⁴⁴⁷ Vgl. Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland und die sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben bei der politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 107–137; Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1959/60, in: ebenda, MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 368–395.

berlin. Funktionäre der Revanchistenorganisationen sprechen offen aus, daß Westberlin als sogenannte Stätte der Begegnung aller Umsiedler [...] bleiben müsse. Die Berliner Revanchistenverbände wurden für die ‚Betreuung‘ der ehemaligen Umsiedler im Gebiet der DDR verantwortlich gemacht.⁴⁴⁸ In diesem Sinne sei es den Landsmannschaften gelungen, so die zutreffende Einschätzung des MfS, zu den großen zentralen Veranstaltungen der Vertriebenenverbände in West-Berlin wie zum „Tag der Heimat“ oder zu den Bundeslandsmannschaftstreffen viele DDR-Bürger einzuladen. Die Reden und Forderungen der Politiker und Funktionäre der Vertriebenenverbände seien nicht ohne Einfluß auf die DDR-Bürger geblieben. Die Zahl der ostdeutschen Teilnehmer an den „Revanchistenveranstaltungen“ in West-Berlin steige immer weiter an.⁴⁴⁹ Die MfS-Mitarbeiter gestanden sich ein, daß trotz aller Gegenmaßnahmen „bei Treffen verschiedener Landsmannschaften [...] bis zu 80 Prozent der Teilnehmer ehemalige Umsiedler aus der DDR und zwar aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt/O., Neubrandenburg, Cottbus und aus dem demokratischen Sektor von Berlin“ seien.⁴⁵⁰ Des weiteren würden bei „der großen Anzahl der in Westberlin durchgeführten Treffen der einzelnen Heimatkreise wöchentlich weit über 1000 Personen aus der DDR an den revanchistischen Veranstaltungen teilnehmen.“⁴⁵¹ Die „zügellose Revanchehetze“ auf den Treffen führe dazu, so war die Überzeugung des Staatssicherheitsdienstes, daß die dort teilnehmenden DDR-Bürger gegen die Politik und das Bestehen der DDR aufgewiegelt und zur „Republikflucht“ verleitet würden.⁴⁵² Zudem befürchtete das MfS, die Spitzen der Vertriebenenverbände würden ihre Pläne umsetzen, „den Sitz der Dachorganisationen aller Landsmannschaften, den sogenannten Bund der Vertriebenen von Bonn nach Westberlin zu verlegen.“⁴⁵³ Diese geplante Verlegung⁴⁵⁴ sowie das Stattfinden von Bundestreffen vieler Landsmannschaften in der Stadt bestätigten für das MfS die Rolle West-Berlins als „vorgeschobener Brückenkopf des ‚Kalten Krieges‘“.⁴⁵⁵

Die Staatssicherheit sah sich in der Mitverantwortung der sozialistischen Gemeinschaft allgemein und speziell der DDR im sogenannten Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus. Ihre konkrete Aufgabenstellung in diesem Zusammenhang lautete: Bearbeitung und Bekämpfung der revanchistischen Landsmannschaften. Die selbstkritische Einschätzung zum Stand der Aufgabenerfüllung klang dagegen nüchtern: „Im Verhältnis zur Gefährlichkeit der revanchistischen

⁴⁴⁸ Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland ..., Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 120.

⁴⁴⁹ Vgl. ebenda, Bl. 120, 121.

⁴⁵⁰ Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland und die sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben bei der politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 122.

⁴⁵¹ Ebenda.

⁴⁵² Vgl. ebenda, Bl. 122, 123.

⁴⁵³ Ebenda, Bl. 121.

⁴⁵⁴ Die Zentrale des Bundes der Vertriebenen blieb in Bonn, am Sitz der Bundesregierung.

⁴⁵⁵ Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland ..., Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bl. 121.

Landsmannschaften ist der gegenwärtige Stand der operativen Aufklärungs- und Abwehrtätigkeit sowohl nach Westberlin und Westdeutschland als auch innerhalb der ehemaligen Umsiedlerkreise im Gebiet der DDR als ungenügend zu betrachten.“⁴⁵⁶ Zur zielgerichteten Geheimdienstarbeit in den kommenden Monaten erklärte man: 1. Analyse der Lage der „ehemaligen Umsiedler“, 2. Zerschlagung illegaler „Umsiedler“-Treffen in der DDR, 3. „Arbeit mit den IM nach Westberlin und Westdeutschland intensivieren“ und 4. „Zersetzung der revanchistischen Landsmannschaften zur Isolierung der Funktionäre von den Mitgliedern“.⁴⁵⁷

Die SED-Führung sah in den Vertriebenenverbänden eines von vielen „Zentren der politisch-ideologischen Diversion“, die gegen die Existenz der DDR, ihre Grenze im Osten und gegen die SED-Herrschaft insgesamt politisch und ideologisch agierten. In den 1950er Jahren hatte die DDR-Führung permanent mit einer innenpolitisch sehr instabilen Lage zu kämpfen und war deshalb bestrebt, Einwirkungen von Westdeutschland und West-Berlin auf Ostdeutschland so weit wie möglich abzublocken. Das gelang nur in geringem Maße, was die hohen Zahlen der Flüchtigen von Ost nach Westdeutschland allzu deutlich widerspiegelten. Mit der politischen, ideologischen, juristischen, geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Bekämpfung der Vertriebenenorganisationen sollte das MfS zur Stabilisierung der Lage in der DDR und zur Absicherung der SED-Herrschaft beitragen. Die Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen waren in ihrer Bedeutung solchen „Zentren der ideologischen Diversion“ wie den bundesdeutschen Parteien, ihren „Ostbüros“ oder verschiedenen Bonner Ministerien und Gremien⁴⁵⁸ bzw. Medienanstalten⁴⁵⁹ deutlich nachgeordnet. Aber zu denken gaben der SED und dem Staatssicherheitsdienst die hohen Mitgliederzahlen in den ostdeutschen Landsmannschaften und im BdV. 1959/60 waren nach MfS-Angaben 1,3 Millionen Vertriebene im BdV organisiert. Hinzu kamen die Mitgliedszahlen der großen Landsmannschaften: die Pommersche Landsmannschaft mit 84 500, die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit 350 000, die Schlesische Landsmannschaft mit 319 000, die Ostpreußische Landsmannschaft mit 139 000, die Westpreußische Landsmannschaft mit 60 000 sowie die Jugendorganisation der Landsmannschaften mit etwa 120 000 Mitgliedern.⁴⁶⁰ Damit hatte die Staatssicherheit der DDR mehr als 2 252 000 organisierte Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin ausgemacht.⁴⁶¹ Diese Zahlen korrespondierten mit den in den Statistiken der Vertriebenenverbände geführten Mitgliederzahlen. Allein der hohe Organisationsgrad der Vertriebenen in Westdeutschland und in West-Berlin und ihr damit von der SED-Seite vermutetes politisches Gewicht sowie die Außenwirkung auf die „ehe-

⁴⁵⁶ Ebenda, Bl. 129.

⁴⁵⁷ Vgl. ebenda, Bl. 130–137.

⁴⁵⁸ Zum Beispiel: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen oder Kuratorium Unteilbares Deutschland.

⁴⁵⁹ Zum Beispiel: RIAS oder Sender Freies Berlin.

⁴⁶⁰ Vgl. Objekte der ideologischen Diversion, Juni 1962, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 23–28.

⁴⁶¹ Hinzu kamen noch knapp 400 000 Mitglieder, verteilt auf die weiteren 15 kleineren Landsmannschaften. So konnte man um 1960 von insgesamt 2,6 Millionen organisierten Vertriebenen ausgehen. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 140–145.

maligen Umsiedler“ in der DDR, aber auch auf die Gesellschaft der Bundesrepublik, begründete die gesteigerte Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf die „Revanchistenverbände“.